



Bericht

der Landesregierung

Statistischer Arbeitsmarktbericht Schleswig-Holstein 2001

Federführend ist das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

**Institut für Regionalforschung
der Universität Kiel**

Statistischer Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 2001

**Bericht im Auftrag des
Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Verbraucherschutz
des Landes Schleswig-Holstein**

Datenstand: Juni 2002

**Leitung:
Prof. Dr. Johannes Bröcker**

**Bearbeitung:
Dr. Hayo Herrmann, Katharina Schone, Barbara Stoschek**

Kiel, Juli 2002

Inhalt

	Seite
Vorbemerkungen	
1. Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit im Überblick	1
2. Die Arbeitsplatzentwicklung bis Ende 2001	12
3. Arbeitskräfteangebot und Arbeitsmarktbilanz	38
4. Prognose der Beschäftigung und der Arbeitsmarktbilanz	43
5. Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit	48
6. Ausbildungsstellenbilanz	64
7. Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit	72
8. Arbeitsmarktpolitik des Landes	75

Vorbemerkungen

Die ersten sieben Abschnitte des Statistischen Arbeitsmarktberichts für das Jahr 2001 entstanden wie in den Vorjahren am Institut für Regionalforschung der Universität Kiel unter der Leitung von Prof. Dr. Johannes Bröcker.¹ Die Bearbeitung für die Landtagsdrucksache erfolgte nach dem **Datenstand Juni 2002**. Dadurch war es möglich, die empirischen Befunde für das Jahr 2001 weitgehend als Jahresdurchschnittswerte anzugeben und teilweise auch schon die weitere Entwicklung bis Juni 2002 (Arbeitslosigkeit) bzw. bis Februar 2002 (Beschäftigung) zu verfolgen. Gleichwohl basieren die Zahlen zur Bruttowertschöpfung (Bruttoinlandsprodukt) und zur Erwerbstätigkeit für 2001 noch auf vorläufigen Berechnungen der amtlichen Statistik.

Der vom Institut für Regionalforschung vorgelegte Teil des Arbeitsmarktberichtes konzentriert sich in Absprache mit dem auftraggebenden Ministerium auf eine thematisch eng begrenzte empirische **Bestandsaufnahme für das Jahr 2001** bzw. auf Perspektiven für 2002 und 2003.² Dabei stehen die Arbeitsplatz- bzw. Beschäftigungsentwicklung, die Entwicklung des Arbeitskräfteangebots, die Veränderung der Arbeitsmarktbilanz und die Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Der Darstellung des Landes im Vergleich mit dem Bundesgebiet West bzw. mit Westdeutschland (ohne Berlin)³ und mit anderen Bundesländern werden regionale Befunde auf Kreisebene bzw. für die Planungsräume des Landes zur Seite gestellt. In dieser Hinsicht bildet der Bericht eine Ergänzung zur Arbeitsmarktberichterstattung des Landesarbeitsamtes Nord, in der Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik im Mittelpunkt stehen. Auf eine detaillierte Strukturanalyse zur Arbeitslosigkeit, die das Landesarbeitsamt Nord einmal jährlich erstellt, wurde daher verzichtet.⁴

Elemente des Statistischen Arbeitsmarktberichts

Der Statistische Arbeitsmarktbericht für das Jahr 2001 besteht aus 8 Abschnitten, die jeweils mit einem Textteil beginnen und durch daran anschließende Tabellen und Abbildungen

¹ Bei der Arbeitsmarktberichterstattung wurde das Institut für Regionalforschung vom Referat Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und von der Statistischen Abteilung des Landesarbeitsamtes Nord und vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein mit Sachverstand und Engagement unterstützt. Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Hilfestellung.

² Eine detaillierte Analyse der strukturellen Arbeitslosigkeit und der Arbeitslandschaft im Wandel (Perspektiven bis 2010) in Schleswig-Holstein wurde im Rahmen des "Analytischen Arbeitsmarktberichtes 1999" durch das Institut für Regionalforschung vorgelegt: Landtagsdrucksache 14/2665 sowie Publikation des Instituts für Regionalforschung: A. Niebuhr, Strukturelle Arbeitslosigkeit und Arbeitslandschaft der Zukunft in Schleswig-Holstein. Karin Peschel (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 30, Kiel 1999 (ISSN 1429-2062).

³ Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bzw. der Erwerbstätigenrechnung der amtlichen Statistik wird nicht mehr zwischen Bundesgebiet West (einschl. Berlin-West) und dem Bundesgebiet Ost (einschl. Berlin-Ost) unterschieden, sondern nach West- und Ostdeutschland, wobei Berlin vollständig zu Ostdeutschland gehört. Im folgenden ist daher zwischen Westdeutschland und dem Bundesgebiet West (analog für Ostdeutschland) zu unterscheiden.

⁴ Vgl.: Arbeitsmarktinformationen des Landesarbeitsamtes Nord "Struktur der Arbeitslosigkeit - Ergebnisse der Sonderuntersuchung über Arbeitslose in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein Ende September 2001" (Strukturbericht), Kiel 2002.

ergänzt werden. Die bisher praktizierte Zweiteilung in einen Text- und einen Tabellenteil entfällt in diesem Jahr also. Der **Abschnitt 1** beschreibt die jüngste Arbeitsmarktentwicklung bis Juni 2002 und liefert einen **Überblick** zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit seit 1995. Im **Abschnitt 2** wird die **Beschäftigungsentwicklung** dargestellt. Die Gesamtzahl der Arbeitsplätze wird dabei anhand der Erwerbstätigen (am Arbeitsort) vollständig erfasst. Die zweite Beschäftigungskategorie in diesem Bericht, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ebenfalls am Arbeitsort gemessen), sind im Rahmen der amtlichen „Beschäftigtenstatistik“ zeitlich, regional und strukturell tiefer gegliedert. Sie repräsentieren allerdings nur 75 % der Gesamtbeschäftigung; außerdem ist eine durchgehende Zeitreihenanalyse über mehrere Jahre nur bedingt möglich, da die Statistik im Jahr 1999 einer Revision unterworfen wurde (u.a.: geänderte Wirtschaftszweiggliederung, geänderte Erfassung der geringfügigen Beschäftigung). Unmittelbar vergleichbar sind nur die Zahlen für 1999 bis 2001 bzw. die älteren Zahlen bis 1999.

Das **Arbeitskräfteangebot** wird durch die Zahl der Erwerbspersonen gemessen. Seine Entwicklung bis 2001 bzw. die Einschätzung der weiteren Entwicklung bis 2002 ist Gegenstand des **Abschnitts 3**. Die Arbeitsplätze und die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein werden in einer **Arbeitsmarktbilanz** gegenübergestellt. Die Bilanzveränderung 1999-2000-2001 wird dann mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit konfrontiert.

Im **Abschnitt 4** liefert eine **Prognose** der Entwicklung der Arbeitsplätze bis 2003 eine Einschätzung für Schleswig-Holstein, insbesondere im Vergleich zum Bundesgebiet West. Die Gegenüberstellung der Arbeitsplatzentwicklung mit der künftigen Entwicklung des Arbeitskräfteangebots erlaubt Aussagen zur Veränderung der Arbeitsmarktbilanz und der Arbeitslosigkeit 2001/2002 und im folgenden Jahr.

Die Struktur und Entwicklung der **Arbeitslosigkeit** in Schleswig-Holstein und den Regionen des Landes ist Gegenstand des **Abschnitts 5**. Neben der Arbeitsmarktdynamik aus Zugängen zur Arbeitslosigkeit und den Abgängen werden auch die Betroffenheit ausgewählter Personengruppen und die Langzeitarbeitslosigkeit dargestellt. Die Befunde konzentrieren sich auf den Zeitraum 1998-2000, dabei werden vorwiegend Jahresdurchschnittswerte verwendet.

Der **Abschnitt 6** fasst einige wesentliche Befunde für 2001 aus dem aktuellen Berufsbildungsbericht 2002 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zusammen und stellt für Schleswig-Holstein und seine Regionen (hier: Arbeitsamtsbezirke) die **Ausbildungsstellenbilanz** für 2000 und 2001 dar.

Der **Abschnitt 7** stellt Daten zur traditionellen aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit dar. Die aktive Arbeitsmarktpolitik des Landes Schleswig-Holstein ist nicht Element der Berichterstattung durch das Institut für Regionalforschung. Dieser Teil des Arbeitsmarktberichts (**Abschnitt 8**) wird vielmehr vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz dokumentiert. Zentraler Bereich ist hier das Arbeitsmarktprogramm des Landes „Arbeit für Schleswig-Holstein 2000 (ASH 2000)“.

1. Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit im Überblick

Die Arbeitsmarktentwicklung über das Jahr 2001 bis Mitte 2002

(Tabelle 1, Abbildung 1, Übersicht 1)

Entwicklung der Arbeitslosigkeit⁵

Der 1998 eingeleitete Abbau der **Arbeitslosenzahlen** wurde in Schleswig-Holstein im Frühjahr 2001 von einer Periode zunehmender Arbeitslosigkeit abgelöst, die bis zum Frühsommer 2002 nahezu unvermindert anhält (**Tabelle 1**). Seit dem Herbst 2001 liegen die Arbeitslosenzahlen um 4 bis 5% über denen des jeweiligen Vorjahresmonats. Die stärkste Zunahme gab es zwischen November 2001 und Januar 2002 und zuletzt im Juni 2002 (+6,4%).

Die Trendwende von rückläufigen zu ansteigenden Arbeitslosenzahlen trat in Schleswig-Holstein etwa drei bis vier Monate früher ein als im Bundesgebiet West, außerdem war der Rückgang der Arbeitslosenzahlen im Bundesgebiet West Ende 2000 / Anfang 2001 deutlich stärker als in Schleswig-Holstein. In der folgenden Periode steigender Arbeitslosigkeit war die Zunahme in Schleswig-Holstein dagegen geringer als in Westdeutschland, die jüngste Entwicklung ist im Land also etwas weniger kritisch als im Bundesgebiet West. Insgesamt lag die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein im Jahr 2001 bei 116,1 Tsd. und damit um 1,8 Tsd. bzw. um 1,6% höher als 2000. In Westdeutschland lag der Jahresdurchschnitt 2001 dagegen aufgrund der später erfolgten Trendwende um 2,5% unter dem Jahresdurchschnitt 2000.

Im Frühsommer 2002 erreichte die Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein etwa 115 Tsd., sie lag im Mai um über 5 Tsd., im Juni sogar um fast 7 Tsd. über den Zahlen von 2001, um 7 bis 9 Tsd. über den Zahlen von 2000, allerdings niedriger als in den Monaten Mai/Juni 1997 und 1998.⁶

Die Arbeitslosenquote liegt in Schleswig-Holstein seit dem Jahresende 2001 etwas über der Quote der Vorjahresmonate. Gegenüber dem Bundesgebiet West waren die Arbeitslosenquoten des Landes in den Monaten außerhalb der Wintersaison um einen Prozentpunkt höher, im Winter vergrößerte sich dieser Abstand aufgrund der starken Saisonarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein (insbesondere Westküste und ländliche Regionen) auf 1,5 Punkte.⁷

⁵ Vgl.: Presse-Information der Bundesanstalt für Arbeit vom 9. Juli 2002, Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Juni 2002, Nürnberg, 9. Juli 2002; sowie die Presseinformation Nr. 50/2002 des Landesarbeitsamtes Nord, Der Arbeitsmarkt im Norden, Juni 2002, vom 9. Juli 2002.

⁶ Dabei lag die Arbeitslosenzahl im Frühsommer 2002 immer noch um etwa 35 Tsd. über der Zahl von 1991, die den niedrigsten Stand der 90er Jahre markiert.

⁷ Bezogen auf *alle* Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) liegt die aktuelle Arbeitslosenquote bei 8,2% (Juni 2002), bezogen auf den kleineren Nenner (abhängige Erwerbspersonen) ist sie im allgemeinen um etwa einen Prozentpunkt höher. Im folgenden verwendet dieser Bericht wie die früheren Berichte für das Bundesgebiet, Schleswig-Holstein und seine Regionen einheitlich die höheren Quoten, da bis vor kurzem für die Kreise des Landes nur diese Quoten ausgewiesen wurden.

Damit ist die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein im Frühsommer 2002 zwar höher als in den süddeutschen Ländern (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen), andererseits aber niedriger als in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

Entwicklung der Arbeitsmarktbilanz

Die wirtschaftliche Dynamik, die im Bundesgebiet West im Jahr 2000 noch zu einer Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes von 3,3% und zu einem Zuwachs der Beschäftigung (Erwerbstätige) um 680 Tsd. führte, hat übers Jahr 2001 erheblich nachgelassen. Schon zur Jahresmitte stagnierte die Produktion, sie ging dann im Verlauf des zweiten Halbjahres sogar leicht zurück. Im Jahresvergleich war das reale Bruttoinlandsprodukt 2001 im Bundesgebiet West nur um 0,7% höher als im Jahr zuvor. Damit kam im Verlauf des Jahres 2001 auch der kräftige Beschäftigungsaufbau zum Stillstand. Im Jahresvergleich lag die Erwerbstätigenzahl im Bundesgebiet West zwar um 0,5% bzw. um 180 Tsd. über dem Stand von 2000, im Verlauf des Jahres sind die saisonbereinigten monatlichen Erwerbstätigenzahlen aber gegen Ende 2001 leicht zurückgegangen.⁸

Die enge Beziehung zwischen der Beschäftigungsentwicklung und der Entwicklung der Arbeitslosenzahlen wird in der **Abbildung 1** deutlich. Der Beschäftigungsverlauf ist hier aufgrund der Umstellung der Beschäftigtenstatistik Mitte 2000 unterbrochen, d.h. es ist keine durchgängige Zeitreihe der Monatsdaten möglich. Man kann aber deutlich erkennen, dass das Muster der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung Schleswig-Holsteins im Grundsatz eng der westdeutschen Entwicklung folgt.

Dennoch zeigen sich zumindest graduelle Entwicklungsunterschiede, in jüngerer Zeit insbesondere beim Trendwechsel von abnehmender nach zunehmender Arbeitslosigkeit bzw. von zunehmender nach rückläufiger Beschäftigung. Dieser liegt in Schleswig-Holstein etwa sechs Monate früher (März 2001) als im Bundesgebiet West (etwa September 2001). Entsprechend sind die Jahresdurchschnittsbefunde (Vergleich 2001 mit 2000) für Schleswig-Holstein ungünstiger als für Westdeutschland:

Erwerbstätige 2000/2001: Schleswig-Holstein -0,3%, Westdeutschland +0,6%

Arbeitslose 2000/2001: Schleswig-Holstein +1,6%, Westdeutschland -2,5%.

Der Arbeitsmarkt des Landes konnte bis zur Jahresmitte 2001 weniger von der wirtschaftlichen Dynamik profitieren, und der Wechsel von Beschäftigungsgewinnen zu -verlusten trat hier früher ein als in Westdeutschland. Bei der jüngsten Entwicklung der Beschäftigung (Monatsdaten bis Februar 2002) deutet sich möglicherweise ein Trendwechsel zum Positiven an, ob sich dieser Befund am aktuellen Rand der Zeitreihe aber dauerhaft festigt, ist nach heutigem Datenstand noch nicht gesichert. Bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zeigte sich – insbesondere im Bundesgebiet West – eine kurzfristige Unterbrechung der starken Zunahmen von Februar bis April 2002. Diese war aber ausschließlich auf Sonderfaktoren zurückzu-

⁸ Vgl. Jährlicher Arbeitsmarktbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg (IAB). Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2001 und 2002 mit Ausblick auf 2003. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2002: 7-36. Siehe auch: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an der Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 8 vom 8. April 2002, Bundesrepublik Deutschland – Der Arbeitsmarkt 2002 und 2003.

führen, da das Anfang 2002 in Kraft getretene Job-AQTIV-Gesetz vorübergehend zu hohen Abgangszahlen aus der Arbeitslosigkeit in die Nicht-Erwerbstätigkeit geführt hat.⁹

Die konjunkturelle Situation 2000/2001 bis Mitte 2002

(Übersicht 1)

Der Wechsel des konjunkturellen Gesamtbildes 2000/2001¹⁰ wird auch in der **Übersicht 1** sichtbar. Die ausgeprägte wirtschaftliche Dynamik des Jahres 2000 führte im Bundesgebiet West zu einem Zuwachs der Erwerbstätigkeit gegenüber 1999 um fast 700 Tsd.: Bei einem Produktionswachstum von real +3,3% und einer Zunahme der Arbeitsproduktivität um 2,0% nahm das Arbeitsvolumen (Arbeitsstunden im Jahr) um 1,2% zu, außerdem ging die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Arbeitsplatz aufgrund zunehmender Teilzeitbeschäftigung um 0,9% zurück.¹¹ Damit stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 2,1%. Gleichzeitig nahm zwar auch das Arbeitskräfteangebot um 0,7% (um 260 Tsd.) zu, per Saldo konnte die Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet West aber ebenso spürbar abgebaut werden wie die Stille Reserve.

Das Jahr 2001 zeigte im Vergleich mit 2000 einen deutlich ungünstigeren Trend. Auslöser war die Abschwächung der Konjunktur in den Vereinigten Staaten im Winterhalbjahr. Ein nur leichtes Produktionswachstum (+0,7%) reichte angesichts weiterhin zunehmender Arbeitsproduktivität (+1,2%) nicht aus, um den Stand des Arbeitsvolumens des Jahres 2000 zu halten (-0,5%). Lediglich der weitere Rückgang der Jahresarbeitszeit (Anstieg der Teilzeitbeschäftigung) ermöglichte eine geringfügige Zunahme der Erwerbstätigenzahl (+0,5%), die aber angesichts eines weiterhin steigenden Arbeitskräfteangebots keine Fortsetzung des Abbaus der Arbeitslosigkeit ermöglichte.

Für Deutschland lässt sich die konjunkturelle Situation im Zeitraum 1999 bis 2001 auf die Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsproduktes (Verwendungsseite) zurückführen. Dabei war das Wirtschaftswachstum 2000/2001 (real +0,6%) deutlich niedriger als 1999/2000 (+3,0%).¹² Verantwortlich waren vor allem die Ausrüstungsinvestitionen und die

⁹ Vgl. die jüngste Konjunkturprognose des Instituts für Weltwirtschaft für Deutschland im Juni 2002: J. Benner et al., Kräftiger Anstieg der Produktion in Deutschland. Erscheint in: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2002, Heft 2. (Internet: www.uni-kiel.de/ifw/pub/ww/2_02_deu.pdf)

¹⁰ Vgl. hierzu die im Juni 2002 vorliegenden aktuellen Informationen der großen deutschen Forschungsinstitute zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation in Deutschland:

(1) Konjunkturprognose des Instituts für Weltwirtschaft Kiel vom Juni 2002: J. Benner et al., Kräftiger Anstieg der Produktion in Deutschland. Erscheint in: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2002, Heft 2 (Internet: www.uni-kiel.de/ifw/pub/ww/2_02_deu.pdf).

(2) Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Hamburg („Frühjahrgutachten“), als Kurzbericht u.a. publiziert in: DIW Berlin (Hrsg.), Wochenbericht 17-18/2002, Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2002, Berlin, 25. April 2002.

¹¹ Der Rückgang resultiert aus einer Zunahme der Teilzeitquote bei gleichzeitiger Senkung der durchschnittlichen Arbeitszeit bei den Teilzeitbeschäftigten, vor allem bedingt durch die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung.

¹² 1999/2000 beschränkte sich die Verbesserung der Situation bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit allerdings weitgehend auf das Bundesgebiet West. Im Bundesgebiet Ost reichte eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes von 1,2% nicht aus, um zusätzliche Beschäftigung zu erzeugen bzw. Arbeitslosigkeit abzubauen. Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2001.

Expornachfrage: Bei den Investitionen folgte einer Zunahme von 9% (1999/2000) ein Rückgang um 5% (2000/2001), und die Exporte nahmen 2000/2001 nur noch um knapp 5% zu, gegenüber einem Zuwachs um mehr als 13% im Jahr zuvor. Hinzu kam ein erneuter und noch einmal verstärkter Rückgang der Bauinvestitionen. Konsumnachfrage und staatliche Nachfrage blieben dagegen relativ stabil, allerdings mit so geringen Wachstumsraten, dass kein Gegengewicht zum Verlust der Investitions- und Exportdynamik aufgebaut werden konnte. Die Binnennachfrage war im Jahr 2001 also nicht in der Lage, Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zu erzeugen.

Veränderungsraten der Komponenten des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland

Informationsbasis ist der im Juni 2002 aktuellste Konjunkturbericht des Instituts für Weltwirtschaft: J. Benner et al., Kräftiger Anstieg der Produktion in Deutschland. Erscheint in: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2002, Heft 2. (Internet: www.uni-kiel.de/ifw/pub/ww/2_02_deu.pdf)

Exporte:

Veränderung 1999/2000: +13,2%, 2000/2001: +4,7%.

Ausrüstungsinvestitionen:

Veränderung 1999/2000: +8,7%, 2000/2001: -5,0%.

Privater Verbrauch:

Veränderung 1999/2000: +1,4%, 2000/2001: +1,1%.

Staatlicher Verbrauch:

Veränderung 1999/2000: +1,2%, 2000/2001: +1,7%.

Bauinvestitionen:

Veränderung 1999/2000: -2,5%, 2000/2001: -5,8%.

Aktuelle konjunkturelle Situation in Deutschland im Juni 2002¹³

Nach Einschätzung des Frühjahrsgutachtens und der im Juni folgenden Konjunkturprognose des Instituts für Weltwirtschaft befindet sich die deutsche Wirtschaft im Frühsommer 2002 am Beginn eines Aufschwungs. Im vergangenen Jahr 2001 war die Konjunktur abwärts gerichtet, im zweiten Halbjahr 2001 ging das Bruttoinlandsprodukt sogar leicht zurück. Die Terroranschläge vom 11. September haben den Konjunkturabschwung in Deutschland zwar verlängert, zu einer tiefen Rezession ist es aber bei der Produktion nicht gekommen. In den ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich die gesamtwirtschaftliche Aktivität wieder etwas belebt. Die Erwerbstätigkeit ist allerdings weiter zurückgegangen.

Die für das Jahr 2002 erwarteten Auftriebskräfte sind zwar vorerst nur auf die Expornachfrage beschränkt, die großen deutschen Wirtschaftsinstitute gehen aber davon aus, dass sich der Aufschwung über das Jahr gesehen allmählich durchsetzen wird. Im Gefolge einer expandierenden Weltwirtschaft mit steigenden Exporten und zunehmenden Auftragseingängen

¹³ Die folgenden Anmerkungen stammen aus Einschätzungen der konjunkturellen Situation aus den bereits genannten Konjunkturprognosen (Frühjahrsgutachten, Juni-Prognose des Instituts für Weltwirtschaft) und aus dem jährlichen Arbeitsmarktbericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2001 und 2002 mit Ausblick auf 2003. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2002: 7-36. Siehe auch: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung an der Bundesanstalt für Arbeit Nürnberg (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 8 vom 8. April 2002, Bundesrepublik Deutschland – Der Arbeitsmarkt 2002 und 2003.

werden die Unternehmen auch wieder mehr in Ausrüstungen investieren. Auch bei der Konsumnachfrage wird vom zweiten Quartal an mit einer positiven Trendwende gerechnet.

Die Beschäftigung dürfte allerdings erst deutlich nach den ersten positiven Impulsen wieder etwas zulegen, da der Arbeitsmarkt der Produktion regelmäßig mit einer Verzögerung von einigen Quartalen folgt. Mit dem erwarteten Anziehen der Konjunktur werden zunächst Kurzarbeit abgebaut, Überstunden eingerichtet und Arbeitskonten belastet, bevor es in größerem, statistisch spürbaren Maße zu Netto-Neueinstellungen kommen kann.

Konjunkturindikatoren im ersten Quartal 2002 im Überblick:

Bruttoinlandsprodukt (real): Zunahme gegenüber dem Vorquartal¹⁴

Produktion der wichtigen Handelspartnerländer: Zunahme

Auftragseingänge in der Industrie: kräftige Zunahme

Binnennachfrage (Konsum, private Investitionen): rückläufig

Bauinvestitionen: in Westdeutschland stabilisiert (insbesondere der gewerbliche Bau)

Erwerbstätige: weiterhin leicht rückläufig

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: zum Jahresbeginn erstmals wieder geringe Zunahme

Arbeitslosigkeit: weiterhin kräftig steigend

Die Wirtschaftsprognosen für das laufende Jahr 2002 überdecken bei einem Jahresvergleich 2001 mit 2002 die bisherige und erwartete zeitliche Abfolge rückläufiger und dann wieder anziehender Konjunktur: Mit einer deutlichen Produktionssteigerung wird erst in der zweiten Jahreshälfte 2002 gerechnet. So erwartet das Frühjahrsgutachten für Deutschland 2002 ein um 0,9% höheres Bruttoinlandsprodukt gegenüber 2001, wobei für das erste Halbjahr ein Produktionsrückgang gegenüber dem ersten Halbjahr 2001 (-0,2%) und für das zweite Halbjahr 2002 ein Zuwachs um 2,0% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2001 angesetzt wird. Die Jahresprognose des Instituts für Weltwirtschaft vom Juni 2002 ist etwas optimistischer (+1,2%), die mittlere Variante der Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bleibt dagegen bei 0,75%.

Für das Bundesgebiet West geht die IAB-Prognose in ihrer mittleren Variante davon aus, dass das Arbeitsvolumen (Arbeitsstunden im Jahr) in 2002 bei +0,75% Wachstum (reales Bruttoinlandsprodukt) und einer um 1,6% zunehmenden Arbeitsproduktivität um 0,9% zurückgehen wird. Trotz weiterhin leicht rückläufiger Jahresarbeitszeit je Arbeitsplatz (-0,5%) bleibt ein Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 0,4%, absolut um etwa 60 Tsd. Personen. Das Frühjahrsgutachten (-30 Tsd.) und die Prognose des Instituts für Weltwirtschaft (-40 Tsd.) weiche davon nur unwesentlich ab. Bei weiterhin zunehmendem Arbeitskräfteangebot ist dann im Bundesgebiet West mit einer Zunahme der Arbeitslosenzahlen 2002 gegenüber 2001 im Bereich von etwa 90 bis 110 Tsd. zu rechnen.

¹⁴ Zunahme mit laufender Jahresrate um 0,7%. Vgl.: J. Benner et al., Kräftiger Anstieg der Produktion in Deutschland. Erscheint in: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2002, Heft 2.

Konsequenzen für Schleswig-Holstein

Grundsätzlich folgt Schleswig-Holstein der bundesweiten Konjunkturontwicklung. Die Wirtschaft des Landes konnte aber in den letzten vier Jahren angesichts ihrer Struktur und der relativ stark auf den Export orientierten Konjunktur nicht ganz mit der westdeutschen Entwicklung mithalten. Bis ins Jahr 2001 waren die Bereiche der Wirtschaft, die besonders auf Exportnachfrage orientiert sind, im Vorteil, während andererseits Konsumgüterproduktion, Handel, konsumorientierte Dienstleistungen und Bauwirtschaft immer noch von einer schwachen Binnenkonjunktur bzw. von rückläufigen Bauinvestitionen betroffen waren. Entsprechend sind auch die regionalen Konsequenzen: Bundesländer oder Regionen, deren Wirtschaftsstruktur besonders von Exportgüterproduktion geprägt ist, sind gegenüber Regionen im Vorteil, deren Schwerpunkte eher in der Konsum- und Bauwirtschaft oder bei konsumorientierten Dienstleistungen liegen. Diese würden erst wieder Anschluss an die in den letzten Jahren begünstigten Regionen finden, wenn sich ein konjunktureller Aufschwung auf breiter Front etabliert.

Bereinigt man die Wirtschaftsentwicklung um die starken Schwankungen der Energieproduktion,¹⁵ zeigt sich in der Tat seit 1997/98 ein Wachstumsrückstand Schleswig-Holsteins gegenüber Westdeutschland, der 1999/2000 besonders stark ausgeprägt war. Dies gilt sowohl bei der Produktion also auch bei der Erwerbstätigkeit (dort bereits ab 1996/97). Auch über die letzten zehn Jahre gesehen, zeigen sich Defizite in der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung, allerdings nicht so ausgeprägt wie in den letzten vier Jahren: Über den gesamten Zehnjahres-Zeitraum gesehen, hat Schleswig-Holstein unter den westdeutschen Flächenländern zwar beim Bruttoinlandsprodukt einigermaßen mithalten können – nur im Süden war die Entwicklung günstiger – bei der Erwerbstätigkeit blieb das Land aber hinter allen anderen westdeutschen Flächenländern zurück.¹⁶

Die **Ursachen** dieses für Schleswig-Holstein ungünstigen Entwicklungsbefunds der letzten Jahre sind zum Teil bekannt (Basiseffekt, Industriestruktur), zum Teil besteht in der Bewertung der Wachstumsschwäche des Landes in der jüngeren Vergangenheit aber auch noch

¹⁵ Die Produktionsentwicklung, gemessen durch das Bruttoinlandsprodukt, war in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren von starken Schwankungen im Wirtschaftsbereich Energie, Wasser, Bergbau geprägt. Ursache war die sehr wechselhafte Energieproduktion. Diese Schwankungen haben allerdings keine Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit dieses Sektors, die ungeachtet der Ausschläge in der Wertschöpfung relativ gleichmäßig verläuft. Für die Beschäftigung sind die Bewegungen in der Energieproduktion also kaum von Bedeutung.

Im letzten Jahr (2000/2001) war ein leichter Rückstand Schleswig-Holsteins gegenüber Westdeutschland bei der Bruttowertschöpfung ohne den Bereich Energie, Wasser, Bergbau zu erkennen: Schleswig-Holstein +0,9%, Westdeutschland +1,2%. Auch für den Zeitraum 1995/2001 sind die Befunde ungeachtet der Unterschiede für einzelne Jahre ähnlich: Index 2001 (1995=100) für die Bruttowertschöpfung ohne den Bereich Energie, Wasser, Bergbau: 109,1 in Schleswig-Holstein, 114,1 in Westdeutschland; über den Zehnjahreszeitraum 1991/2001: 112,9 in Schleswig-Holstein, 116,7 in Westdeutschland.

¹⁶ Das Bruttoinlandsprodukt (in Preisen von 1995) lag in Schleswig-Holstein im Jahr 2001 um 9,6% über dem Wert für 1991, in Westdeutschland war es 12,9% höher als 1991. Unter den westdeutschen Flächenländern zeigten nur die süddeutschen Länder Bayern (+19,3%), Hessen (+16,4%) und Baden-Württemberg (+13,2%) günstigere Befunde. Auf die Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen wird im folgenden Abschnitt eingegangen.

zusätzlicher Forschungsbedarf, der im Rahmen dieses statistischen Berichts nicht geleistet werden kann.

Der Basiseffekt resultiert aus den in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich starken Arbeitsplatzgewinnen Anfang der 90er Jahre (Nachfrageeffekte der Grenzöffnung und Wiedervereinigung) und den relativ geringen Arbeitsplatzverlusten im Verlauf der anschließenden Rezession (1992/94), in der die eher auf Dienstleistungen als auf Industrie spezialisierte Wirtschaft des Landes von starken Einbußen weitgehend verschont blieb. In der Folge war allerdings nach 1995 ein Beschäftigungsanstieg schwieriger zu realisieren als in Bundesländern, die zuvor einen hohen Beschäftigungsrückgang im verarbeitenden Gewerbe hinnehmen mussten.

Hinzu kommt, dass die Wirtschaft Schleswig-Holsteins aufgrund ihrer Struktur von einer primär exportgesteuerten Konjunktur weniger abhängig ist als andere Bundesländer. Zu einem ist der Tertiärisierungsgrad besonders hoch, der Industrieanteil entsprechend niedrig. Außerdem ist das produzierende Gewerbe mit den Bereichen, die für den Außenhandel relevante Güter erzeugen, im Land relativ zum Bundesgebiet West weniger stark vertreten, haben konsumorientierte Bereiche der gewerblichen Wirtschaft oder das Baugewerbe im Lande eine überdurchschnittliche Bedeutung,¹⁷ wobei diese zuletzt genannten Wirtschaftszweige in den letzten Jahren von einer schwachen Konsum- und Baukonjunktur betroffen waren.

¹⁷ Die Exportquote, d.h. der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes, erreichte in Schleswig-Holstein 2001 wieder einen ähnlichen Wert wie in den beiden Jahren zuvor (32,7% gegenüber 32,6% in 2000 und 32,8% in 1999). Die Quote blieb aber deutlich unter der westdeutschen Quote (2000: 38,6%). Vgl.: Statistik des Verarbeitenden Gewerbes, Daten des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein, Ergebnisse für fachliche Betriebsteile, Monatsmelder.

Betrachtet man die 11 wichtigsten Industriezweige, ergibt sich über alle Wirtschaftszweige bei der Exportquote 2000 ein Rückstand des Landes im Vergleich zum Bundesgebiet West von 3,7 Prozentpunkten. Allein aus der besonderen, von Westdeutschland abweichenden Struktur des verarbeitenden Gewerbes (differenziert nach den 11 Branchen) würde sich ein Rückstand von 2,2 Prozentpunkten ergeben, für den verbleibenden Rückstand des Landes (1,5 Prozentpunkte) müssen andere Argumente als die hier vorgenommene Brancheneinteilung herangezogen werden. .

Eine einfache Differenzierung nach Industriezweigen liefert also nur zum Teil einen Hinweis auf die Gründe der relativ geringen Auslandsorientierung des verarbeitenden Gewerbes in Schleswig-Holstein. Einige exportintensive Bereiche sind in Schleswig-Holstein durchaus gut vertreten (Maschinenbau, Elektrotechnik), und sie haben hier auch hohe Exportquoten. Auf der anderen Seite ist auch nur ein Teil der im allgemeinen wenig exportorientierten Wirtschaftszweige in Schleswig-Holstein überrepräsentiert (Ernährungsgewerbe sowie Papier, Druck, Verlagswesen). Die These einer vorwiegend strukturbedingten Exportschwäche Schleswig-Holsteins kann also ohne tiefergehende empirische Analysen nicht abschließend belegt werden.

Tabelle 1
Entwicklung der Arbeitslosigkeit Oktober 2000 bis Juni 2002

Arbeitslosenzahlen und -quoten, Oktober 2000 bis Juni 2002, Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West (BGW)
 Bezugsgröße bei den Arbeitslosenquoten: abhängige zivile Erwerbspersonen

Schleswig-Holstein							
Monat		Arbeitslose in Tsd.	Veränderung zum Vorjahr (%)	Arbeitslosenquote (%)		Arbeitslosenquoten: Veränderung in Prozentpunkten, Vergleich	
				aktuell	Vorjahr	zum Vorjahr	zum BGW
Okt.	2000	106.4	- 5.6	8.7	9.7	- 1.0	0.8
Nov.	2000	110.8	- 4.7	9.1	10.0	- 0.9	1.1
Dez.	2000	117.0	- 3.8	9.6	10.5	- 0.9	1.3
Jan.	2001	125.3	- 2.6	10.3	11.1	- 0.8	1.4
Feb.	2001	126.6	- 1.4	10.4	11.1	- 0.7	1.5
März	2001	122.0	- 0.7	10.0	10.6	- 0.6	1.4
Apr.	2001	116.0	0.6	9.5	9.4	0.1	1.1
Mai	2001	110.2	1.6	8.9	8.9	-	1.0
Juni	2001	107.9	2.2	8.7	8.7	-	0.8
Juli	2001	113.3	2.9	9.1	9.0	0.1	1.0
Aug.	2001	113.0	3.2	9.1	9.0	0.1	1.0
Sept.	2001	111.0	4.0	9.0	8.7	0.3	1.0
Okt.	2001	111.6	4.9	9.0	8.7	0.3	1.0
Nov.	2001	117.0	5.6	9.4	9.1	0.3	1.2
Dez.	2001	123.0	5.1	9.9	9.6	0.3	1.3
Jan.	2002	132.4	5.6	10.7	10.3	0.4	1.4
Feb.	2002	132.4	4.6	10.7	10.4	0.3	1.5
März	2002	124.9	2.4	10.1	10.0	0.1	1.2
Apr.	2002	118.7	2.4	9.6	9.5	0.1	1.0
Mai	2002	115.3	4.6	9.2	8.9	0.3	0.8
Juni	2002	114.9	6.4	9.2	8.7	0.5	0.8

Bundesgebiet West							
Monat		Arbeitslose in Tsd.	Veränderung zum Vorjahr (%)	Arbeitslosenquote (%)		Vergleich zum Vorjahr	
				aktuell	Vorjahr	zum Vorjahr	
Okt.	2000	2.342.5	- 9.6	7.9	9.2	- 1.3	
Nov.	2000	2.359.9	- 9.4	8.0	9.3	- 1.3	
Dez.	2000	2.453.6	- 8.8	8.3	9.6	- 1.3	
Jan.	2001	2.622.2	- 7.2	8.9	10.1	- 1.2	
Feb.	2001	2.622.8	- 6.2	8.9	10.0	- 1.1	
März	2001	2.538.9	- 5.6	8.6	9.6	- 1.0	
Apr.	2001	2.473.5	- 4.3	8.4	8.7	- 0.3	
Mai	2001	2.385.1	- 3.0	7.9	8.3	- 0.4	
Juni	2001	2.380.2	- 1.9	7.9	8.2	- 0.3	
Juli	2001	2.445.2	- 0.9	8.1	8.3	- 0.2	
Aug.	2001	2.446.5	0.1	8.1	8.3	- 0.2	
Sept.	2001	2.421.8	1.7	8.0	8.1	- 0.1	
Okt.	2001	2.412.7	3.0	8.0	7.9	0.1	
Nov.	2001	2.467.7	4.6	8.2	8.0	0.2	
Dez.	2001	2.584.0	5.3	8.6	8.3	0.3	
Jan.	2002	2.791.3	6.4	9.3	8.9	0.4	
Feb.	2002	2.789.1	6.3	9.2	8.9	0.3	
März	2002	2.682.6	5.7	8.9	8.6	0.3	
Apr.	2002	2.602.8	5.2	8.6	8.4	0.2	
Mai	2002	2.561.3	7.4	8.4	7.9	0.5	
Juni	2002	2.560.4	7.6	8.4	7.9	0.5	

Die Arbeitslosenquoten bezogen auf alle "zivilen Erwerbspersonen" liegen etwa um einen Prozentpunkt über den hier aufgeführten traditionellen Quoten.

Arbeitsmarktinformationen des Landesarbeitsamtes Nord und der Bundesanstalt für Arbeit

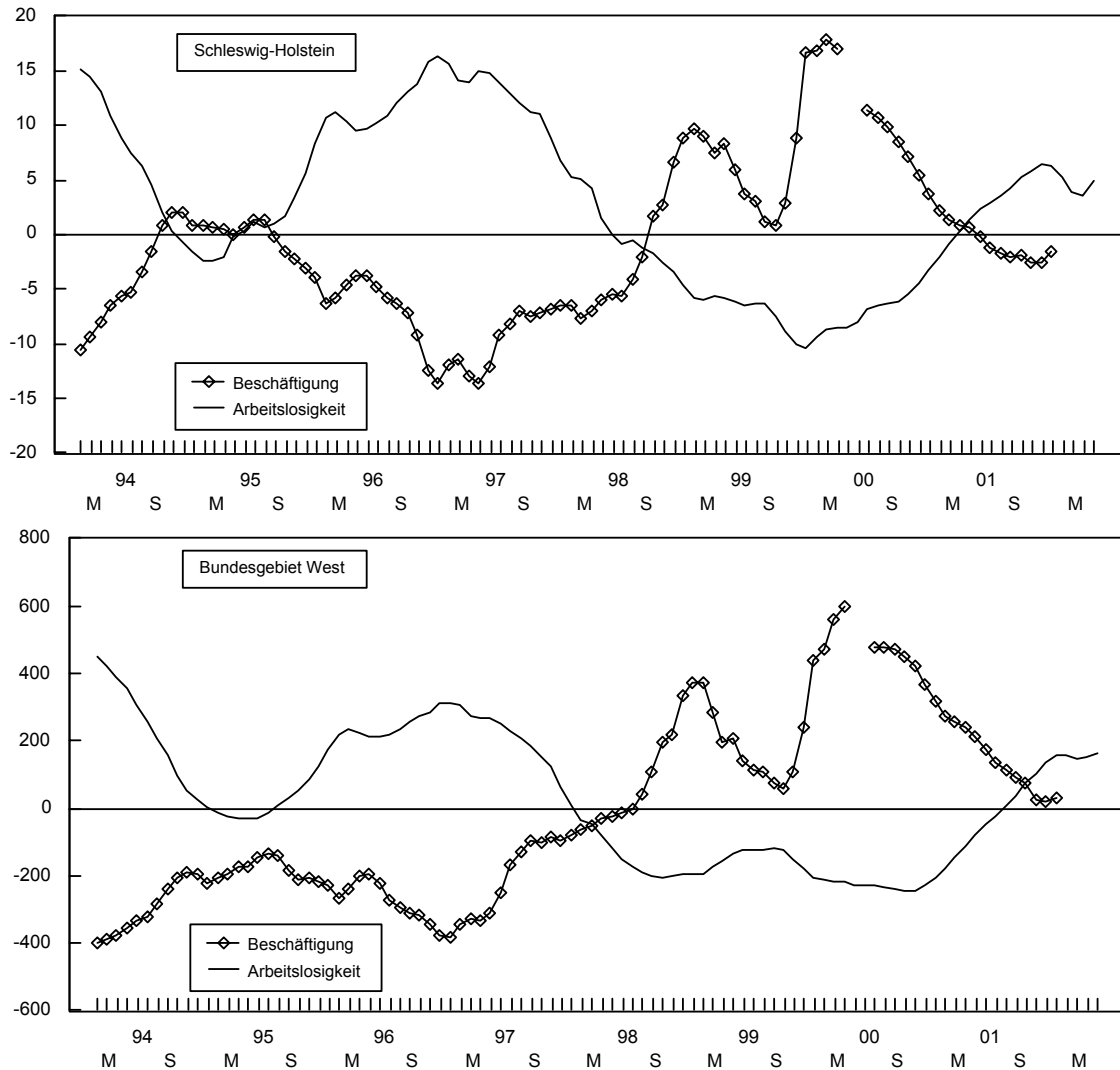
Abbildung 1:

Beschäftigungs- und Arbeitslosenentwicklung seit 1994 in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West

Zahl der gemeldeten Arbeitslosen (Monatsdaten bis Juni 2002)

Zahl der Sozialversicherungspflichtig (SV) Beschäftigten (Monatsdaten bis Februar 2002)

absolute Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Tsd., gleitender 3-Monatsdurchschnitt



M = März, S = September

Die amtlich gemeldeten Arbeitslosenzahlen und die monatlichen Zahlen der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wurden vom Landesarbeitsamt Nord bereitgestellt (siehe Anmerkungen zur Tabelle 1).

Zeitreihe der Beschäftigung: Bis Mai 2000 alte Monatsstatistik auf Stichprobenbasis, ab Juni 2000 neue Statistik der Monatszahlen nach neuer Abgrenzung der SV Beschäftigten

Übersicht 1: Entwicklung der Arbeitsmarktbilanz im Bundesgebiet West

Quelle: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2002 und 2003. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2002.

Bundesgebiet West 1995-2000

absolute Veränderung in Tsd. (in Einheiten von 10 Tsd.)

Arbeitskräfteangebot (Erwerbspersonenpotenzial): +1.050 Tsd.

Arbeitsplätze (Erwerbstätige): +1.460 Tsd.

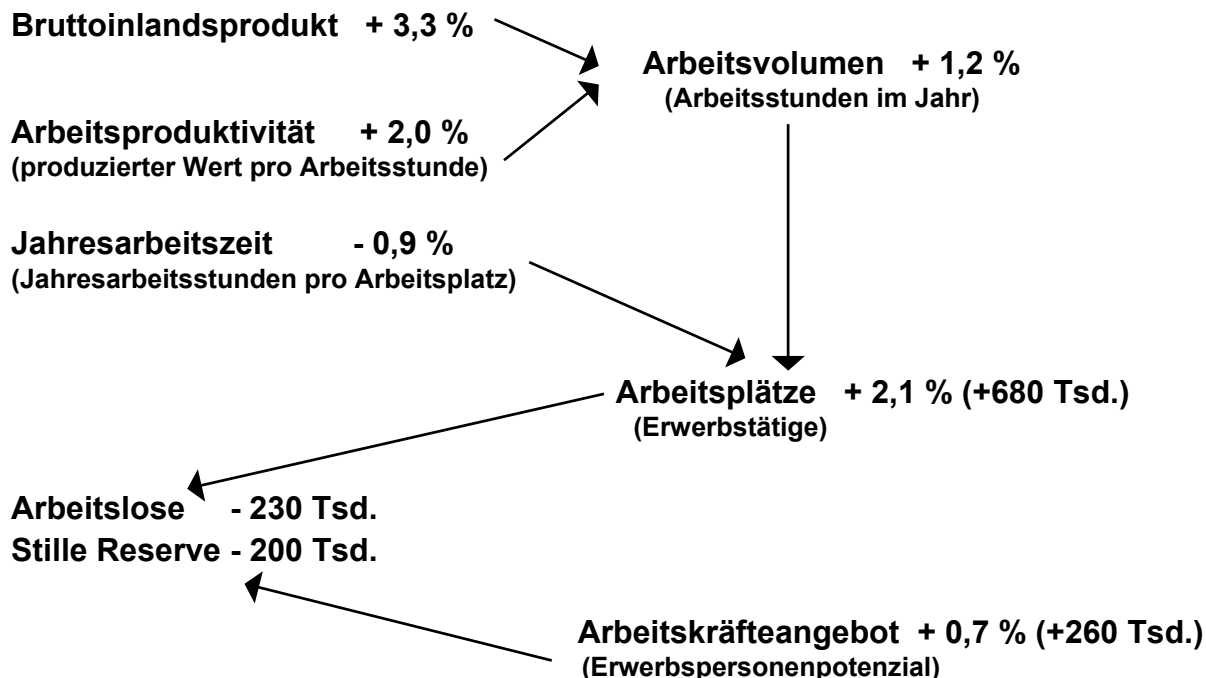
Arbeitslose: - 40 Tsd.

Stille Reserve: + 370 Tsd.

(darunter: Stille Reserve i.e.S.: -280 Tsd., Stille Reserve „in Maßnahmen“: -90 Tsd.)

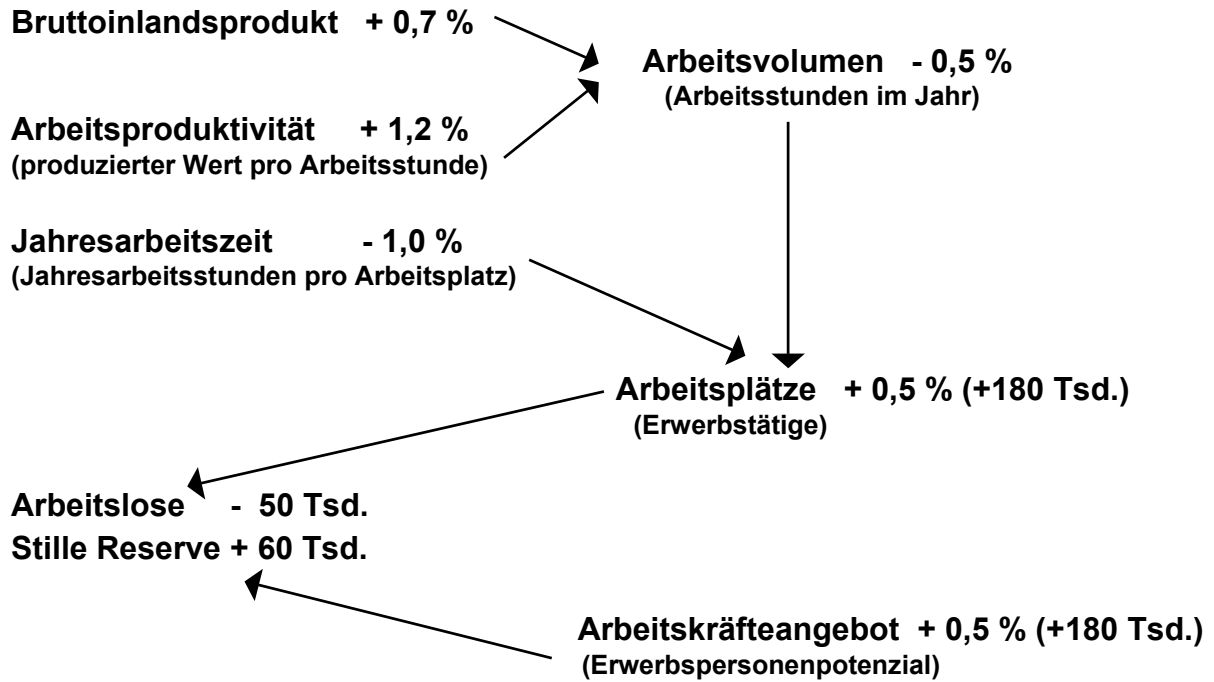
Bundesgebiet West 1999-2000

jährliche Veränderungsraten bzw. absolute Veränderung in Tsd. (in Einheiten von 10 Tsd.)



Bundesgebiet West 2000-2001

jährliche Veränderungsraten bzw. absolute Veränderung in Tsd. (in Einheiten von 10 Tsd.)



2. Die Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein bis Ende 2001

Produktion, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

(Tabelle 2)

Bei den im folgenden zusammengestellten Befunden, die sich vor allem auf den Zeitraum 1995 bis 2001 konzentrieren, ist zu beachten, dass hier nur ein Ausschnitt aus einem langfristigen Entwicklungsbild gezeigt wird und dass sich die Position Schleswig-Holsteins innerhalb Westdeutschlands je nach gewählter Periode unterschiedlich darstellt. So war die Produktions- und Arbeitsplatzentwicklung des Landes zwar ab 1996 ungünstiger, über die letzten 20 Jahre gesehen aber günstiger als in Westdeutschland. Immerhin konnte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1980 bis 2001 in Schleswig-Holstein um über 80 Tsd. bzw. um fast 12% gesteigert werden, während im Bundesgebiet West nur eine Zunahme von knapp 10% erreicht wurde.

Darüber hinaus wird in der Tabelle 2 auch der Unterschied zwischen Produktions- und Arbeitsplatzentwicklung deutlich: Während das **Bruttoinlandsprodukt** in Westdeutschland im Zeitraum 1995/2001 real um fast 11% zugenommen hat, stieg die Zahl der **Arbeitsplätze** (Erwerbstätige) in dieser Zeit nur um 5,7%. Im gleichen Zeitraum konnte in Schleswig-Holstein bei einem unwesentlich niedrigeren Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes um etwa 10% nur in geringem Umfang zusätzliche Beschäftigung geschaffen werden: Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Jahr 2001 um 2,2% bzw. um 27 Tsd. über der Zahl von 1995, wobei der größte Teil des Beschäftigungsanstiegs 1999/2000 (+16 Tsd.) erreicht werden konnte.¹⁸ Als Ergebnis dieser Entwicklung und eines zumindest im ersten Teil der Periode noch steigenden Arbeitskräfteangebots zeigt sich eine **Arbeitslosenzahl**, die in Schleswig-Holstein im Jahr 2001 um 14 Tsd. über der Zahl von 1995 lag. Dagegen konnte die Arbeitslosenzahl in Westdeutschland vor allem aufgrund des starken Rückgangs 1999/2000 auf ein Niveau gesenkt werden, das im Jahr 2001 um über 100 Tsd. (um 4,4%) unter dem Jahresdurchschnitt von 1995 lag. Dabei war die Beschäftigungsentwicklung bis 1996 in Schleswig-Holstein etwas günstiger, spätestens ab 1997 aber ungünstiger als in Westdeutschland.

Die Arbeitsplatzentwicklung des Landes wird im folgenden zunächst auf der Basis der Erwerbstätigenrechnung im Vergleich mit den anderen Bundesländern dargestellt. Danach folgt eine regional und strukturell detailliertere Darstellung auf Basis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Erwerbstätigenentwicklung Schleswig-Holsteins im Ländervergleich

(Tabellen 3, 4 und 5)

Die Arbeitsplatzentwicklung kann anhand der Zahl der Erwerbstätigen oder der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort verfolgt werden. Während die **Erwerbstätigen** die Gesamtzahl aller Arbeitsplätze einschließlich der Fälle geringfügiger Beschäftigung re-

¹⁸ Damit nahm die "Arbeitsproduktivität" (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) im Zeitraum 1995 bis 2001 in Schleswig-Holstein um 3,7% zu (Zunahme im Bundesgebiet West: + 7,5%).

präsentieren,¹⁹ fehlen bei den **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten**²⁰ die Beamtinnen und Beamten, die Soldatinnen und Soldaten und die Selbständigen, außerdem die abhängig Beschäftigten in nicht sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit.

In Schleswig-Holstein ging die Zahl der Erwerbstätigen im letzten Jahr (2000/2001) geringfügig um 3,8 Tsd. bzw. um 0,3% zurück, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten blieb im Jahresdurchschnittsvergleich dagegen praktisch unverändert (minus 0,04%). Schleswig-Holstein konnte damit weder bei den Erwerbstätigen noch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit der Dynamik der westdeutschen Länder mithalten (**Tabelle 3**). Dies gilt auch für die mittelfristige Betrachtung (1995/2001). Die Zunahme der Erwerbstätigenzahl um 2,2% war deutlich geringer als in den anderen westdeutschen Flächenländern. Dass Schleswig-Holstein in diesem Zeitraum letztlich nur knapp hinter der Erwerbstätigenentwicklung in Deutschland (+3,7%) zurückblieb, liegt an der ungünstigen Entwicklung in den ostdeutschen Ländern: Dort gingen bis ins Jahr 2001 hinein Arbeitsplätze verloren, der Abstand der jährlichen Veränderungsraten zwischen West- und Ostdeutschland lag zuletzt (2000/2001) bei 2,3 Prozentpunkten bei den Erwerbstätigen und sogar bei 3,9 Prozentpunkten bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Im Zeitraum 1995/2001 nahm die Erwerbstätigkeit in Westdeutschland um 5,7% zu, in Ostdeutschland ging sie dagegen um 4,0% zurück.

Die **Erwerbstätigenentwicklung nach Wirtschaftsbereichen (Tabelle 4)** zeigt für den Zeitraum 1995/2001, dass sich die Zunahme der Erwerbstätigenzahl in Schleswig-Holstein (+26,9 Tsd.) als Saldo aus Beschäftigungsverlusten im verarbeitenden Gewerbe (minus 20,3 Tsd.), im Baugewerbe (minus 14,2 Tsd.) und in der Landwirtschaft (minus 6,0 Tsd.) und aus einem Beschäftigungsanstieg in den Bereichen Handel, Gastgewerbe, Verkehr (plus 22,1 Tsd.), Finanzierung, Unternehmensdienstleistungen (plus 31,0 Tsd.) sowie in öffentlichen und privaten Dienstleistungen (plus 16,9 Tsd.) ergibt.

Im letzten Jahr (2000/2001) konnte nur noch der Wirtschaftsbereich Finanzierung, Unternehmensdienstleistungen an Beschäftigung zulegen. Die stärksten Arbeitsplatzverluste gab es dagegen im Baugewerbe. Die Unternehmensdienstleistungen waren 2000/2001 der einzige Wirtschaftsbereich, in dem Schleswig-Holstein mit der Entwicklung in Westdeutschland

¹⁹ Die *Erwerbstätigenrechnung* ist Teil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Sie erfasst auf Bundesländerebene alle Arbeitsplätze, allerdings nur jährlich (Jahresdurchschnitt) und in einer relativ groben strukturellen Gliederung. Abweichend von früheren Arbeitsmarktberichten werden hier die revidierten Zahlen aus der 1999/2000 neu konzipierten und bis 1991 zurückgerechneten Erwerbstätigenstatistik verwendet, die die geringfügige Beschäftigung stärker erfassen und damit den Erwerbstätigenbegriff sehr weit definieren. Dies führte dazu, dass 1999 gegenüber der alten Rechnung nach Einschätzung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) bundesweit 4 Mill. Erwerbstätige zusätzlich nachgewiesen wurden. Die im folgenden verwendeten Erwerbstätigenzahlen stammen aus der Berechnung vom Dezember 2001 (für die Jahre bis 2000) bzw. Februar 2002 (2. Fortschreibung für 2001). Die Werte für 2001 sind darin natürlich noch Schätzungen, die in nachfolgenden Fortschreibungen möglicherweise revidiert werden. Die Erwerbstätigen werden vom Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der VGR im übrigen nicht nach Frauen und Männern getrennt ausgewiesen.

²⁰ Durch die Revision dieser Statistik (siehe Anmerkungen zur Tabelle 2) sind die neuen Zahlen nur für 1999, 2000 und 2001 vergleichbar. Zahlen vor der Revision gibt es nur bis einschließlich 1999, so dass für 1999 zwei Werte vorliegen – eine *durchgehende* Zeitreihe der letzten 10 Jahre bis 2001 kann damit nicht dargestellt werden.

Schritt halten konnte, in allen anderen Bereichen gab es Entwicklungsdefizite im Vergleich mit Westdeutschland bzw. mit den anderen Flächenländern des alten Bundesgebiets. Vergleicht man die Entwicklung der beiden letzten Jahre, so hat sich die Position des Landes im Vergleich mit Westdeutschland in einigen Wirtschaftsbereichen geändert: 1999/2000 hatte Schleswig-Holstein noch Entwicklungsdefizite in den tertiären Wirtschaftsbereichen, insbesondere bei den Unternehmensdienstleistungen, während der gewerbliche Bereich (Verarbeitendes und Baugewerbe) etwa auf westdeutschem Niveau lag. Die Position des Landes gegenüber Westdeutschland ist also von Jahr zu Jahr unterschiedlich.

Über die letzten sechs Jahre (1995/2001) wird das Bild klarer: Schleswig-Holstein hatte im gewerblichen Bereich stärkere Arbeitsplatzverluste als Westdeutschland, und bei den Unternehmensdienstleistungen (einschließlich Banken), dem größten Aktivposten der Arbeitsplatzentwicklung, blieb die Dynamik des Landes deutlich hinter dem Wachstum in Westdeutschland zurück: Hier stand dem kräftigen Beschäftigungsaufbau in Westdeutschland (+36%) nur eine moderate Expansion um 24% gegenüber. Nur noch in Niedersachsen blieb der Zuwachs hier unter der 30%-Marke.

Insgesamt ergibt sich der Entwicklungsrückstand des Landes gegenüber Westdeutschland also nur zum Teil durch den gewerblichen Bereich. Auch die relativ schwache Dynamik der expandierenden Bereiche des tertiären Sektors haben wesentlich dazu beigetragen.

Die Erwerbstätigenrechnung eröffnet auf Bundesländerebene außerdem die Möglichkeit, nach **Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmern und Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen** zu unterscheiden. Die **Tabelle 5** zeigt hierzu einige ausgewählte Befunde für Schleswig-Holstein im Vergleich mit West- und Ostdeutschland. Im folgenden sollen die verkürzten Bezeichnungen „Arbeitnehmer“ und „Selbständige“ verwendet werden.

Im Jahr 2001 waren in Schleswig-Holstein 88,4% aller Erwerbstätigen Arbeitnehmer, entsprechend waren 11,6% der Erwerbstätigen Selbständige. Der Arbeitnehmeranteil lag etwa um einen Prozentpunkt unter dem Anteil in Westdeutschland. Da sich die Beschäftigung bei den Selbständigen in den letzten 10 Jahren günstiger darstellt als bei den Arbeitnehmern, hat der Selbständigenanteil in Schleswig-Holstein in den 90er Jahren etwas zugenommen. Die Entwicklungsunterschiede gelten auch aktuell: 2001 ging die Zahl der Erwerbstätigen im Land gegenüber 2000 um 3,8 Tsd. zurück, die Zahl der Selbständigen nahm dagegen um knapp 500 zu, entsprechend war der Rückgang bei den Arbeitnehmern größer (minus 4,3 Tsd.) als bei den Erwerbstätigen insgesamt. Die Entwicklung der Zahl der Selbständigen war in Schleswig-Holstein in den letzten beiden Jahren (ab 1999) etwas günstiger als in Westdeutschland.

Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein

(Tabellen 6 bis 11, Abbildung 2)

Neben der Erwerbstätigenrechnung wurde für diesen Bericht auch die Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten („SV Beschäftigte“) genutzt, da sie regional und strukturell (Wirtschaftszweige, Berufe) tiefere Einblicke in die Beschäftigungs- und Arbeitsplatzsituation erlaubt als die hoch aggregierte Erwerbstätigenstatistik.

Beim **Ländervergleich** der SV Beschäftigten (**Tabelle 6**) zeigt sich für 2000/2001 ein ähnlicher Entwicklungsrückstand des Landes gegenüber Westdeutschland wie bei den Erwerbstätigen: Die Veränderungsrate Schleswig-Holsteins war bei den SV Beschäftigten um 0,8 Prozentpunkte, bei den Erwerbstätigen um 0,9 Prozentpunkte ungünstiger als in Westdeutschland. Bemerkenswert waren die Beschäftigungsgewinne in Hamburg (2000/2001: +1,6%), die der Hansestadt die Spitzenposition unter allen Bundesländern zuwies.

Der monatliche Verlauf der Beschäftigungsentwicklung seit 1992 ist Gegenstand der **Abbildung 2**. Am Vergleich der Entwicklung in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West (Abb.2a) wird sichtbar, dass die Dynamik des Landes bis Ende 1996 günstiger und ab Frühjahr 1997 ungünstiger war. Ab Jahresmitte 2001 hat sich der Entwicklungsrückstand des Landes gegenüber dem Bundesgebiet West etwas verringert.

Die folgenden Abbildungen stellen die unterschiedliche Beschäftigungsentwicklung in den Wirtschaftsbereichen Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe, Handel und private Dienstleistungen (einschl. Banken) in Schleswig-Holstein dar. Dabei zeigt sich, dass sich die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung 1992-2001 eng an der Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes orientiert (Abb.2b). Trotz seines im Zuge des Strukturwandels rückläufigen Beschäftigtenanteils ist das Verarbeitende Gewerbe offenbar immer noch ein Schlüsselsektor für die Gesamtentwicklung, weil sich die Konjunktur über unterschiedliche Einflusskanäle auf die Dynamik verschiedener tertiärer Wirtschaftsbereiche niederschlägt.

An der Abb.2c wird deutlich, dass sich die Schwankungen der Beschäftigungsentwicklung beim Baugewerbe nicht am Verarbeitenden Gewerbe orientieren, das Baugewerbe zeigt vielmehr einen eigenständigen Verlauf mit einem seit 1955 äußerst negativen Trend. Die Abb.2d zeigt den Beschäftigungsverlauf zweier tertiärer Wirtschaftsbereiche, des Handels und der privaten Dienstleistungen. Während die SV Beschäftigung im Handel über den gesamten Zeitraum 1992 bis 2001 weitgehend stagniert, erreichten die privaten Dienstleistungen bis auf wenige Monate eine Beschäftigungszunahme über die gesamte Periode. Beide Wirtschaftsbereiche haben allerdings in jüngster Zeit (2000/2001) an Dynamik eingebüßt, im Handel zeigt sich ab Mitte 1999 sogar ein Beschäftigungsrückgang.

Beschäftigte Frauen und Teilzeitarbeit (Tabelle 7)

Der Jahresvergleich 1999-2000-2001 (jeweils 30. Juni) zeigt für die SV beschäftigten Frauen und Teilzeitarbeitskräfte eine Fortsetzung der bereits in früheren Berichten beschriebenen Trends.²¹

(a) Verschiebung zugunsten der **Frauen**: Im Zeitraum 1999-2001 gab es in Schleswig-Holstein bei den Frauen eine deutliche Beschäftigungszunahme um 7,9 Tsd. (+2,1%), bei den Männern dagegen nur einen unwesentlichen Anstieg um 2,8 Tsd. (+0,6%). Der Anteil der Frauen an allen SV Beschäftigten stieg in diesem Zeitraum von 45,9% auf 46,3%, er liegt in Schleswig-Holstein traditionell über dem Frauenanteil im Bundesgebiet West (1999: 43,0%, 2001: 43,6%), allerdings ist er niedriger als im Bundesgebiet Ost (47,6% bzw. 48,8%). Zu-

²¹ Die Erwerbstätigenrechnung liefert hierzu keine Hilfestellung, da sie nicht nach Frauen und Männern unterscheidet und auch nicht nach Vollzeit und Teilzeit differenziert vorliegt.

letz (Juni 2000-Juni 2001) nahm die Zahl beschäftigter Frauen in Schleswig-Holstein um 2,1 Tsd. zu, während die Zahl der Männer um 2,5 Tsd. zurückging.

(b) Die Verschiebung zugunsten der **Teilzeitarbeit** ist noch stärker ausgeprägt: Im Zeitraum 1999-2001 stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in Schleswig-Holstein um 9,3%, während die Vollbeschäftigung praktisch konstant blieb. Der Teilzeitanteil erhöhte sich entsprechend von 16,0% auf 17,3%, er liegt in Schleswig-Holstein ebenso wie der Frauenanteil schon seit langer Zeit über dem Teilzeitanteil im Bundesgebiet West (15,1% in 2001). Im letzten Jahr (Juni 2000-Juni 2001) erhöhte sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in Schleswig-Holstein um 5,6 Tsd., während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 5,9 Tsd. zurückging. Besonders ausgeprägt ist in Schleswig-Holstein wie auch im Bundesgebiet West die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung bei den Männern (1999-2001: +33%), allerdings ausgehend von einem immer noch sehr niedrigen Teilzeitanteil (2001: 4,2%, dagegen bei den Frauen: 32,4%).

Die langfristigen Verschiebungen bei der Arbeitszeit, insbesondere die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, legen es nahe, auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes (Beschäftigung) zwischen der Zahl der Arbeitsplätze bzw. der Beschäftigten und dem Arbeitsvolumen in geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr zu unterscheiden. Erst das Arbeitsvolumen und seine Veränderung spiegeln die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Erwerbsarbeit wider. Empirische Ergebnisse hierzu werden allerdings regelmäßig nur auf Bundesebene (West- und Ostdeutschland) und nicht für Bundesländer publiziert.²²

Geringfügig entlohnte Beschäftigte (Tabelle 8)

Parallel zur Revision der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat die Bundesanstalt für Arbeit ab 1. April 1999 eine neue Datei in ihren statistischen Service aufgenommen, die sich ebenfalls aus der Sozialversicherungstatistik ableiten lässt. Die „geringfügige Beschäftigung“ wird vierteljährlich ausgewiesen und nach Bundesländern, Wirtschaftszweigen, Personen- und Altersgruppen differenziert. Dabei ist zu beachten, dass nunmehr zwischen drei Beschäftigungskategorien unterhalb der Vollbeschäftigung unterschieden werden muss:

1. Teilzeitbeschäftigte im Rahmen der regulären SV Beschäftigung
2. Geringfügig entlohnte Beschäftigte („325 Euro-Jobs“ von regelmäßig weniger als 15 Stunden in der Woche und mit einem Arbeitsentgelt, das regelmäßig im Monat 325 Euro nicht überschreitet. Mehrere geringfügig entlohnte Beschäftigungen einer Person werden dabei kumuliert und führen ggf. dazu, dass für die Person keine geringfügig entlohnte Beschäftigung mehr registriert wird – sie wird dann in die normale SV Beschäftigtenstatistik aufgenommen.
3. Kurzfristige Beschäftigung (im Verlauf von 365 Tagen mit einer Dauer von nicht mehr als zwei Monaten oder insgesamt nicht mehr als 50 Arbeitstagen)

Für die Analyse der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes (Beschäftigung) ist die im folgenden verkürzt als „geringfügig“ bezeichnete Kategorie der geringfügig entlohnten Beschäftigung angesichts ihrer zunehmenden Bedeutung als wichtige Ergänzung anzusehen. Gleichwohl ist ihre Rolle im Rahmen einer Arbeitsmarktbilanzierung problematisch, sofern die Bilanz mit der gemeldeten Arbeitslosigkeit

²² Im Rahmen eines Gutachtens des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wurde das Beschäftigungsvolumen (in Stunden pro Jahr) für die Kreise Deutschlands berechnet und seine Entwicklung im Zeitraum 1992 bis 1997 dargestellt. Vgl.: M. Koller, B. Schwengler, Struktur und Entwicklung von Arbeitsmarkt und Einkommen in den Regionen. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nr. 232, Nürnberg 2000.

konfrontiert wird (z.B. um die Höhe und Veränderung der Stillen Reserve einzuschätzen): Erstens sind geringfügige Beschäftigung und gemeldete Arbeitslosigkeit Merkmale, die bei einer Person durchaus gleichzeitig auftreten können. Und zweitens fehlen Informationen darüber, ob die Fälle geringfügiger Beschäftigung den Erwerbswünschen der Beschäftigten entsprechen oder ob sie als Ergebnis eines Nachfragedefizits auf dem Arbeitsmarkt und damit als eine Form der Betroffenheit vom Arbeitsmarktungleichgewicht zu interpretieren sind.

Die folgenden bzw. in der Tabelle 8 dargestellten Befunde beziehen sich auf die Jahre 1999, 2000 und 2001, jeweils auf die Stichtage 30. Juni. In Schleswig-Holstein erhöhte sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten 1999/2000, also im Verlauf des ersten Erfassungsjahres, um 15 Tsd. (+11,5%), im folgenden Jahr (2000/2001) nochmals um knapp 2 Tsd. (+1,3%), über beide Jahre also um 17 Tsd. von 133 auf 150 Tsd. Personen. Fasst man die beiden Kategorien der SV Beschäftigung und der geringfügigen Beschäftigung zusammen, ergibt sich für 1999/2001 ein Anstieg von 942 Tsd. auf 970 Tsd. (+28 Tsd.), wobei nur 5% dieser Zunahme auf das zweite Jahr (2000/2001) entfallen. Im Vergleich Schleswig-Holsteins mit dem Bundesgebiet West war die Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung im Land etwas günstiger.

Über 100 Tsd. der insgesamt 150 Tsd. geringfügigen Beschäftigten in Schleswig-Holstein sind Frauen. Der Anteil der Frauen an allen geringfügig Beschäftigten liegt im Land bei 70%, das ist etwas niedriger als im Bundesgebiet West (72%), aber deutlich höher als im Bundesgebiet Ost (60%). Da die geringfügige Beschäftigung bei den Männern stärker wächst als bei den Frauen, ist der Frauenanteil seit 1999 etwas zurückgegangen.

Die Bedeutung der geringfügigen Beschäftigung kann anhand ihres Anteils an der Summe aus SV Beschäftigten und geringfügig Beschäftigten dargestellt werden. Dieser Anteil war 2001 in Schleswig-Holstein deutlich höher als im Bundesgebiet West (15,5% gegenüber 13,7%), während die geringfügige Beschäftigung im Bundesgebiet Ost noch nicht den gleichen Stellenwert erreicht hat (9,0%) – hier spielt diese Kategorie bei den Frauen bei weitem nicht die Rolle wie in Westdeutschland, wo auf vier sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen eine geringfügig beschäftigte Frau entfällt.

Bei den Männern erreicht der hier dargestellte Anteil in Schleswig-Holstein 9,5% (2001), er liegt damit um 2 Prozentpunkte über dem entsprechenden Anteil im Bundesgebiet West. Bei den Frauen liegt der Anteil im Land bei 21,6% gegenüber 20,8% im Bundesgebiet West und nur 10,7% im Bundesgebiet Ost. In jedem Falle haben die Anteile 1999-2000-2001 eine zunehmende Tendenz.

Beschäftigte in den Regionen (Tabelle 9)

Entwicklung 1995 bis 2001:

Die Beschäftigungsentwicklung in den Regionen des Landes zeigt in den vergangenen sechs Jahren (1995-2001) das gewohnte, traditionelle Bild des räumlichen Strukturwandels, geprägt durch Suburbanisierung und Dezentralisierung der Arbeitsplätze. Die Region Schleswig-Holstein Süd (Planungsraum I), im wesentlichen Teil des Hamburger Randgebiets, hat von der Suburbanisierung innerhalb der Metropolregion profitiert. Sie konnte in der betrachteten Periode einen Beschäftigungszuwachs um 6,6% realisieren, dagegen ging die

Beschäftigung im übrigen Schleswig-Holstein um die entsprechende Zahl zurück. Die Verlierer waren dabei die vier kreisfreien Städte mit einem Beschäftigungsrückgang um 8,5 Tsd., während die Landkreise außerhalb des Hamburger Randgebiets immerhin 1,9 Tsd. Beschäftigte hinzugewinnen konnten. Unter den vier Regionen des Landes, die nicht dem Hamburger Randgebiet zuzurechnen sind (Planungsräume II bis V), gab es besonders starke Arbeitsplatzverluste im Raum Lübeck-Ostholstein (Region Schleswig-Holstein Ost, Rückgang um 4,3 Tsd.).

Auf Kreisebene reicht die Bandbreite von Beschäftigungsgewinnen um 5,5% (Kreis Pinneberg: 4,1 Tsd. zusätzliche Beschäftigte im Zeitraum 1995-2001) bis hin zu Verlusten um 6,5% (Neumünster: minus 3,6 Tsd. Beschäftigte). Gewinner waren außerdem die Kreise Rendsburg-Eckernförde, Plön und Segeberg, auf der Verliererseite standen die Städte Lübeck und Kiel sowie der Kreis Steinburg.

Entwicklung 1999 bis 2001:

Auch in der jüngsten Vergangenheit (1999-2001) hat die oben beschriebene Reihenfolge Schleswig-Holstein Süd – Landkreise – kreisfreie Städte weiterhin ihre Gültigkeit, allerdings sind die regionalen Unterschiede geringer als in der mittleren Frist. Bei kurzfristiger und gleichzeitig regional differenzierter Betrachtung schlagen sich auch singuläre, z.T. betriebliche Ereignisse in den Zahlen nieder. Beispiele sind hier die Beschäftigungsverluste in Flensburg und im Landkreis Schleswig-Flensburg, die dazu führten, dass die Region Schleswig-Holstein Nord im Zeitraum 1999-2001 – abweichend von früheren Befunden – das Schlusslicht unter den Regionen des Landes wurde. Erfreulich dagegen die jüngste Entwicklung in der KERN-Region, speziell im Kreis Rendsburg-Eckernförde, und im Kreis Dithmarschen.

Insgesamt sehen wir in Schleswig-Holstein ein räumliches Entwicklungsmuster, das sich – nicht zuletzt auch durch Einzelereignisse – von Jahr zu Jahr immer wieder anders darstellt, allerdings mit einer Konstante: Die südlichen Landesteile (Planungsraum I) bleiben über alle Konjunkturphasen hinweg der wichtigste Entwicklungsmotor des Landes. Ohne das Hamburger Randgebiet wäre die Beschäftigungsentwicklung in Schleswig-Holstein deutlich ungünstiger.

Beschäftigte in den Wirtschaftszweigen (Tabelle 10)

Die Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gewährt – anders als die Erwerbstätigenrechnung – Einblicke in die Struktur der Arbeitsplätze nach Wirtschaftszweigen. Im Zuge der Revision der Statistik wurden die Branchen neu abgegrenzt. Die Daten liegen in der neuen Gliederung ab 1999 vor, in der Tabelle 10 sind sie für 1999, 2000 und 2001 (jeweils 30. Juni) nach 13 gewerblichen und 9 tertiären Wirtschaftszweigen zusammengestellt.

Einen besonders starken Beschäftigungsrückgang gab es im letzten Jahr (2000/2001) im Baugewerbe: Hier gingen fast 5,4 Tsd. Arbeitsplätze verloren, ein Minus von 8%. In weiteren Wirtschaftszweigen ging die Beschäftigung um mehr als 1000 zurück: Büro- und EDV-Geräte (-1,1 Tsd.) im gewerblichen Sektor sowie Handel, Reparatur (-1,4 Tsd.) und öffentliche Verwaltung (-1,9 Tsd.) im tertiären Sektor. Andererseits traten in drei tertiären Bereichen deutliche Beschäftigungsgewinne auf: In den Unternehmensdienstleistungen (+4,0 Tsd. bzw. +5,4%), im Bereich Verkehr, Nachrichten (+3,5 Tsd. bzw. +8,0%) und im Bereich Gesund-

heit, Soziales (+1,6 Tsd.).^{23 24} Auch im gewerblichen Bereich gab es Wirtschaftszweige mit positiver Arbeitsplatzentwicklung: Chemie, Mineralöl und Maschinenbau. Das oberflächliche Bild rückläufiger Industrie- und zunehmender Dienstleistungsbeschäftigung wird also bei tieferer Branchengliederung differenzierter.

Auch der Vergleich der Entwicklung in Schleswig-Holstein mit der des Bundesgebietes West führt zu differenzierten Befunden in den beiden großen Wirtschaftssektoren, wobei die Position des Landes im tertiären Sektor insgesamt etwas ungünstiger erscheint als im gewerblichen Sektor. Abweichungen nach oben und unten können anhand der Indexzahlen für Schleswig-Holstein und das Bundesgebiet West abgelesen werden. In der Periode 1999-2001 gab es unter den 13 Branchen des gewerblichen Sektors fünf Wirtschaftszweige mit einer günstigeren Entwicklung in Schleswig-Holstein (Indexzahl um eine Einheit höher als im Bundesgebiet West) und sieben Wirtschaftszweige mit einer schlechteren Entwicklung (Indexzahl um eine Einheit niedriger). Im tertiären Sektor war das entsprechende Verhältnis 2 zu 6 zugunsten des Bundesgebietes. Im letzten Jahr (2000/2001) war der Vergleich des Landes mit dem Bundesgebiet West im gewerblichen Bereich sogar ausgeglichen (4 zu 4), im tertiären Sektor gab es dagegen wieder ein relativ ungünstiges Bild für Schleswig-Holstein (1 zu 3).

Beschäftigte in den Berufsgruppen (Tabelle 11)

Die nach Berufsgruppen gegliederten Zahlen der SV Beschäftigten werden in ihrer Entwicklung über die letzten vier Jahre (zwischen 1997 und 2001) und im letzten Jahr (2000/2001) (jeweils Juni) dargestellt. Die Berufsgruppen lassen sich nach fünf Tätigkeitsfeldern bzw. betrieblichen Funktionen zusammenfassen.

In den letzten vier Jahren (**1997-2001**) ging die Beschäftigung im Tätigkeitsfeld *Fertigung, Wartung, Lager und Verkehr* in Schleswig-Holstein um 3,7% bzw. um fast 11 Tsd. zurück. Dahinter standen zwei gegensätzliche Trends: In den Fertigungs- und Wartungsberufen ging die Beschäftigtenzahl um 15,4 Tsd. (um 6,8%) zurück, während bei den Lager- und Verkehrsberufen ein Beschäftigungszuwachs um 4,8 Tsd. zu verzeichnen war. Auch bei den *technischen Diensten* (-1,2 Tsd.) war die Beschäftigung rückläufig. Dagegen nahm die Beschäftigung bei den drei anderen Dienstleistungskategorien, den *kaufmännischen und Verwaltungsdiensten* (+12,5 Tsd.), den *sozialen Diensten* (+7,4 Tsd.) und den *sonstigen Diensten* (+5,6 Tsd.) deutlich zu, bei den sozialen und sonstigen Diensten um über 7%.

Innerhalb des Fertigungsbereichs gab es nur ganz wenige Berufe mit positiver Entwicklung (Elektrikerberufe, Speisenerbeitung), ansonsten ging die Beschäftigung fast überall zurück,

²³ Der Wirtschaftsbereich Handel und Reparatur ist allerdings eine sehr große Branche mit über 150 Tsd. Beschäftigten in Schleswig-Holstein. Der Beschäftigungsrückgang um 1,4 Tsd. bedeutet daher nur eine Abnahme um ein Prozent. Bei der öffentlichen Verwaltung ist zu beachten, dass es sich hier um den Beschäftigungsrückgang allein der Angestellten und Arbeiter handelt. Inwieweit die Entwicklung außerdem durch die Veränderung der Beamtenzahl bzw. durch einen Wechsel zwischen Beamten- und Angestelltenstatus beeinflusst wird, kann an dieser Stelle nicht angegeben werden.

²⁴ Auch bei Verkehr, Nachrichten und Gesundheit, Soziales kann ein Teil der Beschäftigungsentwicklung auf den Wechsel zwischen Beamten- und Angestelltenstatus zurückzuführen sein. Hierzu sind zur Zeit noch keine näheren Informationen bekannt.

insbesondere bei den Bauberufen. Die Beschäftigung in Technikerberufen war ebenfalls rückläufig. Unter den Dienstleistungstätigkeiten gab es überwiegend zunehmende Beschäftigtenzahlen, insbesondere bei Bürofachkräften sowie im Gesundheitsdienst und bei sozialpflegerischen Berufen.²⁵ Stagnierende oder sinkende Zahlen waren hier kaum zu sehen.

Im letzten Jahr (**2000/2001**) hat sich das Gesamtbild der Periode 1997-2001 im wesentlichen bestätigt. Die Beschäftigung in Fertigung, Wartung ging um 6,3 Tsd. zurück, während im Bereich Lager, Verkehr leichte Zugewinne auftraten. Die Beschäftigung in den technischen Diensten stagnierte insgesamt, immerhin mit einer Steigerung bei den Ingenieur- und Technikerberufen. Einen starken Beschäftigungszuwachs gab es wieder bei den kaufmännischen und Verwaltungsberufen sowie den sozialen und den sonstigen Diensten. In 16 von 22 Berufsgruppen dieser drei Kategorien nahm die Beschäftigung im letzten Jahr zu.²⁶

Beamtinnen und Beamte, Soldaten, Selbständige, Erwerbstätige in der Landwirtschaft

Für die weiteren Beschäftigungskategorien (Beamtinnen und Beamte einschl. Soldaten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Nicht-Arbeitnehmer, also Selbständige und mithelfende Familienangehörige, und Erwerbstätige in der Landwirtschaft) wird im Rahmen der Arbeitsmarkt-Bilanzierung (Abschnitt 3) auf die Erwerbstätigenrechnung der Länder zurückgegriffen, da keine spezifischen statistischen Quellen mit hinreichender Aktualität und Präzision verfügbar sind.²⁷ Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Angaben für 2001 noch erste Schätzungen darstellen.²⁸ Die im folgenden dargestellten Veränderungen für 2000/2001 stellen also noch vorläufige Werte dar.

Auf Basis der Erwerbstätigenrechnung der Länder können Schätzungen für die Zahl der **Beamtinnen und Beamten** einschließlich der Soldaten angegeben werden. Danach dürfte sich die Beschäftigtenzahl dieser Kategorie 1999/2000 und 2000/2001 um jeweils mehr als 2 Tsd. verringert haben. Die Gesamtzahl liegt in Schleswig-Holstein knapp über 100 Tsd.

Empirische Befunde zur **Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft** und zu den "Nicht-Arbeitnehmern"²⁹ (außerhalb der Landwirtschaft) lassen sich ebenfalls nur auf Basis der Schätzwerte der Erwerbstätigenrechnung der Länder darstellen. In Schleswig-Holstein ging die Zahl

²⁵ Die Aussagen insbesondere zu den Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen sind aufgrund der möglichen Wechsel zwischen Angestellten-, Beamten- und Selbständigenstatus und innerhalb der abhängigen Beschäftigung zwischen sozialversicherungspflichtiger und geringfügiger Beschäftigung nur mit Vorbehalt zu bewerten, da die Beschäftigtenentwicklung nach Berufsgruppen nur für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, jedoch nicht für die Selbständigen, die Beamtinnen und Beamten und die geringfügig Beschäftigten bekannt ist.

²⁶ Die Entwicklung beider Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeitern sollte hier nicht überbewertet werden: In diese Kategorie fallen in zunehmendem Maße solche Fälle, bei denen eine nähere Tätigkeitsangabe bei der Erfassung nicht erfolgt ist. Insofern ist die Zunahme der Zahlen in dieser Kategorie zunächst einmal ein statistisches Problem.

²⁷ Leider konnten wir für diesen Arbeitsmarktbericht nicht wie in den vorangegangenen Berichten auf die Soldatenzahlen des abgelaufenen Jahres, hier also 2001, zurückgreifen.

²⁸ Der Schätzfehler in Relation zum Niveau der Erwerbstätigenzahl dürfte dabei umso größer sein, je stärker die Erwerbstätigenkategorien differenziert sind.

²⁹ Selbständige und mithelfende Familienangehörige

der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft seit 1999 von 43 Tsd. auf 42 Tsd. zurück.

Bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Nicht-Arbeitnehmern außerhalb der Landwirtschaft ist zu beachten, dass die Veränderungen seit 1998 von den Neuregelungen der geringfügigen Beschäftigung beeinflusst sein dürften. Dazu gehört insbesondere der Zuwachs der Differenz zwischen den Arbeitern und Angestellten außerhalb der Landwirtschaft (aus der Erwerbstätigenrechnung) und den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ebenfalls ohne Landwirtschaft, aus der Beschäftigtenstatistik): Diese Differenz ist ein Maßstab für die **abhängige geringfügige Beschäftigung** außerhalb der Sozialversicherungspflicht,³⁰ was durch die neue Statistik der geringfügig entlohnten Beschäftigten bestätigt wird: Im Jahr 2001 lag die mittelbar aus der Erwerbstätigenrechnung und der Beschäftigtenstatistik errechnete Zahl „abhängig geringfügig Beschäftigter außerhalb der Landwirtschaft“ bei 161 Tsd., die neu eingeführte Statistik weist für das Jahr 2001 eine Zahl von 150 Tsd. „geringfügig entlohnten Beschäftigten“ aus – die Größenordnung ist also nahezu gleich. Eine deutliche Zunahme dieser Beschäftigungskategorie ist anhand beider Datenquellen sichtbar. Gleichwohl wird die geringfügige Beschäftigung nicht in die im folgenden geschätzte Arbeitsmarktbilanz des Landes eingehen, die Begründung wurde auf S. 17 bereits genannt.

Die Zahl der Nicht-Arbeitnehmerinnen und Nicht-Arbeitnehmer außerhalb der Landwirtschaft, also der **Selbständigen** und mithelfenden Familienangehörigen, hat sich nach den Schätzungen der Erwerbstätigenrechnung zwischen 1999 und 2001 um 2 Tsd. auf 122 Tsd. erhöht. Die folgende Übersicht fasst die Entwicklung der verschiedenen Kategorien der Erwerbstätigkeit für 1999/2000 und 2000/2001 (vorläufige Schätzungen) zusammen:

1999/2000

- minus 0,2 Tsd. bei den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft
- plus 11,5 Tsd. bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, ohne Landwirtschaft
- plus 16,9 Tsd. bei den Arbeiterinnen/Arbeitern und Angestellten, ohne Landwirtschaft
- minus 2,2 Tsd. bei den Beamtinnen/Beamten und den Soldaten
- plus 1,5 Tsd. bei den Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen, ohne Landwirtschaft

2000/2001

- minus 0,8 Tsd. bei den Erwerbstätigen in der Landwirtschaft
- plus 0,1 Tsd. bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, ohne Landwirtschaft
- minus 1,2 Tsd. bei den Arbeiterinnen/Arbeitern und Angestellten, ohne Landwirtschaft
- minus 2,3 Tsd. bei den Beamtinnen/Beamten und den Soldaten
- plus 0,5 Tsd. bei den Selbständigen/mithelfenden Familienangehörigen, ohne Landwirtschaft

³⁰ Erwerbstätige (Personen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, einschl. mithelfende Familienangehörige, oder selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben; Definition gemäß Mikrozensus) werden unabhängig von ihrer geleisteten Arbeitszeit definiert. Eine „geringfügige“ Erwerbstätigkeit liegt bei einer Arbeitszeit von 15 und weniger Stunden pro Woche vor. Aufgrund der bezogen auf die Arbeitszeit weiten Definition des Erwerbstätigenstatus kann eine geringfügige Beschäftigung durchaus mit dem Status der gemeldeten Arbeitslosigkeit vereinbar sein.

Tabelle 2:**Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, der Arbeitsplätze und der Arbeitslosigkeit 1995-2001**

Statistischer Überblick, Datenstand Juni 2002

Schleswig-Holstein (S-H), Westdeutschland (WDL) und Ostdeutschland (ODL) im Vergleich

Anmerkungen zu den Datenquellen und zu den Berechnungen auf der folgenden Seite.

Indexzahlen: 1995=100

	Produktion			Arbeitsplätze						Arbeitslosigkeit		
	Bruttoinlandsprodukt			Erwerbstätige			SV Beschäftigte			Arbeitslosenzahl		
	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL
1996	102.2	100.6	101.6	100.1	99.9	99.1	99.3	99.0	97.6	110.7	109.0	111.3
1997	104.2	102.2	102.2	100.0	100.0	97.7	97.8	98.0	93.8	124.1	118.2	127.8
1998	105.8	104.4	102.7	100.2	101.3	97.8	97.3	98.4	92.4	125.6	113.3	129.0
1999	107.7	106.5	104.0	101.2	102.8	98.2	98.3	99.1	91.4	119.4	107.3	126.2
2000	108.2	110.1	104.9	102.6	105.1	97.7				111.9	98.1	127.3
2001	110.0	110.8	104.8	102.2	105.7	96.0				113.7	95.6	129.3

jährliche Veränderungsrate in %

	Bruttoinlandsprodukt			Erwerbstätige			SV Beschäftigte			Arbeitslosenzahl		
	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL	S-H	WDL	ODL
1995/1996	2.2 (1,1)	0.6 (1,0)	1.6	0.1	-0.1	-0.9	-0.7	-1.0	-2.4	10.7	9.0	11.3
1996/1997	1.9 (2,3)	1.6 (2,3)	0.6	-0.2	0.1	-1.4	-1.5	-1.0	-3.9	12.2	8.5	14.9
1997/1998	1.5 (1,2)	2.2 (2,6)	0.5	0.3	1.3	0.1	-0.5	0.4	-1.5	1.2	-4.2	0.9
1998/1999	1.9 (1,6)	2.0 (2,2)	1.3	1.0	1.5	0.4	1.1	0.7	-1.1	-4.9	-5.3	-2.2
1999/2000	0.5 (1,7)	3.4 (4,2)	0.9	1.3	2.2	-0.5	1.4	2.1	-1.9	-6.3	-8.6	0.9
2000/2001	1.6 (0,9)	0.7 (1,2)	-0.1	-0.3	0.6	-1.7	-0.1	0.8	-3.1	1.6	-2.5	1.6

Bruttoinlandsprodukt: Die jährlichen Veränderungsrate in Klammern zeigen die Entwicklung der Bruttowertschöpfung ohne den Bereich Energie, Wasser, Bergbau

SV Beschäftigte: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, jeweils am 30. Juni

Anmerkung: Aufgrund der Datenrevision der amtlichen Statistik sind die Zahlen bis 1999 (alte Abgrenzung) und ab 1999 (neue Abgrenzung) nicht exakt miteinander vergleichbar.

Anmerkungen zur Tabelle 2

Produktion

Bruttoinlandsprodukt

Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Preisen von 1995, Berechnungsstand April 2002

Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, bereitgestellt vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein (Werte für 2001: Schätzung des Arbeitskreises)

Länderergebnisse nach dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995), Bewertung des Produktionswertes und der Wertschöpfung zu Herstellungs- und nicht wie früher zu Marktpreisen.

Getrennte Angaben für Berlin-West und Berlin-Ost sind nicht mehr verfügbar, daher werden hier Ergebnisse für Westdeutschland (ohne Berlin-West) und Ostdeutschland (mit Berlin-West und Berlin-Ost), jedoch nicht mehr für das Bundesgebiet West (mit Berlin-West) und das Bundesgebiet Ost (mit Berlin-Ost) ausgewiesen.

Anmerkung:

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Schleswig-Holstein erfährt nicht unwesentliche Impulse aufgrund der starken jährlichen Schwankungen der Stromproduktion (Kernkraftwerke in Betrieb oder vorübergehend stillgelegt). Um diesen Faktor zu eliminieren, kann alternativ zum Bruttoinlandsprodukt die (unbereinigte) Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche ohne den Bereich Energie, Wasser, Bergbau herangezogen werden. Hier ergeben sich folgende Befunde:

Bruttowertschöpfung ohne Energie, Wasser, Bergbau

1999 (für 1995=100): Schleswig-Holstein 106,3 / Westdeutschland 108,3

2000 (für 1995=100): Schleswig-Holstein 108,2 / Westdeutschland 112,8

2001 (für 1995=100): Schleswig-Holstein 109,1 / Westdeutschland 114,1.

Arbeitsplätze

(a) Erwerbstätige:

Gesamtzahl aller Beschäftigten (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte, Soldaten, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, geringfügig Beschäftigte) im Jahresdurchschnitt, regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort (Inlandskonzept)

Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, bereitgestellt vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Berechnungsstand: Februar 2002.

Zahlen für 2001: 2. Fortschreibung 2001 des Arbeitskreises

Getrennte Angaben für Berlin-West und Berlin-Ost sind nicht mehr verfügbar, daher werden die Ergebnisse für Westdeutschland (ohne Berlin-West) und Ostdeutschland (mit Berlin-West und Berlin-Ost), jedoch nicht mehr für das Bundesgebiet West (mit Berlin-West) und das Bundesgebiet Ost (mit Berlin-Ost) ausgewiesen.

(b) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte:

SV Beschäftigte: Beschäftigtenzahlen jeweils vom 30. Juni, Datenstand: Mai 2002

Die Daten wurden uns vom Landesarbeitsamt Nord bzw. der Bundesanstalt für Arbeit zur Verfügung gestellt.

Die Beschäftigtendaten 1995 bis 1999 entsprechen der alten Definition und Abgrenzung der „Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten“, die neuen Daten für 1999, 2000 und 2001 der neuen Abgrenzung, die dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) angepasst wurde. Daher sind die neuen Beschäftigtenzahlen nicht exakt mit denen alter Abgrenzung vergleichbar. Monatsdaten auf Stichprobenbasis stehen nunmehr wieder zur Verfügung, zurückgerechnet bis Juni 1999. Damit können aber nur die Jahresdurchschnittswerte 2000/2001 berechnet werden.

Arbeitslosigkeit

Jahresdurchschnitt der amtlich gemeldeten Arbeitslosenzahlen (chronologisches Mittel der Monatswerte). Regionale Zuordnung nach dem Wohnort (Inländerkonzept)

Die Daten wurden vom Landesarbeitsamt Nord bereitgestellt.

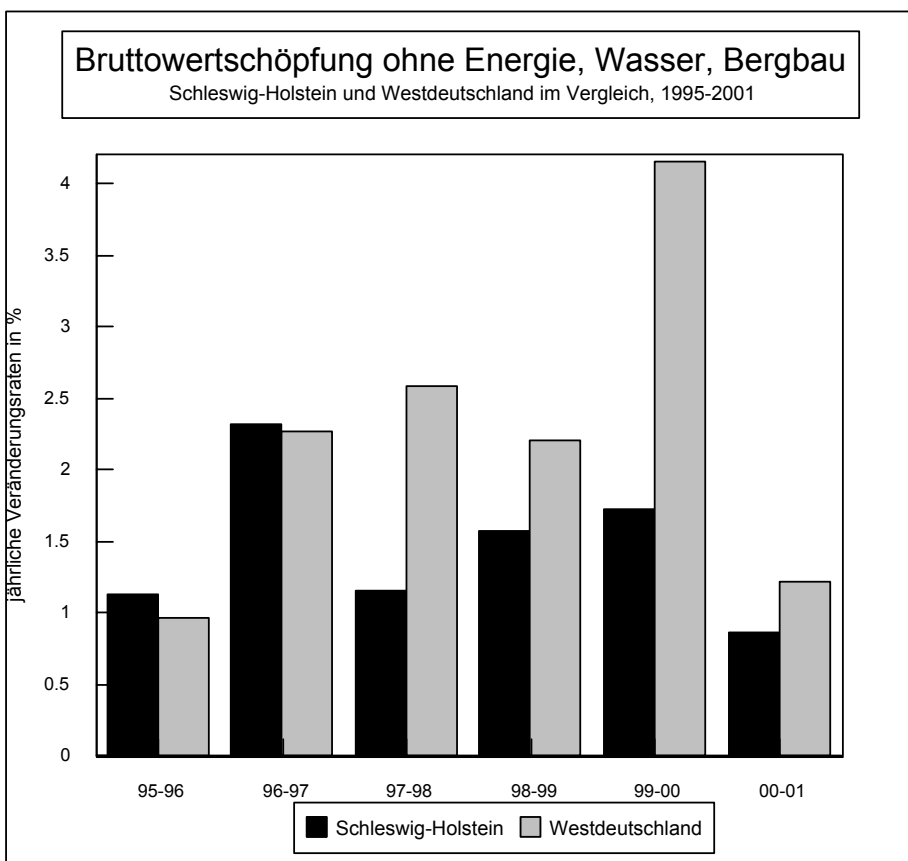
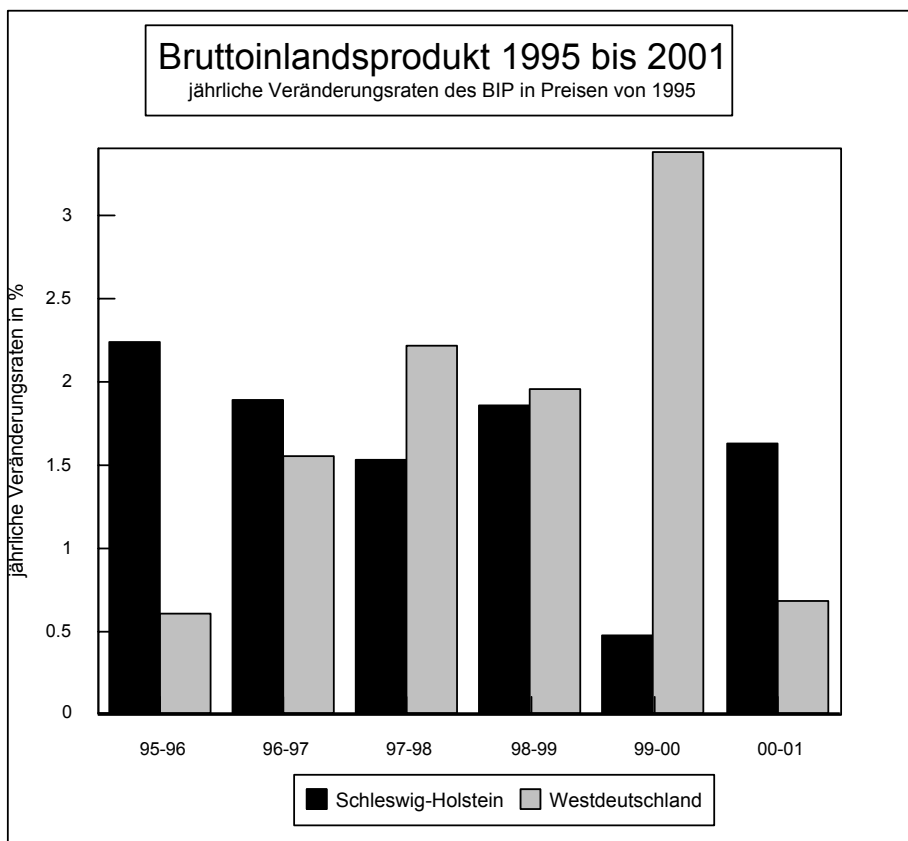


Tabelle 3:
Erwerbstätige im Ländervergleich: Entwicklung 1991 bis 2001

Zahl der Arbeitsplätze, gemessen durch die Erwerbstätigen am Arbeitsort (Inlandskonzept)
 Jahresdurchschnitte 1991/1995/1999/2000/2001
 Indexzahlen: 2001 (1991 = 100) bzw. 2001 (1995 = 100)
 jährliche Veränderungsrate 1999/2000 und 2000/2001 in %, positive Veränderungsrate fett gedruckt

Bundesland	Indexzahlen für 2001		jährliche Veränderungsrate	
	1991=100	1995=100	1999/2000	2000/2001
Schleswig-Holstein	102.0	102.2	1.3	-0.3
Niedersachsen	105.6	104.0	2.3	-0.1
Nordrhein-Westfalen	104.7	107.1	2.2	0.3
Hessen	104.4	105.3	2.3	1.0
Rheinland-Pfalz	105.3	105.9	2.0	0.6
Baden-Württemberg	105.0	106.7	2.2	1.3
Bayern	105.4	105.6	2.2	0.9
Saarland	105.5	106.4	2.6	-0.1
Mecklenburg-Vorpommern	86.4	93.7	-1.2	-2.8
Brandenburg	87.4	97.1	-0.6	-2.2
Sachsen-Anhalt	81.1	91.0	-2.4	-2.3
Thüringen	85.3	98.9	-0.7	-1.9
Sachsen	86.6	97.2	-0.8	-1.5
Hamburg	102.2	103.1	2.1	0.5
Bremen	95.6	99.7	1.7	0.3
Berlin	93.7	96.6	1.7	-0.4
Westdeutschland	104.7	105.7	2.2	0.6
Ostdeutschland	87.1	96.0	-0.5	-1.7

Quelle:

Erwerbstätige: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder
 (Die Daten wurden uns vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellt.)

Tabelle 4:

Erwerbstätige im Ländervergleich 1995-2001, ausgewählte Wirtschaftsbereiche

Westdeutsche Bundesländer, West- und Ostdeutschland

Jahresdurchschnittswerte 1995, 1999, 2000 und 2001, Indexzahlen bzw. jährliche Veränderungsrate in %

Für Schleswig-Holstein außerdem: absolute Veränderung (in 100er Einheiten)

In Klammern: Rang Schleswig-Holsteins unter den 8 westdeutschen Flächenländern

	Landwirtschaft			Verarbeitendes Gewerbe			Baugewerbe		
	Index	Veränderungsrate		Index	Veränderungsrate		Index	Veränderungsrate	
	2001 (1995=100)	1999/ 2000	2000/ 2001	2001 (1995=100)	1999/ 2000	2000/ 2001	2001 (1995=100)	1999/ 2000	2000/ 2001
Schleswig-Holstein									
absolute Veränderung	-6.000	-200	-800	-20.300	1.300	-1.100	-14.200	-1.800	-4.600
Index bzw. Veränderungsrate	87.4	-0.4	-2.0	90.0	0.7	-0.6	84.9	-2.0	-5.5
Rang (Westdeutschland)	(3.)	(7.)	(8.)	(7.)	(6.)	(7.)	(7.)	(7.)	(7.)
Niedersachsen	84.1	0.0	-1.5	97.0	0.8	0.0	88.1	-0.6	-6.3
Nordrhein-Westfalen	94.1	1.0	-0.1	92.4	-0.7	-0.7	87.0	-0.8	-4.1
Hessen	81.2	0.5	-1.0	90.0	-0.1	-0.5	84.3	-3.3	-2.1
Rheinland-Pfalz	84.7	0.2	-0.5	97.7	0.9	-0.1	94.2	-0.3	-1.2
Baden-Württemberg	81.5	0.9	-1.5	101.9	1.0	1.2	88.3	0.0	-2.3
Bayern	83.7	-0.9	-1.2	100.2	2.6	1.0	88.8	-0.1	-3.5
Saarland	104.8	3.6	-0.6	103.6	0.7	-0.2	91.8	1.5	-2.8
Hamburg	91.4			90.0	0.9	1.2	79.7	-4.8	-8.0
Bremen	103.8			89.1	0.3	1.5	90.8	-1.3	-3.7
Westdeutschland	85.3	0.1	-1.1	96.5	0.8	0.3	87.8	-0.7	-3.9
Ostdeutschland	81.0	-5.1	-6.5	94.3	0.7	0.5	66.9	-7.8	-11.9
	Handel, Gastgewerbe, Verkehr			Unternehmensdienstl., Finanzierung			öffentliche und private Dienstl.		
	Index	Veränderungsrate		Index	Veränderungsrate		Index	Veränderungsrate	
	2001 (1995=100)	1999/ 2000	2000/ 2001	2001 (1995=100)	1999/ 2000	2000/ 2001	2001 (1995=100)	1999/ 2000	2000/ 2001
Schleswig-Holstein									
absolute Veränderung	22.100	4.700	-200	31.000	7.900	5.400	16.900	5.500	-1.900
Index bzw. Veränderungsrate	106.7	1.3	-0.1	124.1	5.4	3.5	104.4	1.4	-0.5
Rang (Westdeutschland)	(5.)	(8.)	(7.)	(8.)	(8.)	(4.)	(8.)	(6.)	(8.)
Niedersachsen	108.2	3.0	-0.4	126.5	7.6	1.1	105.1	1.5	1.2
Nordrhein-Westfalen	109.1	2.9	0.2	145.8	8.0	4.0	111.0	2.1	0.7
Hessen	105.8	2.9	1.1	139.3	8.1	4.7	106.9	0.7	0.5
Rheinland-Pfalz	107.4	1.9	1.1	130.7	7.9	2.8	109.5	1.8	0.7
Baden-Württemberg	107.9	2.7	1.4	135.5	7.0	3.8	106.9	1.5	1.0
Bayern	106.1	2.0	0.9	130.3	5.6	3.5	108.9	1.6	0.6
Saarland	104.7	3.3	1.1	138.8	10.2	1.1	106.3	1.1	-0.2
Hamburg	97.2	0.7	0.2	131.7	8.2	3.3	102.6	0.4	-0.2
Bremen	97.8	1.1	-2.5	131.5	7.8	5.7	99.4	1.7	0.3
Westdeutschland	107.0	2.5	0.5	135.8	7.3	3.6	107.9	1.6	0.7
Ostdeutschland	101.0	0.8	-0.8	126.4	4.5	2.4	100.9	-0.2	-0.5

Rang Westdeutschland: Position Schleswig-Holsteins unter den acht westdeutschen Flächenländern

Erwerbstätige nach ihrem Arbeitsort. Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, siehe Anmerkungen zur Tabelle 2

**Tabelle 5:
Erwerbstätige, Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer und Selbständige
Entwicklung 1995 bis 2001**

Zahl der Arbeitsplätze, gemessen durch die Erwerbstätigen am Arbeitsort (Inlandskonzept),
darunter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Selbständige/mithelfende Familienangehörige
Jahresdurchschnitte 1991/1995/1999/2000/2001

Indexzahlen: 2001(1991=100) bzw. 2001 (1995=100)

jährliche Veränderungsraten 1999/2000 und 2000/2001 in %

Schleswig-Holstein, Westdeutschland und Ostdeutschland

Erwerbstätige

	Schleswig -Holstein	West- deutschl.	Ost- deutschl.
Indexzahlen			
2001 (1991=100)	102.0	104.7	87.1
2001 (1995=100)	102.2	105.7	96.0
Veränderungsraten			
1999/2000	1.3	2.2	-0.5
2000/2001	-0.3	0.6	-1.7

Absolute Veränderung in Schleswig-Holstein (in Hunderter-Einheiten):

2000/2001 -3.800

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

	Schleswig -Holstein	West- deutschl.	Ost- deutschl.
Indexzahlen			
2001 (1991=100)	101.8	104.6	94.8
2001 (1995=100)	102.3	106.1	83.6
Veränderungsraten			
1999/2000	1.4	2.4	-0.8
2000/2001	-0.4	0.7	-1.8

Absolute Veränderung in Schleswig-Holstein (in Hunderter-Einheiten):

2000/2001 -4.300

Selbständige und Mithelfende Familienangehörige

	Schleswig -Holstein	West- deutschl.	Ost- deutschl.
Indexzahlen			
2001 (1991=100)	103.2	105.3	146.2
2001 (1995=100)	101.6	102.1	110.3
Veränderungsraten			
1999/2000	1.0	0.6	2.2
2000/2001	0.3	-0.5	-0.5

Absolute Veränderung in Schleswig-Holstein (in Hunderter-Einheiten):

2000/2001 + 400

Quelle:

Schätzungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Zahlen für 1991 bis 2000: Berechnungsstand 7. 12. 2001

Zahlen für 2001: Berechnungsstand 26. 2. 2002

Tabelle 5b:
Erwerbstätige und Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer:
Entwicklung 1995 bis 2001 nach Wirtschaftsbereichen

Zahl der Arbeitsplätze, gemessen durch die Erwerbstätigen am Arbeitsort (Inlandskonzept),
 bzw. durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Jahresdurchschnitte 1995/1999/2000/2001
 Indexpunkte: 2001(1995=100) bzw. jährliche Veränderungsraten 2000/2001 in % (positive Zahlen: fett)
 Schleswig-Holstein und Westdeutschland
 ET = Erwerbstätige, AN = Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer

	Index 2001 (1995=100)			
	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet West	
	ET	AN	ET	AN
Landwirtschaft	87.4	98.3	85.3	99.5
Verarbeitendes Gewerbe	90.0	90.3	96.5	96.7
Baugewerbe	84.9	81.6	87.8	84.4
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	106.7	108.7	107.0	108.3
Unternehmensdienstl., Finanzierung	124.1	122.4	135.8	138.1
öffentliche und private Dienstl.	104.4	103.3	107.9	107.1
Gesamtwirtschaft	102.2	102.3	105.7	106.1

	Veränderungsraten 2000/2001			
	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet West	
	ET	AN	ET	AN
Landwirtschaft	-2.0	-3.5	-1.1	-2.1
Verarbeitendes Gewerbe	-0.6	-0.5	0.3	0.3
Baugewerbe	-5.5	-6.7	-3.9	-4.3
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-0.1	-0.1	0.5	0.7
Unternehmensdienstl., Finanzierung	3.5	3.5	3.6	4.2
öffentliche und private Dienstl.	-0.5	-0.5	0.7	0.7
Gesamtwirtschaft	-0.3	-0.4	0.6	0.7

Quelle: siehe Tabelle 5a.

Tabelle 6:
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Ländervergleich
2000 und 2001

Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Inlandskonzept)
 Jahresdurchschnitte aus Monatszahlen
 jährliche Veränderungsrate 2000/2001 in %, positive Raten fett gedruckt

	jährliche Veränderungsrate 2000/2001		
Schleswig-Holstein	-0.04		
Niedersachsen	-0.24	Mecklenburg-Vorp.	-3.93
Nordrhein-Westfalen	0.24	Brandenburg	-3.52
Hessen	1.31	Sachsen-Anhalt	-3.23
Rheinland-Pfalz	0.23	Thüringen	-3.03
Baden-Württemberg	1.28	Sachsen	-3.27
Bayern	1.44		
Saarland	0.39	Berlin	-1.10
Hamburg	1.55		
Bremen	0.85		
Westdeutschland	0.75	Ostdeutschland	-2.90

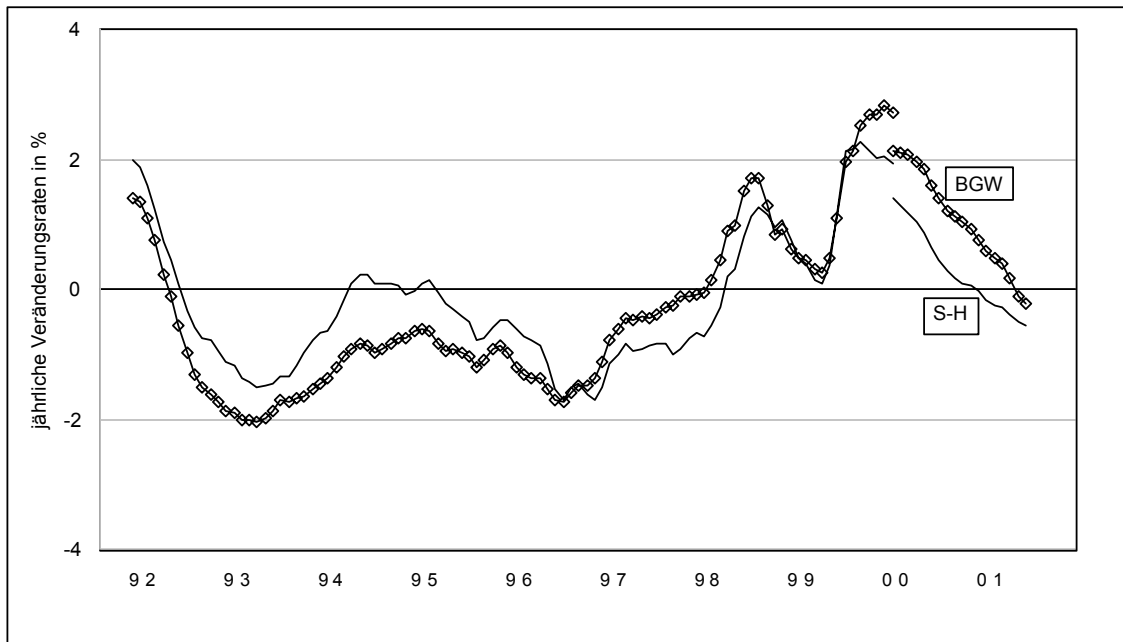
Quelle:

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
 Die Daten wurden dem Internet-Datenservice der Bundesanstalt
 für Arbeit (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) entnommen.

Abbildung 2: Arbeitsplatzentwicklung 1992 bis 2001 in Schleswig-Holstein

(a) Entwicklung der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West im Vergleich

Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %, gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Die Jahreszahlen kennzeichnen die jeweilige Jahresmitte
Monatsdaten der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis August 2000 (alte Definition) und ab Juni 1999 (neue Definition), aktuellster Monatswert: Januar 2002



(b) Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein Beschäftigte insgesamt (GES) bzw. Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe (VG)

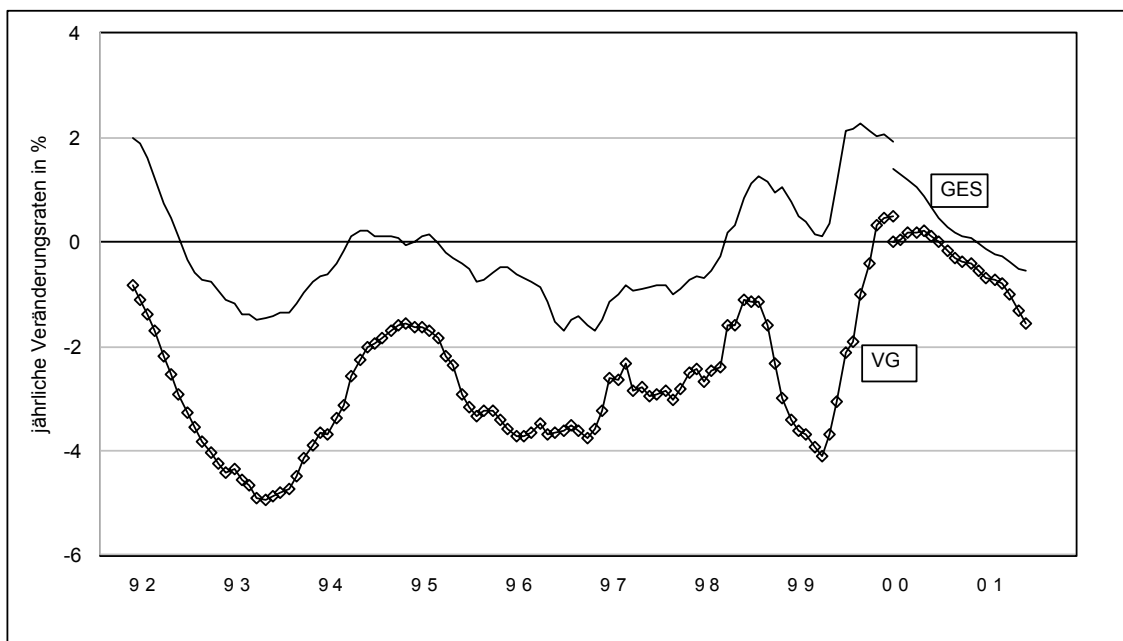
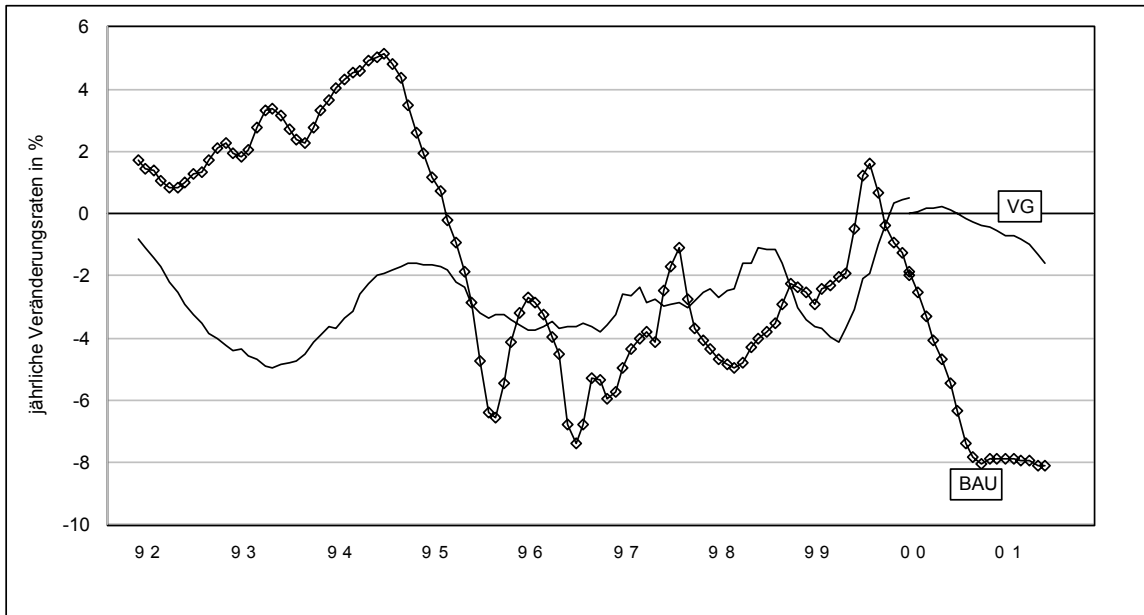


Abbildung 2: Arbeitsplatzentwicklung 1992 bis 2001 in Schleswig-Holstein

(c) Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe (VG) und im Baugewerbe (BAU)

Veränderungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %, gleitender 3-Monatsdurchschnitt
Die Jahreszahlen kennzeichnen die jeweilige Jahresmitte
Monatsdaten der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis August 2000 (alte Definition)
und ab Juni 1999 (neue Definition), aktuellster Monatswert: Januar 2002



(d) Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schleswig-Holstein Beschäftigte im Bereich privater Dienstleistungen (PDL) und im Handel (HAN)

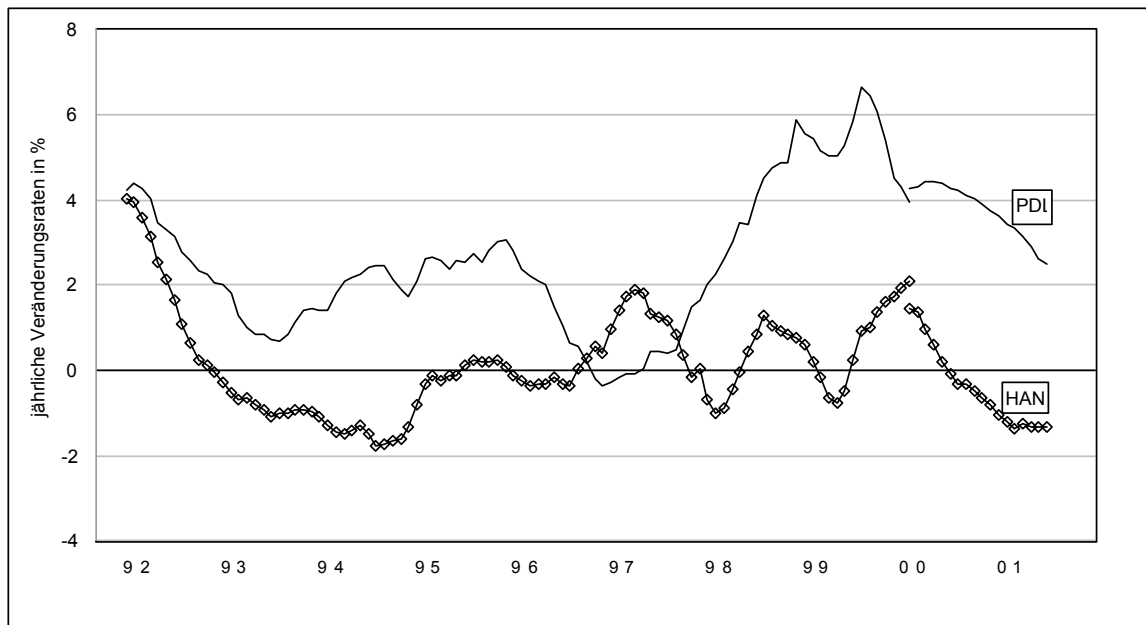


Tabelle 7
Beschäftigte Frauen und Teilzeitbeschäftigte 1999-2000-2001

Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, 30. 6. 1999, 2000 und 2001
 Bestand im Juni 2001, Veränderung in Hundert-Einheiten (HE) sowie Indexzahlen
 Regionalfaktor: Relation zwischen den Indexzahlen Schleswig-Holsteins und des Bundesgebietes West

Bestand und Veränderung 1999-2000-2001

Beschäftigtenkategorie	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet West	Bundesgebiet Ost
	Bestand	Veränderung	Veränderung	Veränderung	Veränderung	Veränderung
	Juni 2001	2001-2000	Indexzahl	Indexzahl	Indexzahl	Indexzahl
	in Tsd.	in HE	2001(2000=100)	2001(1999=100)	2001(2000=100)	2001(2000=100)
Frauen	378.8	2.100	100.6	102.1	101.5	97.7
Männer	440.3	-2.500	99.4	100.6	100.2	95.1
Vollzeitbeschäftigte	677.8	-5.900	99.1	99.8	100.0	95.5
Vollzeitbeschäftigte Frauen	256.1	-1.300	99.5	100.2	100.4	96.5
Vollzeitbeschäftigte Männer	421.7	-4.600	98.9	99.6	99.8	94.8
Teilzeitbeschäftigte	141.3	5.600	104.1	109.3	105.3	102.6
Teilzeitbeschäftigte Frauen	122.7	3.400	102.8	106.4	104.2	102.2
Teilzeitbeschäftigte Männer	18.6	2.200	113.2	133.2	112.3	104.6

Beschäftigtenanteile in %: Anteile der einzelnen Kategorien an der Gesamtzahl der SV Beschäftigten

	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet West		Bundesgebiet Ost	
	1999	2001	1999	2001	1999	2001
Frauenanteil	45.9	46.3	43.0	43.6	47.6	48.8
Teilzeitanteil	15.9	17.3	13.8	15.1	11.6	13.3
darunter:						
Teilzeitanteil, Frauen*	31.1	32.4	28.1	29.7	20.5	22.8
Teilzeitanteil, Männer**	3.2	4.2	3.0	3.9	3.4	4.3

* Anteil an allen SV beschäftigten Frauen, ** Anteil an allen SV beschäftigten Männern

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten - Die Daten wurden vom Landesarbeitsamt Nord und der Bundesanstalt für Arbeit bereitgestellt.

Tabelle 8:**Geringfügig entlohnte Beschäftigte 1999, 2000 und 2001 in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet**

Geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort (Inlandskonzept), Daten aus der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Zahlen für Juni 1999, 2000 und 2001

GE = geringfügig entlohnte Beschäftigte, SV = reguläre sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, GE+SV = Gesamtzahl der Beschäftigten

	Schleswig-Holstein			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
Zahl der GE Beschäftigten in Tsd.									
1999	133.25	39.70	93.55						
2000	148.53	45.38	103.15						
2001	150.39	46.21	104.18						
Anteil der GE Beschäftigten an allen (SV+GE) Beschäftigten									
1999	14.15	8.32	20.14	12.78	6.51	19.89	6.91	5.28	8.64
2000	15.34	9.30	21.50	13.64	7.18	20.88	8.17	6.42	9.97
2001	15.51	9.50	21.57	13.71	7.31	20.79	9.03	7.33	10.76
Entwicklung der GE Beschäftigten									
Index 2000 (1999=100)	111.5	114.3	110.3	110.1	112.8	109.0	117.1	119.1	115.8
Index 2001 (2000=100)	101.3	101.8	101.0	101.2	102.1	100.9	107.9	110.0	106.6

Quelle: Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Die Daten wurden dem Internet-Datenservice der Bundesanstalt für Arbeit entnommen, Ergänzungen wurden vom Landesarbeitsamt Nord geliefert.

Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn sowohl die Beschäftigung regelmäßig weniger als 15 Stunden in der Woche ausgeübt wird als auch das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat 325 Euro nicht überschreitet. Kurzfristige Beschäftigung ist in der "geringfügig entlohnten Beschäftigung" nicht enthalten, sie ist aber Teil des umfassenderen Begriffs der "geringfügigen Beschäftigung".

Tabelle 9:
Beschäftigte in den Regionen Schleswig-Holsteins 1995-2001

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Kreisen und Planungsräumen sowie in ausgewählten Landesteilen
 Beschäftigtenzahlen für Juni 1995-1999-2000-2001
 Differenzen in Zehner-Einheiten, positive Veränderungen fett

Städte/Kreise	Arbeitsplätze in Tsd.		Differenz		Index 2001	Index 2001
	Juni 2001	2001-1995	2001-1995	2001-2000	(1995=100)	(1999=100)
Flensburg	37.71	-430	-1.300		98.9	98.8
Kiel	103.77	-2.260	-250		97.9	101.7
Lübeck	80.82	-3.630	201		95.7	100.3
Neumünster	31.34	-2.200	210		93.5	101.6
Dithmarschen	36.25	290	550		100.8	102.0
Lauenburg	39.63	130	-70		100.3	100.2
Nordfriesland	47.40	-320	-410		99.3	100.3
Ostholstein	52.50	-630	-150		98.8	100.3
Pinneberg	78.94	4.120	270		105.5	102.5
Plön	24.05	630	-110		102.7	100.9
Rendsb.-Eckernf.	67.54	2.570	950		104.0	104.6
Schleswig-Flensb.	42.52	130	-760		100.3	98.9
Segeberg	77.27	1.500	800		102.0	102.3
Steinburg	34.19	-750	-490		97.9	99.7
Stormarn	65.19	810	190		101.3	102.1
Planungsräume:						
SH Nord	127.63	-620	-2.470		99.5	99.4
SH Mitte	226.70	-1.250	800		99.5	102.4
SH Südwest	70.44	-460	60		99.4	100.8
SH Ost	133.33	-4.270	60		96.9	100.3
SH Süd	261.03	6.570	1.180		102.6	102.0
Schleswig-Holstein	819.13	-20	-370		100.0	101.3
Schleswig-Holstein (ohne SH Süd)	558.10	-6.590	-1.550		98.8	101.0
kreisfreie Städte	253.65	-8.510	-1.130		96.8	100.8
Landkreise (ohne SH Süd)	304.45	1.920	-430		100.6	101.2

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

Die Daten wurden uns vom Landesarbeitsamt Nord zur Verfügung gestellt.

Beschäftigtenzahlen für 1995, 1999 und 2000 nach Datenstand November 2001

Beschäftigtenzahlen für 2001 vom Mai 2002

Tabelle 10:
Beschäftigte in Schleswig-Holstein nach Wirtschaftszweigen 1999-2001

Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, 30. 6. 1999, 2000 und 2001

Bestand im Juni 2001, Veränderung in Zehner-Einheiten (ZE), positive Veränderung fett gedruckt, sowie Indexzahlen

Wirtschaftszweig-Gliederung nach WZ93, hier ohne Landwirtschaft und Private Haushalte

Wirtschaftszweig	Nr.	Schleswig-Holstein		S-H	BG West	S-H	BG West	BG Ost
		Bestand Juni 2001 in Tsd.	Veränderung 2001-2000 in ZE	Veränderung Indexzahl 2001 (2000=100)	Veränderung Indexzahl 2001 (1999=100)	Veränderung Indexzahl 2001 (1999=100)	Veränderung Indexzahl 2001 (1999=100)	Veränderung Indexzahl 2001 (1999=100)
Bergbau, Steine, Erden	10-14	1.1	-60	95.2	91.2	94.1	85.0	88.1
Nahrung, Genuss	15-16	23.9	-460	98.1	98.3	96.3	98.0	94.8
Textil, Bekleidung, Leder	17-19	2.3	-80	96.7	96.6	93.7	90.6	90.1
Holz, Papier, Druck	20-22	21.6	-150	99.3	98.6	96.7	98.9	102.7
Chemie, Mineralöl	23-24	13.9	920	107.0	99.3	108.2	99.5	102.4
Kunststoff, Glas, Keramik	25-26	12.6	-420	96.8	99.2	96.6	99.7	98.6
Metallerzeugung u. Bearb.	27-28	14.0	30	100.2	101.0	99.9	101.2	101.4
Maschinenbau	29	29.5	530	101.8	101.6	99.4	102.0	103.4
Büro- und EDV-Geräte	30-33	25.8	-1.060	96.1	102.8	99.1	107.2	110.3
Fahrzeugbau	34-35	12.8	-170	98.7	102.5	101.9	104.2	106.6
Möbel, Schmuck, Recycl.	36-37	5.8	-50	99.2	97.9	103.4	96.5	90.8
Energie, Wasser	40-41	9.4	210	102.3	93.8	99.4	91.3	88.0
Baugewerbe	45	62.9	-5.370	92.1	94.0	90.8	91.0	74.4
Handel, Reparatur	50-52	153.4	-1.430	99.1	99.9	100.2	101.7	94.4
Gastgewerbe	55	31.7	330	101.1	102.3	104.4	107.2	100.4
Verkehr, Nachrichten	60-64	47.5	3.540	108.0	103.7	116.8	108.0	95.7
Banken, Versicherungen	65-67	27.8	160	100.6	100.7	103.4	102.4	98.2
Unternehmensdienstleistungen	70-74	78.1	3.970	105.4	105.5	111.0	116.9	103.4
Öffentliche Verwaltung	75	64.7	-1.850	97.2	99.8	96.5	99.1	92.5
Erziehung, Unterricht	80	21.0	-570	97.4	102.7	95.4	106.6	99.0
Gesundheit, Soziales	85	104.3	1.640	101.6	101.5	104.3	103.4	101.8
sonstg. Dienstleistungen	90-93	37.9	460	101.2	101.6	103.2	104.2	95.4
Insgesamt		819.1	-370	100.0	100.8	101.3	102.8	94.2

Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die Daten wurden uns vom Landesarbeitsamt Nord zur Verfügung gestellt.

Tabelle 11:
Beschäftigte in Schleswig-Holstein nach Berufsgruppen 1997 bis 2001

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni 1997, 2000 und 2001

Differenz 2001 minus 1997: positive Veränderungen um mehr als 200 Beschäftigte fett gedruckt

Differenz 2001 minus 2000: positive Veränderungen um mehr als 50 Beschäftigte fett gedruckt

Daten vom Landesarbeitsamt Nord

Fertigung, Wartung, Lager, Verkehr

einzelne Berufsgruppen	Kennz.	Beschäftigte in Tsd. Juni 2001	Veränderung (Differenz in Tsd.)		Index 2001 (1997=100)
			2001-1997	2001-2000	
Mineral-, Erdöl-, Erdgasgewinnung	8	0.16	-0.00	0.00	97.6
Mineralaufbereitung	9	0.07	0.01	0.01	111.9
Steinbearbeitung	10	0.33	-0.02	-0.02	94.3
Baustoffherstellung	11	0.65	-0.23	-0.07	74.3
Keramikberufe	12	0.38	-0.22	-0.06	63.8
Glasmacherberufe	13	0.79	0.02	0.02	102.6
Chemieberufe	14	6.98	-0.56	-0.02	92.6
Kunststoffverarbeitung	15	2.74	0.11	0.17	104.3
Papierherstellung und -verarbeitung	16	4.22	0.01	0.04	100.3
Druckereiberufe	17	6.71	-0.29	-0.15	95.9
Holzaufbereitung und verwandte Berufe.	18	0.97	-0.05	-0.06	95.2
Metallerzeugung, Walzberufe	19	0.18	-0.02	0.01	88.8
Former- und Formgießerberufe	20	0.69	-0.12	0.01	85.3
Metallverformung (spanlos)	21	0.77	-0.10	-0.04	88.1
Metallverformung (spanend)	22	4.34	-0.17	0.03	96.2
Metalloberflächenbearbeitung u.a.	23	0.62	-0.12	-0.03	83.8
Metallverbindung	24	2.32	-0.08	-0.09	96.6
Schmiedeberufe	25	0.53	-0.11	-0.03	82.4
Feinblechnerberufe, Installateure	26	11.04	-1.37	-0.69	88.9
Schlosserberufe	27	20.39	-0.60	0.06	97.2
Mechanikerberufe	28	16.98	-0.09	-0.24	99.5
Werkzeugmacherberufe	29	1.50	-0.13	-0.03	92.2
Metallfeinbauer u. zugeordnete Berufe	30	3.47	-0.34	0.06	91.1
Elektrikerberufe	31	22.01	0.75	0.77	103.5
Montierer und Metallberufe, a.n.g.	32	7.53	-0.56	-0.99	93.1
Spinnberufe	33	0.13	-0.02	-0.02	86.8
Textilherstellung	34	0.23	-0.07	-0.02	77.7
Textilverarbeitung	35	1.87	-0.25	-0.12	88.1
Textilveredlung	36	0.13	-0.08	-0.02	61.3
Lederherstellung, Leder- und Fellverarb.	37	0.51	-0.04	-0.00	93.0
Back-, Konditorwarenherstellung	39	3.86	-0.42	-0.13	90.1
Fleisch-, Fischverarbeitung	40	4.57	-0.41	-0.22	91.8
Speisenbereitung	41	17.16	0.52	0.07	103.1
Getränke-, Genussmittelherstellung	42	0.32	-0.05	-0.01	87.1
übrige Ernährungsberufe	43	2.97	-0.39	-0.12	88.5
Maurerberufe, Betonbauerberufe	44	9.61	-3.41	-1.16	73.8
Zimmerer-, Dachdecker-, Gerüstbauerberufe	45	7.31	-1.13	-0.99	86.6
Straßen-, Tiefbauerberufe	46	5.65	-1.24	-0.39	82.0
Bauhilfsarbeiterinnen und -arbeiter	47	5.75	-0.96	-0.69	85.7
Bauausstatterberufe	48	3.07	-0.35	-0.22	89.9
Raumausstattung, Polsterung	49	1.29	-0.05	-0.06	96.6
Tischler- und Modellbauerberufe	50	7.88	-0.99	-0.57	88.8
Maler-, Lackierer- und verwandte Berufe	51	8.19	-0.60	-0.41	93.2
Warenprüfung, Versandfertigmacherberufe	52	9.53	-0.49	0.19	95.1
Maschinen- und zugehörige Berufe	54	5.06	-0.75	-0.05	87.1
Berufe des Landverkehrs	71	31.32	1.72	0.30	105.8
Berufe des Wasser- und Luftverkehrs	72	3.90	-0.13	-0.20	96.8
Berufe des Nachrichtenverkehrs	73	6.16	1.71	0.82	138.3
Lagerverwaltung, Lager, Transport	74	26.74	1.48	0.21	105.9
Fertigung, Wartung, Lager, Verkehr		279.62	-10.67	-5.13	96.3

**Tabelle 11 (Fortsetzung):
Beschäftigte in Schleswig-Holstein nach Berufsgruppen 1997 bis 2001**

Technische, kaufmännische und Verwaltungsdienste, soziale und sonstige Dienste

einzelne Berufsgruppen	Kennz.	Beschäftigte in Tsd. Juni 2001		Index 2001 (1997=100)	
Ingenieurberufe	60	13.55	0.20	0.09	101.5
Chemiker-, Physiker-, Mathematikerberufe	61	1.12	-0.04	0.01	97.0
Technikerberufe	62	21.31	-0.66	0.10	97.0
Technische Sonderfachkräfte	63	8.20	-0.68	-0.16	92.4
Warenkaufleute	68	77.61	1.48	0.06	101.9
Bank-, Versicherungskaufleute	69	24.09	1.79	0.27	108.0
Andere Dienstleistungskaufleute	70	7.50	0.88	-0.14	113.3
Unternehmer-, Organis.-, Wirtschaftsprüfungsberufe	75	17.72	0.39	0.25	102.3
Abgeordnete, administrative und entscheidende Berufe	76	2.16	0.30	0.06	115.8
Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute	77	21.10	2.64	0.60	114.3
Bürofach-, Bürohilfskräfte	78	124.41	4.98	0.76	104.2
Dienst-, Wachberufe	79	11.85	1.57	0.21	115.2
Sicherheitswahrung	80	1.43	-0.14	-0.02	91.3
Rechtswahrung, -beratung	81	0.62	0.05	0.03	109.3
Publizisten	82	2.37	0.11	-0.06	104.8
Künstlerberufe	83	3.78	0.42	0.14	112.4
Ärztinnen, Ärzte, Apothekerinnen, Apotheker	84	6.92	0.09	0.18	101.3
übrige Gesundheitsdienstberufe	85	58.72	2.95	0.93	105.3
Sozialpflegerische Berufe	86	33.85	3.91	0.96	113.1
Lehrerinnen und Lehrer	87	7.29	0.12	-0.53	101.7
Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe	88	3.59	0.38	0.14	111.7
Seelsorgeberufe	89	0.78	-0.03	-0.01	96.9
Körperpflegeberufe	90	6.15	-0.03	0.05	99.6
Gästebetreuung	91	14.07	1.57	0.35	112.6
Hauswirtschaftliche Berufe	92	8.37	0.11	-0.16	101.3
Reinigungsberufe	93	31.02	1.93	0.44	106.6
nachrichtlich:					
Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeiter	53	7.14	3.04	0.23	174.2
technische Dienste	(60-63)	44.17	-1.18	0.04	97.4
kaufm. und Verwaltungsdienste	(68-70,75-78)	274.59	12.47	1.86	104.8
soziale Dienste	(84-89)	111.15	7.42	1.66	107.2
sonstige Dienste	(79-83,90-93)	79.67	5.59	0.97	107.5

3. Arbeitskräfteangebot und Arbeitsmarktbilanz

Das Arbeitskräfteangebot in Schleswig-Holstein 1999 bis 2002

(Tabelle 12)

Zur Einschätzung der Arbeitsmarktentwicklung in Schleswig-Holstein muss neben der Arbeitsplatzentwicklung (Erwerbstätige mit Arbeitsort in Schleswig-Holstein) auch die Veränderung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonen mit Wohnort in Schleswig-Holstein³¹) und der Pendlerströme über die Landesgrenzen betrachtet werden.

Wie bereits dargelegt (S. 2), hat die jährliche Arbeitsmarktberichterstattung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) eine Revision der Schätzung des Erwerbspersonenpotentials (Arbeitskräfteangebot) vorgenommen. Resultat ist für das Bundesgebiet West eine 1999/2000 um ca. 250 Tsd. und 2000/2001 um ca. 180 Tsd. zunehmende Erwerbspersonenzahl, während nach alter Einschätzung (IAB-Jahresberichte 1999 und 2000) noch von einem leichten Rückgang des Arbeitskräfteangebots ausgegangen wurde.³² Das IAB begründet diese Neueinschätzung mit der umfassenderen Berücksichtigung geringfügiger Beschäftigung, wobei diese neuen Arbeitsplätze in erheblichem Umfang von bisherigen Nicht-Erwerbspersonen (Schülerinnen und Schüler, Studierende, Rentner, Hausfrauen) besetzt wurden. Dies – so das IAB – müsste sich für eine Bilanzierung auch auf die Erwerbsquoten und damit auf die Verhaltenskomponente des Arbeitskräfteangebots niederschlagen. Dagegen sollte bei der in diesem Arbeitsmarktbericht vorgenommenen Bilanzierung zwischen „vollwertiger“ Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung³³ und dem Arbeitskräfteangebot wieder auf die herkömmliche Erwerbspersonenberechnung zurückgegriffen werden, bei der sich der Einstieg von Nicht-Erwerbspersonen in geringfügige Beschäftigung nicht in den Erwerbsquoten niederschlägt.

Für Schleswig-Holstein ist keine Berechnung des Erwerbspersonenpotentials nach der neuen Interpretation des IAB verfügbar. Die Befunde des amtlichen Mikrozensus deuten ebenso wenig auf eine Zunahme des Arbeitskräfteangebots in Schleswig-Holstein hin wie die für diesen Arbeitsmarktbericht fortgeschriebene Berechnung auf der Basis der Bevölkerungsstatistik, der aktuellen Bevölkerungsprognose für Schleswig-Holstein (Basisjahr 1999) und der Schätzung bzw. Fortschreibung der Er-

³¹ Die Erwerbspersonen, also alle Personen, die erwerbstätig sind oder aktuell eine Erwerbstätigkeit anstreben, wurden auf der Basis der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung bis Dezember 2000 und der immer noch aktuellen Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes Schleswig-Holstein in Zusammenarbeit mit der Landesplanung Schleswig-Holstein geschätzt. Die genannte Prognose für Schleswig-Holstein (Basisjahr: 1.1.1999, Prognose bis 2015) liefert auch Aussagen zur Zahl der Erwerbspersonen. Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.), Voraussichtliche Entwicklung der schleswig-holsteinischen Bevölkerung bis zum Jahr 2015. Kiel, Juni 2000.

Da das Arbeitskräfteangebot im folgenden durch die Erwerbspersonen und nicht durch das "Erwerbspersonenpotential" (in der Definition der Bundesanstalt für Arbeit) gemessen wird, sind aus der Gegenüberstellung der Arbeitsplätze, der Erwerbspersonen und der gemeldeten Arbeitslosen auch keine Aussagen über die "passive" (latente) Stille Reserve möglich, also über Personen, die zur Zeit nicht, bei künftig günstigen Erwerbsaussichten dann aber doch eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen.

³² Vgl.: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1999 und 2000. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2000: 5-38, hier: S. 28. Zum Vergleich: Autorengemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 2000 und 2001. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 1/2001: 5-27, hier: S. 18. Auch das Niveau des Erwerbspersonenpotentials wurde nach oben korrigiert: Für 1999 in Westdeutschland von 34,3 Mill. auf 35,9 Mill. Personen.

³³ Die Bilanzierung berücksichtigt dabei nur die Teilzeitbeschäftigung ohne die neuen Formen geringfügiger Beschäftigung (außerhalb der Sozialversicherungspflicht) – diese sind bilanztechnisch problematisch, da sie durchaus mit dem Status der Arbeitslosigkeit vereinbar sind.

werbsquoten durch das Statistische Landesamt bzw. die Landesplanung (vgl. Anmerkungen zur Tabelle 12). Der Mikrozensus geht für den Zeitraum 1999 bis 2001 von einem Rückgang der Erwerbspersonenzahl in Schleswig-Holstein um 5 Tsd. (auf 1,35 Mill.) aus, unsere Schätzung ergibt einen Rückgang von knapp 3 Tsd. auf 1,37 Mill. Erwerbstätige in 2001. Dabei ist zu beachten, dass die Erwerbsquoten im Rahmen dieser Schätzung einem langfristigen Trend folgen, der die Periode 1996 bis 2005 abdeckt – kurzfristige, abrupte Veränderungen des Erwerbsverhaltens, etwa als Folge geänderter Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosigkeit, sind darin naturgemäß nicht enthalten.

Der wichtigste Trend beim **Erwerbsverhalten** ist nach wie vor der *emanzipatorische Trend*, also die Zunahme der Erwerbsquoten bei den Frauen im mittleren Alter (ab 30 Jahre). Außerdem wird für die Zukunft eine Umkehr des bisherigen Trends sinkender Erwerbsbeteiligung der Altersgruppen ab 55 und besonders ab 60 Jahre erwartet. Dabei hängt das Ausmaß, mit dem die Erwerbsbeteiligung der Altersgruppe der 60-65-Jährigen zukünftig wieder ansteigen wird, von institutionellen Regelungen (Vorruhestand, Rentengesetzgebung, Arbeitsförderungsgesetz etc.), den Reaktionen der Menschen dieser Altersgruppe auf diese Regelungen und der Personalpolitik der Unternehmen und Organisationen ab. Der zukünftig erwartete Anstieg der Erwerbsquoten wird von verschiedenen Forschungsinstituten (z.B. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Prognos AG) sehr unterschiedlich eingeschätzt.

Den steigenden Erwerbsquoten der Frauen stehen zwar andererseits ausbildungsbedingt sinkende Erwerbsquoten bei den Altersgruppen bis 25 Jahre gegenüber, per Saldo führt die Trendfortschreibung der Erwerbsquoten aber zu höheren Erwerbspersonenzahlen als die Berechnung mit den Status-Quo-Erwerbsquoten von 1996: Im Jahr 2002 dürften sich die Erwerbspersonenzahlen je nach Erwerbsquoten-Variante für Schleswig-Holstein bereits um 23 Tsd. unterscheiden, wobei diese Differenz fast ausschließlich auf die Frauen zurückzuführen ist. Geht man in der Zukunft von einer leichten Entspannung der Arbeitsmarktsituation aus, dürfte die Variante (a) die wahrscheinlichere sein. Lediglich bei einer erneuten Zuspitzung der Lage wäre zu erwarten, dass der langfristige *emanzipatorische Trend* zumindest vorübergehend außer Kraft gesetzt würde.³⁴

Unterstellt man den für 1996 bis 2005 prognostizierten Trend der Erwerbsquoten, ergibt sich 2002 gegenüber 1999 ein Rückgang um etwa 3,5 Tsd. Erwerbspersonen. Bei den Männern ist ein starker Rückgang um 11 Tsd. (pro Jahr im Durchschnitt um knapp 4 Tsd.) zu erwarten, während bei den Frauen ein Zuwachs des Arbeitskräfteangebots 1999-2002 um ca. 8 Tsd. (pro Jahr um knapp 3 Tsd.) zu erwarten ist.

Die Tabelle 12 stellt außerdem die bereits beginnende und in der Zukunft verstärkt wirkende Verschiebung der Altersstruktur des Arbeitskräfteangebots von den 25-40jährigen zu den 40-60jährigen dar: Allein im Zeitraum 1999 bis 2002 wird die Zahl der Erwerbspersonen im Alter von 25 bis 40 Jahren nach unserer Schätzung um über 30 Tsd. zurückgehen, während für die ältere Gruppe der Erwerbspersonen (ab 40 Jahre) von einer Zunahme um 17 Tsd. aus-

³⁴ Natürlich würden auch arbeitsmarktpolitische Veränderungen, die nicht in der Erwerbsquoten-Prognose berücksichtigt sind (z.B. Vorruhestandsregelungen und Qualifizierungsmaßnahmen), bei bestimmten Personenkreisen bewirken, dass sie (vorübergehend) aus dem Kreis der Erwerbspersonen ausscheiden - mit entsprechend veränderten Prognosewerten für die Zahl der Erwerbspersonen.

zugehen ist. Für die Qualifikation des Arbeitskräftepotentials und ihre Erneuerung wird die obere Altersgruppe der Erwerbspersonen also zukünftig an Stellenwert gewinnen.

Angesichts der heute im Grundsatz bereits bekannten längerfristigen Trends – deutlicher Rückgang des Arbeitskräfteangebots ab 2010, spätestens ab 2015, und weitere Alterung des Arbeitskräfteangebots³⁵ – wird sich die Arbeitsmarktpolitik ebenso wie die betriebliche Personal- und Qualifizierungspolitik schon heute auf diese Entwicklung einstellen müssen.³⁶

Die Arbeitsmarktbilanz für Schleswig-Holstein

Die primäre Arbeitsmarktbilanz für Schleswig-Holstein ergibt sich - vor Pendlerausgleich - aus der Gegenüberstellung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonen, Wohnort in Schleswig-Holstein) und der Arbeitsplätze (Erwerbstätige, Arbeitsort in Schleswig-Holstein).

Bei den Erwerbstätigen bleiben im folgenden die geringfügig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht sozialversichert sind, unberücksichtigt. Zu den Erwerbstätigen zählen also die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft, die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ohne Landwirtschaft), Beamtinnen, Beamte und Soldaten sowie Selbständige/mithelfende Familienangehörige (ohne Landwirtschaft). Dagegen ist die Kategorie der geringfügig Beschäftigten für eine Arbeitsmarkt-Bilanzierung ungeeignet, da Arbeitnehmer in geringfügiger Beschäftigung im Rahmen einer Arbeitsmarktbilanz unterschiedlich berücksichtigt werden müssten: Sie können z.B. durchaus arbeitslos gemeldet sein, sie können ohne Arbeitslosmeldung nach einer „vollwertigen“ Beschäftigung suchen (dann wären sie Teil der aktiven Stillen Reserve) oder sie können neben oder statt ihrer geringfügigen Tätigkeit keine „vollwertige“ Tätigkeit suchen - dann blieben sie in einer Arbeitsmarktbilanz unberücksichtigt. Da keine hinreichenden Informationen über die entsprechende Struktur der geringfügig Beschäftigten vorliegen, haben wir diese Beschäftigungskategorie aus der Bilanzierung ausgeschlossen.

Abgesehen von Schätzfehlern setzt sich der Saldo der Bilanz aus den gemeldeten Arbeitslosen, der „aktiven“ Stillen Reserve (zuzüglich Teilnehmer in Weiterbildungsmaßnahmen) und dem Pendlersaldo über die Landesgrenzen (Auspendlerüberschuss) zusammen.³⁷ Empirische Befunde liegen für die gemeldeten Arbeitslosen vor, statistisch gestützte Aussagen zum Pendlersaldo und zur aktiven Stillen Reserve sind dagegen nur bedingt möglich. Im folgenden wird die Veränderung der Arbeitsmarktbilanz 1999/2000 und 2000/2001 dargestellt. Die weitere Entwicklung der Bilanz ist dann Gegenstand der Arbeitsmarktprognose im Abschnitt 4.

³⁵ Vgl.: Dieser Trend wird durch Zuwanderung allenfalls abgeschwächt, aber nicht verhindert oder gar umgekehrt. Vgl. hierzu auch: A. Niebuhr, K. Peschel, G. P. Radtke, Zukunftsszenarien – Schleswig-Holstein im Jahr 2010. K. Peschel (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 28, Kiel 1999, S. 2-5.

³⁶ Auf diese Problematik wurde bereits im Statistischen Arbeitsmarktbericht 2000 eingegangen.

³⁷ Zur aktiven Stillen Reserve gehören Personen, die aktuell eine Erwerbstätigkeit suchen, sich aber nicht arbeitslos gemeldet haben. Die „passive“ Stille Reserve wäre dagegen nur aus einer Gegenüberstellung der Erwerbstätigen mit dem Erwerbspersonenpotential ableitbar, da diese Größe die latent, aber nicht aktuell Arbeitssuchenden mit einschließt.

Personen, die vom Arbeitsplatzdefizit betroffen sind und in Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik betreut werden, sind wie folgt berücksichtigt: Beschäftigte in ABM und SAM (Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen) werden als Erwerbstätige registriert. Personen, die an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Weiterbildung (FbW) teilnehmen, bilden die aktive Stille Reserve „in Maßnahmen“. Personen, die über Vorruhestandsregelungen aus dem Erwerbsleben ausscheiden, gehören nicht mehr zu den Erwerbspersonen.

Die **Veränderung der Arbeitsmarktbilanz 1999/2000** resultierte aus einer Zunahme der Erwerbstätigenzahl um 10,6 Tsd. und einer Verringerung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonen) um 1,5 Tsd. - damit hat sich der (primäre) Saldo der Arbeitsmarktbilanz um 12,1 Tsd. verbessert. Beide Bilanzseiten waren an dieser Verbesserung beteiligt, vor allem aber die zunehmende Arbeitskräftenachfrage. Die aktive Stille Reserve in Form von Personen in Weiterbildungsmaßnahmen (FbW) blieb etwa unverändert (im Jahresdurchschnitt 1999: 8,2 Tsd. gegenüber 8,3 Tsd. 2000).

Der Auspendlerüberschuss Schleswig-Holsteins gegenüber seinen Nachbarn ging, gemessen an den „Berufspendlern“ aus der Statistik der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, wie schon in den Jahren zuvor zurück (von 83,6 Tsd. 1999 auf 81,9 Tsd. im Jahr 2000)³⁸, insbesondere aufgrund zunehmender Einpendlerzahlen. Ein Teil der primären Bilanzverbesserung wird also auf das Konto eines sinkenden Auspendlerüberschusses abgebucht. Damit verbleibt eine Bilanzverbesserung um 10,6 Tsd., die sich zu etwa drei Viertel in einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen um 7,7 Tsd. (Jahresdurchschnitte 1999 und 2000) und zu einem Viertel in einen Abbau der Stillen Reserve (außerhalb der Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik) niedergeschlagen hat. Ungeachtet der Schätzfehler innerhalb der in der Bilanz gegenübergestellten Größen ist also 1999/2000 von einem Abbau der Stillen Reserve um knapp 3 Tsd. Personen auszugehen.³⁹

Die **Veränderung der Arbeitsmarktbilanz 2000/2001** unterscheidet sich gegenüber dem Vorjahr durch einen leichten Beschäftigungsrückgang. Die Zahl der Erwerbstätigen (wiederum ohne Arbeitnehmer in geringfügiger Beschäftigung) nahm um 2,5 Tsd. ab, gleichzeitig ging auch das Arbeitskräfteangebot (Erwerbspersonen) um 1,2 Tsd. zurück. Damit hat sich die primäre Arbeitsmarktbilanz geringfügig verschlechtert. Die aktive Stille Reserve in Weiterbildungsmaßnahmen blieb weiterhin per Saldo nahezu unverändert – im Jahresdurchschnitt 2001 lag sie um 0,2 Tsd. über der Zahl von 2000. Der Auspendlerüberschuss Schleswig-Holsteins gegenüber seinen Nachbarn ging nochmals um 2,7 Tsd. (von 81,9 Tsd. auf 79,2 Tsd.) zurück. Damit ergibt sich eine Bilanzverschlechterung um knapp 4 Tsd., die sich etwa zu gleichen Teilen in einer Erhöhung der Arbeitslosenzahlen (+1,8 Tsd.) und der Stillen Reserve geäußert hat.

³⁸ „Berufspendler“ sind SV Beschäftigte, deren Wohn- und Arbeitsort räumlich auseinanderfallen. Hier geht es um Beschäftigte, die die Landesgrenze überschreiten, also entweder in Schleswig-Holstein wohnen und außerhalb des Landes arbeiten oder umgekehrt. Der Pendlersaldo wurde hier ohne die Auslandspendler berechnet, da in der Pendlerstatistik nur die Einpendler aus dem Ausland, jedoch nicht die Auspendler ins Ausland erfasst sind.

Eine ausführliche Darstellung der Pendlerverflechtung innerhalb Schleswig-Holsteins bzw. zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg wurde am Institut für Regionalforschung im Auftrag der Landesplanung Schleswig-Holstein erarbeitet, sie umfasst den Zeitraum 1993 bis 1999 und beinhaltet auch kleinräumliche Analysen auf Gemeindeebene (z.B. für die Mittel- und Oberzentren des Landes). Die Ergebnisse wurden im Herbst 2001 vorgestellt und danach publiziert. H. Herrmann, M. Hirschfeld, M. Riekers, Berufspendlerverflechtung in Schleswig-Holstein. J. Bröcker (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 35, Kiel, 2001.

³⁹ Eine quantitative Einschätzung der Veränderung der Stillen Reserve ist mit einer hohen Unsicherheit behaftet, da sich die Schätzfehler bei den Erwerbstätigen- und Erwerbspersonenzahlen in einer Saldierung der beiden Arbeitsmarktseiten besonders gravierend auswirken können.

Tabelle 12: Arbeitskräfteangebot: Die Erwerbspersonen in Schleswig-Holstein

Schätzung für die Jahre 1999 und 2000, Prognose für 2001 und 2002

Erwerbspersonen mit Wohnort in Schleswig-Holstein (Inländerkonzept)

Erwerbspersonen sind alle Personen, die erwerbstätig sind oder eine Erwerbstätigkeit anstreben. Personen im Alter von 15 bis zu 65 Jahren, gemessen zur Jahresmitte (als Durchschnitt aus dem Jahresanfangs- und Jahresendwert)

(a) bei einem sich verändernden Erwerbsverhalten (Erwerbsquoten-Trend 1996-2005)

	Erwerbspersonen (in Tsd.)			Veränderung gegenüber Vorjahr in Tsd.		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1999	1.368.7	784.4	584.3			
2000	1.367.2	780.6	586.6	- 1,5	- 3,8	+ 2,3
2001	1.366.1	776.8	589.3	- 1,2	- 3,8	+ 2,7
2002	1.365.3	773.1	592.2	- 0,8	- 3,7	+ 2,9

(b) bei unverändertem Erwerbsverhalten (Erwerbsquoten von 1996)

	Erwerbspersonen (in Tsd.)			Veränderung gegenüber Vorjahr in Tsd.		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
1999	1.358.2	786.3	571.9			
2000	1.351.0	781.6	569.4	- 7,2	- 4,7	- 2,5
2001	1.344.2	776.8	567.4	- 6,8	- 4,8	- 2,0
2002	1.338.1	772.3	565.8	- 6,1	- 4,5	- 1,6

Arbeitskräfteangebot nach Altersgruppen

bei einem sich verändernden Erwerbsverhalten (Erwerbsquoten-Trend 1996-2005)

	Erwerbspersonen (in Tsd.)			Veränderung gegenüber Vorjahr in Tsd.		
	15-25 Jahre	25-40 J.	40-60 J.	15-25 J.	25-40 J.	40-60 J.
1999	152.5	557.5	601.8			
2000	151.6	548.8	605.0	-0.8	-8,7	+3,2
2001	151.6	538.7	610.0	-0.1	-10.1	+5,0
2002	151.9	526.8	618.7	+0,3	-11.9	+8,7

Bevölkerung:

Schätzungen des Instituts für Regionalforschung auf der Basis der amtlichen Bevölkerungszahlen (bis Dez. 2000) des Statistischen Landesamtes und der Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes in Kooperation mit der Landesplanung Schleswig-Holstein (Prognose 1998 bis 2050, Basis: 1997)

Mittelwerte aus den Bevölkerungszahlen zum Jahresbeginn und zum Jahresende

Erwerbsquoten:

Erwerbsquoten 1996 gemäß Mikrozensus 1996; Erwerbsquoten 1999 nach einer Schätzung der Landesplanung Schleswig-Holstein (Basis: Mikrozensus 1996 und Prognose der Erwerbsquoten für 2005); Erwerbsquoten 2000 gemäß Prognose der Landesplanung Schleswig-Holstein. Die Erwerbsquoten für die Jahre 1999 bis 2002 wurden zwischen den Quoten für 1996, 1999 und 2005 interpoliert.

4. Prognose der Beschäftigung und der Arbeitsmarktbilanz

Prognose der Arbeitsplatzentwicklung bis 2003

Anmerkungen zum Prognoseansatz

Der jährliche Statistische Arbeitsmarktbericht enthält neben einer Bestandsaufnahme der Arbeitsmarktsituation des abgelaufenen Jahres (hier: 2001) auch eine Prognose der Beschäftigungs- und der Arbeitsmarktentwicklung für die beiden jeweils nächsten Jahre, in diesem Falle also für 2002 und 2003. Die Beschäftigungsprognose für Schleswig-Holstein verwendet dabei keinen geschlossenen Ansatz, sie verbindet vielmehr verschiedene Informationsquellen zu einer Einschätzung der künftigen Entwicklung: Den Rahmen bilden die jeweils jüngsten Konjunkturprognosen für das Bundesgebiet West (Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit) für ein oder zwei Jahre im voraus, da wir aus der Vergangenheit wissen, dass die Bundesländer dem deutschen Konjunkturverlauf eng folgen. Darüber hinaus leiten wir aus der mittel- bis langfristigen Beschäftigungsentwicklung Schleswig-Holsteins in Relation zum westdeutschen Trend Aussagen darüber ab, wie die Entwicklung im Land von der westdeutschen in den nächsten zwei Jahren abweichen wird. Hierzu wird auch auf eine mittelfristige Beschäftigungsprognose für die westdeutschen Raumordnungsregionen („Regionalprognose“) zurückgegriffen.⁴⁰ Ergänzend werden Einzelinformationen über spezifische Eigenschaften der Wirtschaft des Landes (z.B. Bedeutung einzelner Schlüsselbranchen) oder über Frühindikatoren der Konjunktur (z.B. Auftragseingänge in der Industrie) genutzt.

Für die Beschäftigungsprognose gehen wir davon aus, dass die Arbeitsplatzentwicklung in Schleswig-Holstein seit etwa 1996/97 von der sehr spezifischen konjunkturellen Situation, wie sie im Abschnitt 1 beschrieben wurde, in besonderem Maße negativ beeinflusst worden ist: Zum einen hat die hiesige Wirtschaft von der in den letzten Jahren exportgesteuerten Konjunktur weniger profitiert als andere Bundesländer mit einem höheren Industrieanteil und mit stärkerer Exportorientierung des verarbeitenden Gewerbes. Zum anderen trifft die Rezession im Baugewerbe Schleswig-Holstein besonders hart, da dieser Wirtschaftszweig einschließlich der damit verknüpften Zulieferbereiche in vielen Landesteilen überdurchschnittlich präsent ist.

Angesichts der für Deutschland prognostizierten Veränderungen des Konjunkturmusters, auf die im folgenden kurz eingegangen wird, muss für 2002/2003 angenommen werden, dass sich das einseitige Bild einer überwiegend durch Auslandsimpulse geprägten Entwicklung nur leicht zugunsten der Binnennachfrage verschieben wird. Die Auslandsnachfrage wird auch weiterhin eine Schlüsselrolle für die deutsche Konjunktur behalten. Weiterhin wird erwartet, dass der Kapazitätsabbau im Baugewerbe in Westdeutschland langsam zum Ende kommen wird. Damit verbessert sich die Aussicht, dass Schleswig-Holstein nach den kritischen Jahren 1996-2001 allmählich wieder zum Trend der „Regionalprognose“ zurückfindet, der sich insbesondere an den langfristig recht stabilen Prozessen des räumlichen Strukturwandels (Dezentralisierung und Suburbanisierung) orientiert. Diese mittelfristige Prognose weist Schleswig-Holstein eine Entwicklung der Erwerbstätigkeit zu, die etwas günstiger als der westdeutsche Entwicklungspfad verläuft. Diese Position des Landes ergibt sich aus der günstigen Entwicklung des Hamburger Randgebietes, das von den Suburbanisierungseffekten der Metropolregion profitiert.

Tatsächlich erhöhte sich der Anteil Schleswig-Holsteins an allen westdeutschen Erwerbstätigen im Zeitraum 1976 bis 1999 nach den Erwerbstätigen-Schätzungen im Rahmen der Regionalprognose

⁴⁰ Bei der „Regionalprognose“ übernehmen wir im wesentlichen die Ergebnisse von Franz-Josef Bade: F.-J. Bade, Regionale Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1997-2004. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Heft 4/1999, S. 603-617. Daten zur künftigen Entwicklung für die Planungsräume des Landes wurden uns freundlicherweise von F.-J. Bade zur Verfügung gestellt.

von F.J. Bade von 36,9 v.T. auf 37,9 v.T., jährlich also im Durchschnitt um 0,04 v.T.-Punkte⁴¹; wir unterstellen in der Prognose, dass sich der jährliche Rückgang des Landesanteils in den Jahren 1997 bis 2001 in den nächsten Jahren langsam abbaut und seine weitere Entwicklung auf das alte Bild eines leicht zunehmenden Anteils einschwenken wird. Konkret bedeutet diese Annahme, dass der Erwerbstätigenanteil des Landes 2001/2002 und 2002/2003 nicht mehr so stark wie in den beiden vergangenen Jahren (1999/2000 und 2000//2001 jeweils um ca. 0,35 v.T.-Punkte), sondern nur noch um 0,15 v.T.-Punkte (2001/2002) bzw. 0,075 v.T.-Punkte (2002/2003) zurückgehen würde.⁴²

Die konjunkturelle Situation in Deutschland im Jahr 2001 und in der ersten Jahreshälfte 2002 wurde im Abschnitt 1 bereits beschrieben.⁴³ Im Sommer 2002 gehen die Konjunkturforschungsinstitute davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft am Beginn eines Aufschwungs befindet, der im Verlauf des Jahres 2002 an Kraft gewinnt, in der zweiten Hälfte des folgenden Jahres aber schon wieder an Fahrt verliert. Im Verlauf des ersten Halbjahres 2002 habe sich die wirtschaftliche Aktivität wieder etwas belebt, erkennbar an konjunkturellen Frühindikatoren, z.B. den Auftragseingängen und der wirtschaftlichen Entwicklung der wichtigen Handelspartnerländer. Die Erwerbstätigkeit ist allerdings immer noch leicht zurückgegangen, und die Arbeitslosigkeit hat weiter zugenommen: Der Arbeitsmarkt wird erst mit Verzögerung auf die konjunkturelle Belebung reagieren.

Beim Bruttoinlandsprodukt wird sich die konjunkturelle Belebung in der zweiten Jahreshälfte 2002 auch in den statistischen Zahlen niederschlagen: Für das zweite Halbjahr 2002 wird im Bundesgebiet ein Zuwachs um 2,0% gegenüber dem zweiten Halbjahr 2001 erwartet. Unter den Komponenten des Bruttoinlandsproduktes wird wiederum – wie schon in den Vorjahren – die Exportnachfrage positive Impulse liefern, während die Binnennachfrage per Saldo stagnieren dürfte. Immerhin wird zumindest in Westdeutschland bei den Bauinvestitionen kein weiterer starker Einbruch erwartet, da sich der gewerbliche Bau langsam erholt und zunehmend in der Lage ist, die weiterhin rückläufige Bautätigkeit im Wohnungsbau und im öffentlichen Bau auszugleichen.

⁴¹ Der mittelfristige Trend der „Regionalprognose“ von F.-J. Bade (1997-2004) geht für Schleswig-Holstein von einem jährlichen Anteilszuwachs bei den Erwerbstätigen um plus 0,07 v.T.-Punkte aus.

⁴² Anmerkung zur Beschäftigungsprognose im letzten Arbeitsmarktbericht: Dort wurde die Beschäftigungs- bzw. Erwerbstätigenentwicklung 2000/2001 für Schleswig-Holstein um etwa 3 Tsd. zu optimistisch eingeschätzt. Wesentliche Ursache war eine im Frühjahr 2000 zu günstige Prognose des Bruttoinlandsproduktes für Deutschland (+1,2%), die schließlich verfehlt wurde (tatsächlich ergab sich für 2000/2001 nur eine Wachstumsrate von 0,6%). Im Herbst 2001 haben wir für unsere Publikation des Arbeitsmarktberichtes als Beitrag des Instituts eine Revision der Prognose, nunmehr mit der korrekt vorhergesagten Bruttoinlandsprodukt-Entwicklung, vorgenommen, die im Nachhinein als sehr treffsicher beurteilt werden kann: Für die Zahl der SV Beschäftigten in Schleswig-Holstein wurde ein Wert für 2001 von 819,8 Tsd. vorhergesagt, tatsächlich errechnet sich aus den Monatswerten der SV Statistik eine Zahl von 819,1 Tsd., der Prognosefehler liegt also bei unter Tausend Beschäftigten. Vgl.: H. Herrmann, Th. Puls, Arbeitsmarktbericht für Schleswig-Holstein 2000. J. Bröcker (Hrsg.), Beiträge aus dem Institut für Regionalforschung der Universität Kiel, Nr. 34, Kiel, 2001, Anhang.

⁴³ Die Ausführungen zur Konjunkturprognose werden im folgenden wie im Abschnitt 1 aus den im Juni 2002 vorliegenden aktuellsten Prognosen der großen Wirtschaftsforschungsinstitute übernommen, also der Prognose des Instituts für Weltwirtschaft (Internet-Information vom 10. Juni 2002) und dem „Frühjahrgutachten“ der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Bei der Erwerbstätigkeit rechnen die Konjunkturforschungsinstitute im Jahresvergleich 2001/2002 im Bundesgebiet West mit einem Rückgang um etwa 50 Tsd. Personen und bei der Arbeitslosigkeit mit einer Zunahme im Bereich von 110 Tsd. Personen, weil sich auf Bundesebene das Arbeitskräfteangebot nochmals leicht erhöhen wird.

Im folgenden Jahr (2002/2003) wird für das Bundesgebiet eine deutlich höhere Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes erwartet (Institut für Weltwirtschaft. +2,5%), wobei sich das Wachstum in der zweiten Jahreshälfte 2003 aufgrund der Abflachung der Weltkonjunktur möglicherweise schon wieder abschwächen wird. Das von den verschiedenen Nachfragekomponenten gezeichnete Konjunkturmodell wird im Jahr 2003 voraussichtlich anders als 2002 auch eine Ausweitung der Binnennachfrage zeigen, die sich aber im wesentlichen auf die Ausrüstungsinvestitionen konzentriert. Sie sind neben der weiterhin expandierenden Exportnachfrage die wesentliche Triebkraft des Wirtschaftswachstums. Die Konsumnachfrage wird ebenfalls zunehmen, aber im Jahresvergleich mit geringerer Rate. Mit einer deutlichen Steigerung wird hier nur vorübergehend (2. Jahreshälfte 2002 und 1. Jahreshälfte 2003) gerechnet. Der staatliche Verbrauch wird weiterhin nicht nennenswert wachsen. Die Bauinvestitionen könnten erstmals seit vielen Jahren einen, wenn auch kleinen, positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten: Während der Wohnungsbau weiterhin rückläufig ist und dort nicht mit einer baldigen Erholung gerechnet wird, ist beim Wirtschaftsbau bereits im Jahr 2002 eine Belebung erkennbar. Für eine Expansion der öffentlichen Bauinvestitionen gibt es angesichts der weiterhin angespannten Lage der öffentlichen Haushalte allerdings keine Anhaltspunkte.

Veränderungsraten der Komponenten des Bruttoinlandsproduktes in Deutschland

Alle Größen real, in Preisen von 1995.

Informationsbasis ist der im Juni 2002 aktuellste Konjunkturbericht der großen Wirtschaftsforschungsinstitute: J. Benner et al., Kräftiger Anstieg der Produktion in Deutschland. Erscheint in: H. Siebert (Hrsg.), Die Weltwirtschaft 2002, Heft 2.

(Internet: www.uni-kiel.de/ifw/pub/ww/2_02_deu.pdf).

Die Zahlen in Klammern zeigen die prognostizierten Veränderungsraten aus dem Frühjahrsgutachten der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute.

Exporte:

Veränderung 2001/2002: + 2,7% (+ 2,2%), 2002/2003: + 4,5% (+ 8,4%).

Ausrüstungsinvestitionen:

Veränderung 2001/2002: - 3,9% (- 1,5%), 2002/2003: + 7,7% (+ 6,5%).

Privater Verbrauch:

Veränderung 2001/2002: + 0,4% (+ 0,6%), 2002/2003: + 3,0% (+ 1,8%).

Staatlicher Verbrauch:

Veränderung 2001/2002: + 1,2% (+ 1,2%), 2002/2003: + 1,1% (+ 0,9%).

Bauinvestitionen:

Veränderung 2001/2002: -0,1% (- 2,1%), 2002/2003: + 0,8% (+ 0,1%).

Bei einem für 2002/2003 erwarteten Produktionswachstum von etwa 2,5% wird in Deutschland angesichts eines Produktivitätsfortschritts um 2% (Prognose des Instituts für Weltwirtschaft) eine Ausweitung des Arbeitsvolumens in Jahresstunden um etwa 0,5% möglich sein. Unter Berücksichtigung des Jahresarbeitszeiteffekts erwartet das Institut für Weltwirtschaft in

seiner Juni-Prognose eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl in Westdeutschland um 250 Tsd. (+0,75%) und eine Abnahme der Arbeitslosigkeit 2003 gegenüber 2002 um etwa 130 Tsd. – der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird u.a. aufgrund eines weiterhin zunehmenden Arbeitskräfteangebots geringer angesetzt als die Ausweitung der Arbeitskräftenachfrage. Anders ausgedrückt: Man rechnet damit, dass ein nicht unerheblicher Teil der Arbeitskräftenachfrage, insbesondere im Bereich geringfügiger Beschäftigung, durch zusätzliches Angebot aus dem Kreis der bisherigen Nicht-Erwerbspersonen gedeckt wird.

Arbeitsmarktprognose für Westdeutschland 2002 und 2003

<u>Erwerbstätige:</u>	Veränderung 2001/2002 - 40 Tsd. / 2002/2003 + 250 Tsd.
<u>Arbeitsangebot (Erwerbspersonen):</u>	2001/2002 + 50 Tsd. / 2002/2003 + 70 Tsd.
<u>Registrierte Arbeitslose:</u>	2001/2002 + 110 Tsd. / 2002/2003 - 130 Tsd.
<u>Arbeitslosenquote:</u>	2001 7,4% / 2002 7,7% / 2003 7,3%. (Nenner: Erwerbstätige plus Arbeitslose)

Prognose für Schleswig-Holstein

Unsere Erwartung, dass sich bei der Erwerbstätigenentwicklung der Rückstand des Landes gegenüber Westdeutschland in nächster Zukunft reduzieren wird,⁴⁴ gründet sich auf der bereits beschriebenen, für 2002/2003 erwarteten Veränderung des Konjunkturbildes, insbesondere in der Stärkung der Binnennachfrage und dem erwarteten Ende der Baurezession. Andererseits bleiben wir in der Vorhersage für Schleswig-Holstein vorsichtig, da speziell die Konsumnachfrage nur vorübergehend stärker wachsen wird und weil Einsparungen im öffentlichen Sektor, im Sozial- und Gesundheitswesen fortgeschrieben werden. Dies betrifft die gewerbliche Konsumgüterwirtschaft und die verschiedenen Bereiche der konsumorientierten, sozialen und öffentlichen Dienstleistungen, die in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich vertreten sind.

Aus der extern vorgegebenen Erwerbstätigenprognose für Westdeutschland (2001/2002 Rückgang um 0,1%; 2002/2003 Zunahme um 0,8%) und der von uns prognostizierten Entwicklung des Landesanteils an den Erwerbstätigen ergeben sich folgende Erwerbstätigenzahlen in Schleswig-Holstein 2002 und 2003:

2002: 1.222,9 Tsd. (Rückgang gegenüber 2001: - 6,3 Tsd. bzw. - 0,5%)

2003: 1.229,9 Tsd. (Zunahme gegenüber 2002: + 7,0 Tsd. bzw. + 0,6%).

Dabei handelt es sich um einen Jahresvergleich der erwarteten (jahresdurchschnittlichen) Erwerbstätigenzahlen, der *Verlauf* der Erwerbstätigkeit über die kommenden Quartale kann auf diese Weise nicht erfasst werden.

Für den Arbeitsmarkt Schleswig-Holsteins wird also in unserer Prognose im Jahresvergleich 2001/2002 von einem Rückgang der Erwerbstätigenzahl um über 6 Tsd. und einem leichten

⁴⁴ Dies betrifft insbesondere die Jahre 1997/98, 1999/2000 und 2000/2001, in denen der Anteil des Landes an den Erwerbstätigen Westdeutschlands jeweils um 0,8 bis 1,0% (bzw. jeweils um etwa 0,3 bis 0,4 v.T.-Punkte) zurückgegangen ist. Wir unterstellen für 2001/2002 einen verminderten Rückgang des Anteils um 0,4% (0,15 v.T.-Punkte) und für 2002/2003 um 0,2% (0,075 v.T.-Punkte).

Rückgang des Arbeitskräfteangebots um knapp Tausend Erwerbspersonen (siehe Abschnitt 3) ausgegangen, die primäre Arbeitsmarktbilanz würde sich nach unserer Schätzung rechnerisch um 5,4 Tsd. verschlechtern. Dies ist für Januar bis Juni 2002 bereits an den Arbeitslosenzahlen abzulesen, die im ersten Halbjahr 2002 im Durchschnitt um über 5 Tsd. über den Vergleichszahlen des ersten Halbjahres 2001 liegen. Auch wenn sich der in den Konjunkturprognosen angekündigte Aufschwung schon in der zweiten Jahreshälfte 2002 in einer Umkehr des negativen Beschäftigungstrends äußern sollte, dürfte die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl in Schleswig-Holstein im Jahr 2002 die Marke von 120 Tsd. erreichen oder knapp überschreiten.

Im Jahresvergleich 2002/2003 wird sich die Arbeitskräftenachfrage nach der Erwerbstätigenprognose wieder erhöhen, so dass es für Schleswig-Holstein möglich erscheint, wieder zum Beschäftigungsniveau von 2001 zurückzukehren. Allerdings dürfte der geschätzte Anstieg der Erwerbstätigenzahl nicht in voller Höhe zu einer Verringerung der Arbeitslosenzahlen führen. Ein Teil der neuen Arbeitsplätze, insbesondere diejenigen mit geringfügiger Beschäftigung, dürften erfahrungsgemäß von Personen aus der Stillen Reserve oder aus der Kategorie der bisherigen Nicht-Erwerbspersonen besetzt werden, ein weiterer Teil vermutlich auch durch neue Einpendler, insbesondere aus Hamburg. Eine weitere Einflussgröße wären Veränderungen der Intensität aktiver Arbeitsmarktpolitik, die wir hier als gering angenommen haben. Insgesamt könnte die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenzahl 2003 durch den Beschäftigungsanstieg auf eine Größenordnung von 115 Tsd., also vergleichbar mit 2000 und 2001, zurückkehren. Positive Beschäftigungseffekte, die von der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission erwartet werden, können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht eingeschätzt werden.

Über das Jahr 2003 hinaus wird die Aufgabe für Schleswig-Holstein darin bestehen, die Chancen auf einen moderaten Aufbau der Beschäftigung, die in längerfristigen Prognosen für Westdeutschland durchaus gesehen werden,⁴⁵ zu nutzen und auf den bis 1997 beobachteten im Vergleich mit Westdeutschland relativ günstigen Entwicklungspfad der Beschäftigung zurückzukehren. Die Veränderung der Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes zugunsten einer besseren Umsetzung von Produktions- in Beschäftigungswachstum ist dagegen an erster Stelle eine nationale Aufgabe, die gleichwohl auch aus den Regionen des Bundesgebietes heraus unterstützt werden sollte.

⁴⁵ Vgl.: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 10 vom 16. 5. 2002, „Projektion bis 2015: Gute Chancen für moderaten Aufbau der Beschäftigung“.

5. Struktur und Entwicklung der Arbeitslosigkeit

Im Rahmen dieses Statistischen Berichts 2001 konzentrieren sich die dargestellten Befunde im wesentlichen auf Jahresdurchschnittswerte bis 2001, in einem Fall auch auf Werte für September 2001. Nur in Einzelfällen wird auf neuere Befunde bis Mitte 2002 eingegangen.

Schleswig-Holstein im Bundesländervergleich

(Tabelle 13, Abbildungen 3 und 4)

Aufgrund der aktuellen konjunkturellen Schwäche der deutschen Wirtschaft konnte der in den Vorjahren beobachtete Trend der Reduzierung der Arbeitslosenzahlen Anfang 2001 nur noch in abgeschwächter Form beobachtet werden, und seit Frühjahr 2001 nimmt die Arbeitslosigkeit wieder zu (vgl. Abschnitt 1, Tabelle 1). Schleswig-Holstein war von der Trendwende besonders betroffen: Zwar sank die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote des Landes von 9,5% im Jahr 2000 geringfügig auf 9,4% im Jahr 2001,⁴⁶ die Zahl der Arbeitslosen stieg jedoch um 1,6% gegenüber 2000 auf 116 Tsd. Personen im Jahr 2001 (plus 1,8 Tsd. Arbeitslose). Schleswig-Holstein ist somit das einzige westdeutsche Bundesland, in dem die Arbeitslosenzahl 2000/2001 zugenommen hat.

Beim Vergleich Bundesgebiet Ost mit Bundesgebiet West zeigt sich, dass sich die Kluft zwischen beiden Teilen Deutschlands weiter vergrößert hat. Während die Arbeitslosenquote im Bundesgebiet West 2000/2001 um 0,4 Prozentpunkte auf 8,3% gesunken ist, stieg sie im Osten um 0,1 Prozentpunkte auf 18,9%. Auch bei den Arbeitslosenzahlen entwickelte sich der Westen positiv 2000/2001: minus 2,0%), der Osten dagegen in die entgegengesetzte Richtung (plus 1,1%).

Im **Vergleich mit den westdeutschen Flächenländern (Tabelle 13)** erreichten Hessen und Baden-Württemberg 2000/2001 mit minus 6,7% bzw. 6,1% den stärksten Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Dieser fiel jedoch im Vergleich zum dem Vorjahr (1999/2000: Rückgänge um bis zu 13%) wesentlich schwächer aus. Baden-Württemberg baute somit seine günstige Position bezüglich der Arbeitslosenquote weiter aus: Sie lag im Jahresdurchschnitt bei 5,5%. Bayern folgt an zweiter Stelle mit einer Quote von 6,0%. Die Arbeitslosenquote Schleswig-Holsteins liegt weiterhin über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Die Reduktion der Quote des Landes von 2000 auf 2001 um 0,1 Prozentpunkte blieb hinter der Abnahme in den anderen westdeutschen Bundesländern zurück. Dabei war die Position Schleswig-Holsteins unter den westdeutschen Flächenländern unverändert. Die drei Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland weisen höhere, die süddeutschen Länder dagegen niedrigere Quoten auf.

Der **Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen** sank in Schleswig-Holstein 2001 im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Prozentpunkte auf 41,2%. Verglichen mit dem Bundesgebiet West (44,4%) wies Schleswig-Holstein erneut einen unterdurchschnittlichen Frauenanteil an den Arbeitslosen auf, er lag im Jahr 2001 unter dem Frauenanteil aller anderen westdeutschen Flächenländer. Im Vorjahr hatte das Saarland einen noch geringeren Frauenanteil.

⁴⁶ Arbeitslosenquoten bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Regionale Unterschiede der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein

(Tabelle 14)

Bei einer regional differenzierten Betrachtung der Arbeitslosigkeit 2000/2001 lassen sich weiterhin erhebliche Unterschiede feststellen. Das Niveau der Arbeitslosigkeit, gemessen an den Arbeitslosenquoten, liegt in einer Bandbreite von 7,7% (Schleswig-Holstein Süd) und 11,8% (Schleswig-Holstein Ost). Im Raum Lübeck/Ostholstein war 2000/2001 allerdings die günstigste Entwicklung im Land zu beobachten, die Zahl der Arbeitslosen ging um 1,5% zurück. Im Vorjahr (1999/2000) war die Entwicklung hier im regionalen Vergleich noch relativ ungünstig gewesen. In den Planungsräumen Mitte und Süd blieb die Arbeitslosigkeit 2001 gegenüber 2000 praktisch unverändert, während sie in den Planungsräumen Südwest (+4,7%) und vor allem Nord (+5,5%) deutlich zugenommen hat. Die regionalen Entwicklungsmuster sind also von Jahr zu Jahr nicht stabil.

Die regionalen Unterschiede spiegeln sich auch auf **Kreisebene** wieder. Die günstige Entwicklung der Region Schleswig-Holstein Ost in 2000/2001 ist vor allem auf einen relativ starken Rückgang der Arbeitslosigkeit im Kreis Ostholstein zurückzuführen (minus 1,8%). Ähnlich gute Entwicklungen waren in Lübeck und Neumünster zu beobachten (minus 1,3% bzw. minus 1,1%), einen leichten Rückgang gab es auch in den Kreisen Pinneberg und Rendsburg-Eckernförde. Ansonsten stiegen die Arbeitslosenzahlen, am stärksten im Kreis Schleswig-Flensburg (um 8,3%). Ein Vergleich mit dem Vorjahresergebnis zeigt, dass sich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit ungünstiger darstellt. 2000 gingen die Arbeitslosenzahlen in allen Kreisen gegenüber 1999 zurück, teilweise mit Raten von 10% und mehr (Rendsburg-Eckernförde 10,7%, Stormarn 9,3%, Kiel 9,0%), während 2000/2001 nur noch in fünf Kreisen und kreisfreien Städten ein leichter Rückgang erreicht wurde.

Über die letzten beiden Jahre (1999-2001) war der Kreis Rendsburg-Eckernförde mit minus 11,3% Spitzenreiter, gefolgt von Kiel, Stormarn, Kreis Segeberg und Neumünster. Dagegen nahm die Arbeitslosigkeit in den Kreisen Lauenburg und Schleswig-Flensburg zu.

Hinsichtlich der Arbeitslosenquoten wies der Planungsraum Schleswig-Holstein Süd 2001 wie schon 2000 mit unverändert 7,7% die geringste Arbeitslosigkeit auf. Mit deutlichem Abstand folgen die Planungsräume Nord, Mitte und Südwest, Schlusslicht ist der Planungsraum Ost (11,8%). Auf Kreisebene sind die Arbeitslosenquoten der kreisfreien Städte traditionell am höchsten, dabei wies Lübeck 2001 wie schon im Vorjahr die höchste Arbeitslosenquote auf (13,4%), während Kiel nach wie vor am besten abschnitt (11,9%). Die höchsten Arbeitslosenquoten der Landkreise übertreffen die 10%-Marke (Lauenburg: 10,6%, Ostholstein: 10,0%), die niedrigsten Quoten haben Stormarn (6,5%) und Kreis Segeberg (7,3%), also Kreise im Hamburger Randgebiet.

Arbeitsmarktdynamik

(Tabelle 15 und 16)

Die über mehrere Jahre nahezu unverändert hohen Arbeitslosenzahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auf dem Arbeitsmarkt eine erhebliche Dynamik aus An- und Abmeldungen, also aus Zugang zur und Abgang aus der Arbeitslosigkeit gibt. Die Maßzahl für

relative Arbeitsmarktdynamik, also die Summe aus Zu- und Abgängen eines Jahres bezogen auf die Summe aus Anfangs- und Endbestand der Arbeitslosen liegt in Schleswig-Holstein wie auch im Bundesgebiet West knapp unter 2. Grob gesprochen, stehen hinter jedem gemeldeten Arbeitslosen über ein Jahr gesehen zwei dynamische Ereignisse (An- und/oder Abmeldung). Dabei lässt sich die negative Tendenz auf dem Arbeitsmarkt auch an der Entwicklung der relativen Arbeitsmarktdynamik ablesen. Während diese in den Vorjahren zugenommen hat, stagnierte sie 2000/2001 in Schleswig-Holstein insgesamt wie auch für Frauen, und im Bundesgebiet West verlangsamte sich die Zunahme. Schleswig-Holstein weist wie bereits 2000 eine höhere Arbeitsmarktdynamik als das Bundesgebiet West auf, der Abstand hat sich jedoch verringert.

Die Absolutzahlen der Arbeitsmarktdynamik zeigen für 2001 den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein dadurch an, dass die Anmeldungen gegenüber 2000 zugenommen und die Abmeldungen abgenommen haben. Übers Jahr 2001 gab es in Schleswig-Holstein 231,5 Tsd. Zugänge an Arbeitslosen (7,9 Tsd. bzw. 3,5% mehr als 2000), wobei jeder zweiten Anmeldung eine Erwerbstätigkeit vorausging. Daneben verzeichnete das Land 225,5 Tsd. Abgänge (3,2 Tsd. bzw. 1,9% weniger als 2000).⁴⁷ Wie schon im Jahr 2000 gingen 46% der Abgänge an Arbeitslosen in Schleswig-Holstein in Erwerbstätigkeit über, ein im Vergleich zum Bundesgebiet West (knapp 43%) recht hoher Anteil. Bei den Frauen in Schleswig-Holstein stiegen die Zugänge in Arbeitslosigkeit 2000/2001 um 1,6 Tsd. bzw. um 1,7%, die Abgänge sanken um 2,2 Tsd. bzw. um 2,3%.

Bei einer nach Arbeitsamtsbezirken differenzierten Betrachtung ergeben sich wie auch in den Vorjahren größere regionale Divergenzen. Die höchste relative Arbeitsmarktdynamik wird in den Bezirken Flensburg und Heide gemessen (2001 mit Heide an erster Stelle), also auf Arbeitsmärkten, die von starken Saisonschwankungen geprägt sind (Landwirtschaft, Tourismus). Die mit Abstand niedrigste Dynamik hat nach wie vor der Bezirk Kiel. Ein eindeutiger Trend ist von 2000 auf 2001 nicht erkennbar. In vier Bezirken hat sich die Maßzahl erhöht, in drei Bezirken ist sie zurückgegangen.

Arbeitslosigkeit nach Personenkreisen

(Tabellen 14 bis 17)

In diesem Abschnitt liegt das Augenmerk vor allem auf einer genaueren Betrachtung der verschiedenen Personengruppen der Arbeitslosenstatistik: Langzeitarbeitslose, Jugendliche, Ausländer/-innen und Personen mit vermittlungerschwerenden Merkmalen. Hierzu zählen gesundheitliche Einschränkungen, das Fehlen einer abgeschlossenen Berufsausbildung und ein Alter von 55 Jahren und mehr.

Die **Frauenarbeitslosenquote** in Schleswig-Holstein ging weiter von 8,6% im Jahr 2000 auf 8,2% im Jahr 2001 zurück, sie liegt weiterhin und mit wachsendem Abstand unter der Quote der Männer, die von 10,3% (2000) auf 10,5% (2001) zugenommen hat. Besonders groß ist diese Differenz in den kreisfreien Städten, wo sich die Differenz zwischen Männer- und

⁴⁷ Im Bundesgebiet West erhöhte sich die Zahl der Zugänge 2001 gegenüber 2000 um 3,0%, die Zahl der Abgänge verringerte sich um 5,5%.

Frauen-Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr sogar von 4,5 auf 4,9 Prozentpunkte vergrößert hat. In den Landkreisen war die Differenz zwar wesentlich kleiner, vergrößerte sich aber von 2000 auf 2001 ebenfalls (von 0,9 auf 1,5 Prozentpunkte). Auch der Frauenanteil an allen Arbeitslosen ist in den kreisfreien Städten (2001: 37,7%) weiterhin deutlich niedriger als in den Landkreisen (2001: 42,8%), in beiden Kategorien ist er 2000/2001 zurückgegangen. Die Bandbreite der Frauenanteile ist in den Kreisen des Landes nicht unerheblich, sie reicht von 35,9% (Flensburg) bis 46,2% (Stormarn).

Die Zahl der **Langzeitarbeitslosen** (Personen, die mindestens ein Jahr ununterbrochen arbeitslos gemeldet sind) konnte in Schleswig-Holstein im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr von 36,9 Tsd. auf 33,6 Tsd. verringert werden, ihr Anteil an allen Arbeitslosen sank von 32,3% auf 29,0%, wobei keine geschlechtsspezifischen Unterschiede zu erkennen sind. Der Abbau der Zahl der Langzeitarbeitslosen steht somit im Gegensatz zur eher schlechten konjunkturellen Entwicklung. Wie schon im Vorjahr lag der Anteil langzeitarbeitsloser Männer und Frauen in Schleswig-Holstein deutlich unter dem im Bundesgebiet West. Anders als im Vorjahr hingegen fiel die Reduzierung der Langzeitarbeitslosen-Zahlen im Bundesgebiet West (minus 12%) stärker aus als in Schleswig-Holstein (minus 9%).

Schleswig-Holstein weist 2001 wie auch schon in den Vorjahren eine höhere **Jugendarbeitslosigkeit** auf als das Bundesgebiet West: Der Anteil der jugendlichen Arbeitslosen (20 bis 25 Jahre) an allen Arbeitslosen lag im Land bei 9,6% und im Bundesgebiet West bei 8,8%. Im Vergleich zum Vorjahr (2000) stieg dieser Anteil in Schleswig-Holstein um 0,5 Prozentpunkte, im Bundesgebiet West um 0,7 Punkte. Die Arbeitslosenquote der Personen unter 25 Jahren lag in Schleswig-Holstein mit 9,8% erneut über der Gesamt-Arbeitslosenquote von 9,4%, die sich auf alle Altersklassen bezieht. Gegenüber dem Bundesgebiet West ist die Jugendarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein stärker ausgeprägt: Dort waren 2001 nur 7,4% der Personen unter 25 arbeitslos gemeldet, und gegenüber 2000 konnte sogar ein Rückgang dieser Quote erreicht werden.

Im Jahresdurchschnitt 2001 waren in Schleswig-Holstein ca. 11 Tsd. **Ausländerinnen und Ausländer** arbeitslos gemeldet. Damit konnte ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeitslosen etwas (von 9,7 auf 9,5%) reduziert werden. Dennoch stieg die Arbeitslosenquote der Ausländer/-innen von 21,9% auf 22,4% im Jahr 2001, sie ist damit nach wie vor mehr als doppelt so hoch wie die gesamte Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein. Außerdem war sie deutlich höher als die Arbeitslosenquote der Ausländer im Bundesgebiet West (16,5%).

Im Jahr 2001 waren in Schleswig-Holstein 20,4 Tsd. Arbeitslose **55 Jahre und älter**. Diese Zahl konnte im Vergleich zum Vorjahr um knapp 3 Tsd. reduziert werden, und der Anteil dieser Gruppe an allen Arbeitslosen verringerte sich damit von 20,4% auf 17,6%. Damit liegt dieser Anteil weiterhin deutlich unter dem entsprechenden Anteil im Bundesgebiet West (19,9%).

Von den 111,1 Tsd. Arbeitslosen in Schleswig-Holstein (Bestand am 30.9.2001) wiesen 62,4% mindestens eines der drei **vermittlungerschwerenden Merkmale** ohne abgeschlossene Berufsausbildung, mit gesundheitlichen Einschränkungen oder 55 Jahre und

älter auf. Lediglich 37,6% der Arbeitslosen sind in diesem Sinne als relativ unproblematisch bei der Vermittlung anzusehen. Gegenüber 1999 und 2000 ist der Anteil der schwer Vermittelbaren wieder leicht gesunken. Innerhalb dieser Gruppe liegt das Hauptmanko nach wie vor im Fehlen einer abgeschlossenen Berufsausbildung (38,7% aller Arbeitslosen), gefolgt von gesundheitlichen Einschränkungen (26,8%). Anders als im Vorjahr ist der Anteil von Personen mit diesen Merkmalen jedoch gesunken. Auch der Anteil von Personen über 55 Jahre an allen Arbeitslosen ist zurückgegangen.

Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen (Tabelle 21)

Die ungünstige konjunkturelle Entwicklung wirkte sich sehr unterschiedlich auf die Berufsgruppen in Schleswig-Holstein aus. Auch beim Vergleich der Entwicklungen vom April 2001 (gegenüber April 2000), vom September 2001 (gegenüber September 2000) und vom April 2002 (gegenüber April 2001) zeigen sich teilweise gegenläufige Effekte.

Im September 2001 gab es die stärkste Zunahme an Arbeitslosenzahlen im Vergleich zum Vorjahresmonat in Berufen aus dem Bereich Fertigung, Wartung, Lager und Verkehr (+2,3 Tsd.), gefolgt von den kaufmännischen und Verwaltungsdiensten (+1,7 Tsd.). Diese ungünstige Entwicklung der beiden Berufsfelder ist auch noch im April 2002 zu beobachten. Dagegen war die Entwicklung bei den kaufmännischen und Verwaltungsdiensten im Vorjahr (April 2000-April 2001) noch nicht von zunehmender Arbeitslosigkeit geprägt. Zunehmende Arbeitslosenzahlen gab es auch im Bereich der sonstigen Dienste.

Kontinuierlich abgenommen hat die Arbeitslosenzahl dagegen im Bereich der sozialen Dienste, vor allem verursacht durch die günstige Entwicklung bei den Gesundheitsberufen. Auch im Vergleich April 2001 mit 2002 ist dieser Trend weiter zu beobachten. Rückläufige Arbeitslosenzahlen sind auch bei den technischen Diensten zu beobachten, allerdings geht der positive Impuls bei diesem Berufsfeld langsam zurück.

Eine stark schwankende Entwicklung lässt sich für die Bauberufe feststellen: Hier kam es im April und September 2001 zu einer starken Zunahme der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat, im ersten Halbjahr 2002 kehrte sich diese Tendenz jedoch um: Der April 2002 verzeichnete knapp 500 Arbeitslose weniger als der Vorjahresmonat.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den Berufsfeldern uneinheitlich niederschlägt. Im Vergleich April 2002 mit April 2001 gab es in 20 der in Tab. 21 dargestellten Berufsgruppen eine Zunahme der Arbeitslosenzahlen, in 12 Berufsfeldern dagegen eine Abnahme. Im Vergleich April 2001 mit April 2000 nahm die Arbeitslosenzahl in 17 Berufsgruppen zu und in 15 ab.

Abbildung 3:
Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West 1995-2002
Veränderungen der Arbeitslosenzahlen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in %

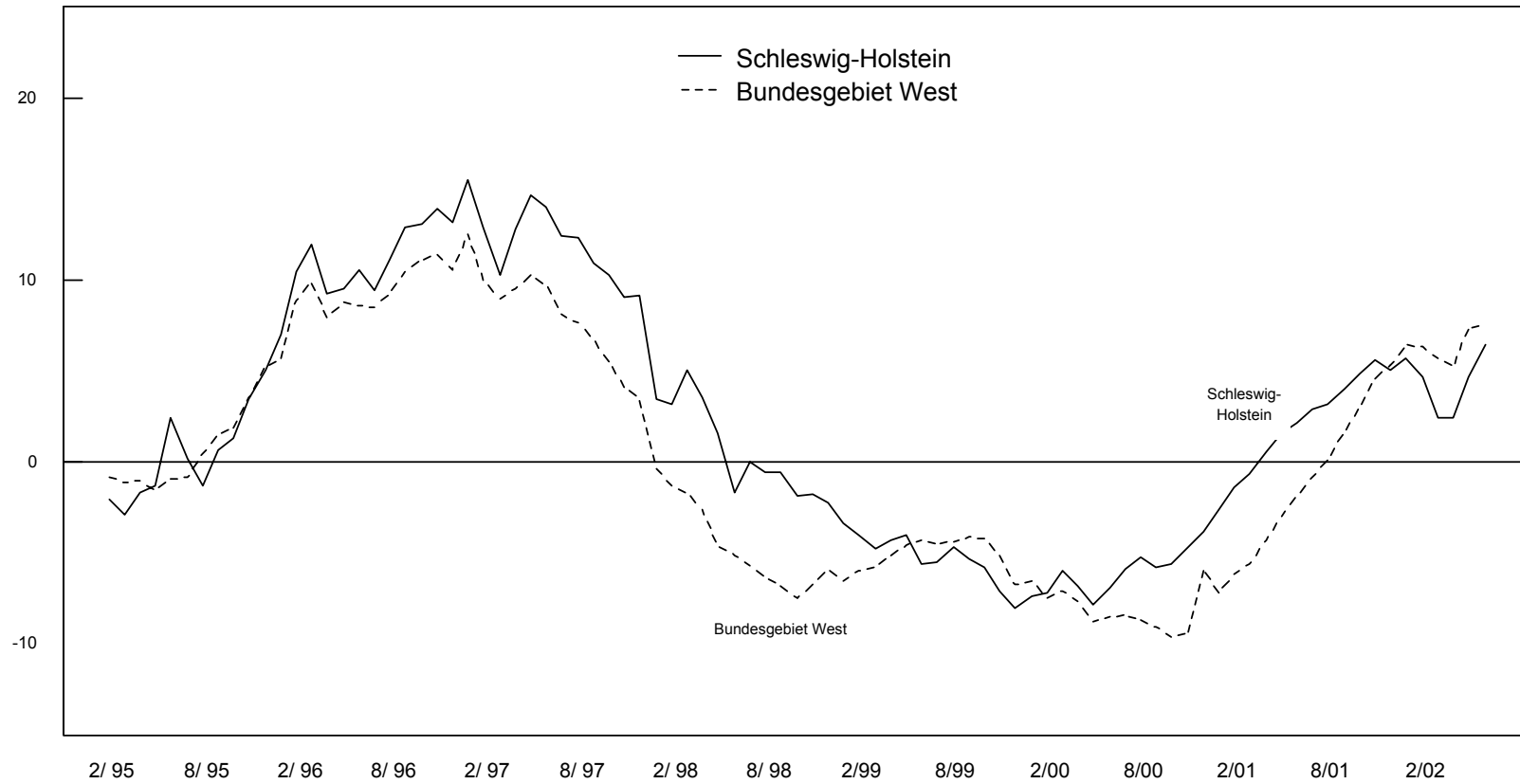


Abbildung 4: Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet West seit 1950
Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, Jahresdurchschnittswerte, Indexreihe (1989 = 100)

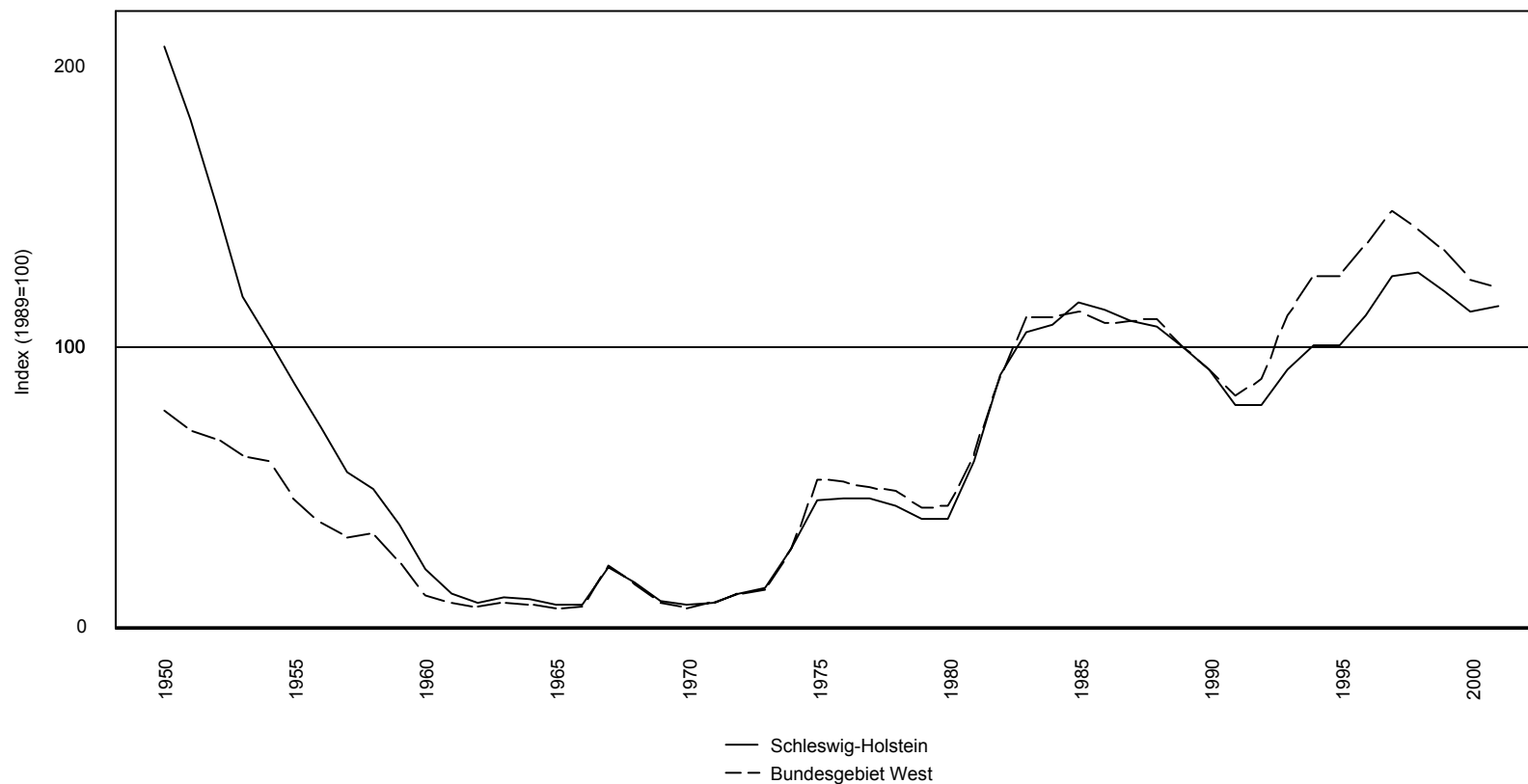


Tabelle 13:
Arbeitslosigkeit: Schleswig-Holstein 1999 bis 2001 im Bundesländervergleich

Jahresdurchschnittswerte

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Bundesland	Arbeitslose 2001	Arbeitslosen- quoten		Veränderung der Arbeitslosenzahlen (Index 2000=100) (Index 1998=100)			Anteil der Frauen an allen Arbeitslosen in %		
		2000	2001	2001	1999	2000	1999	2000	2001
Schleswig-Holstein	116.149	9.5	9.4	101.6	95.1	89.1	42.1	42.1	41.2
Niedersachsen	350.110	10.3	10.0	99.8	94.0	87.8	45.4	44.1	44.8
Nordrhein-Westfalen	766.277	10.1	9.6	98.5	97.1	90.9	43.1	42.3	43.1
Hessen	200.533	8.1	7.4	93.3	94.2	84.6	44.0	43.2	44.7
Rheinland-Pfalz	134.801	8.1	7.6	97.4	95.3	88.3	45.1	44.1	45.9
Saarland	44.906	10.8	9.8	94.0	94.8	90.3	40.0	40.1	41.7
Baden-Württemberg	264.213	6.0	5.5	93.9	92.4	80.1	47.3	47.1	48.5
Bayern	332.417	6.3	6.0	97.9	92.6	81.7	46.6	45.9	47.2
Mecklenburg-Vorpommern	167.938	19.0	19.6	103.0	95.3	95.3	52.7	49.8	49.2
Brandenburg	233.588	18.4	18.8	103.2	101.2	102.7	53.7	50.1	50.0
Sachsen-Anhalt	264.493	21.4	20.9	97.0	100.0	100.2	54.4	51.9	51.5
Thüringen	194.078	16.5	16.5	100.2	90.5	92.5	55.4	53.4	52.8
Sachsen	399.328	18.5	19.0	103.0	99.2	101.3	55.0	51.8	50.9
Hamburg	70.648	10.0	9.3	94.6	92.9	82.5	39.6	37.9	39.5
Bremen	39.851	14.2	13.6	96.9	94.7	88.7	39.6	39.9	40.3
Berlin	272.307	17.6	17.9	102.9	98.2	97.0	43.4	41.8	42.1
Bundesgebiet West	2.477.955	8.7	8.3	98.0	100.2	92.0	44.3	43.4	44.4
Bundesgebiet Ost	1.373.682	18.8	18.9	101.1	87.9	88.9	53.5	50.7	50.2
Deutschland	3.851.636	10.7	10.3	99.0	95.8	90.9	47.3	45.9	46.4

Landesarbeitsamt Nord, "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950-2001"
 Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), 2001.

Tabelle 14:
Arbeitslosigkeit in den Kreisen und Regionen Schleswig-Holsteins 1999-2001

Jahresdurchschnittswerte

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Kreis	Arbeitslose 2001	Arbeitslosen- quoten		Veränderung der Arbeitslosenzahlen		
		2000	2001	Index (2000=100) 2001	Index (1999=100) 2000 2001	
kreisfreie Städte	35.548	12.9	12.7	100.2	93.6	93.8
Flensburg	5.045	12.9	13.2	104.9	93.4	98.0
Kiel	12.963	12.1	11.9	100.5	91.0	91.4
Lübeck	12.732	13.7	13.4	98.7	96.4	95.1
Neumünster	4.808	13.1	12.8	98.9	93.8	92.7
Landkreise	80.633	8.5	8.5	102.2	93.7	95.8
Dithmarschen	5.948	10.3	10.6	105.5	93.7	98.9
Hzgt. Lauenburg	6.848	8.4	8.5	105.1	97.5	102.5
Nordfriesland	6.055	8.8	9.0	105.8	94.1	99.6
Ostholstein	8.456	10.4	10.0	98.2	98.0	96.2
Pinneberg	11.287	8.6	8.3	99.1	95.5	94.6
Plön	4.572	8.3	8.4	104.4	91.6	95.5
Rendsburg-Eckernförde	9.666	8.6	8.3	99.3	89.3	88.7
Schleswig-Flensburg	6.989	8.4	8.8	108.3	93.8	101.5
Segeberg	8.649	7.4	7.3	100.8	92.1	92.8
Steinburg	5.742	9.5	9.6	103.8	95.3	98.0
Stormarn	6.421	6.4	6.5	101.8	90.7	92.4
Planungsräume						
S-H Nord	18.089	9.5	9.8	106.5	93.8	99.8
S-H Mitte	32.009	10.4	10.1	100.4	91.0	91.3
S-H Südwest	11.690	9.9	10.1	104.7	94.5	98.9
S-H Ost	21.188	12.2	11.8	98.5	97.0	95.6
S-H Süd	33.205	7.7	7.7	101.3	94.0	95.2
Schleswig-Holstein*	116.149	9.5	9.4	101.6	93.7	95.2

*geringe Abweichungen der Summe erhebungstechnisch bedingt

Quellen: LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte

LAA Nord, "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik im Jahresvergleich 1950-2001"

Tabelle 15:
Dynamik auf dem Arbeitsmarkt Schleswig-Holsteins 1999-2001

Arbeitslose: Bestandsveränderung, Zugang und Abgang von Januar bis Dezember

Merkmal	Arbeitslose insgesamt Schleswig-Holstein			Arbeitslose insgesamt Bundesgebiet West		
	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Arbeitslose zum Jahresbeginn (in Tsd.)	132,3	121,6	117,0	2.884,8	2.690,0	2.453,6
Zugang an Arbeitslosen (in Tsd.)	229,0	223,6	231,5	4.835,0	4.649,6	4.790,7
darunter vorher erwerbstätig in %	48,4	49,6	50,8	45,8	46,7	48,1
Abgang an Arbeitslosen (in Tsd.)	239,7	228,2	225,5	5.029,8	4.886,0	4.660,3
Arbeitslose zum Jahresende (in Tsd.)	121,6	117,0	123,0	2.690,0	2.453,6	2.584,0
Maßzahl für die Arbeitsmarktdynamik**	1,85	1,89	1,90	1,77	1,85	1,88

Merkmal	arbeitslose Frauen Schleswig-Holstein		
	1999	2000	2001
Arbeitslose zum Jahresbeginn (in Tsd.)	54,5	51,4	49,1
Zugang an Arbeitslosen (in Tsd.)	94,8	93,1	94,7
Abgang an Arbeitslosen (in Tsd.)	97,9	95,4	93,2
Arbeitslose zum Jahresende (in Tsd.)	51,4	49,1	50,6
Maßzahl für die Arbeitsmarktdynamik	1,82	1,88	1,88

Die Abgangszahlen wurden aus den Beständen (Jahresbeginn und Jahresende) und dem Jahreszugang berechnet.

Relative Arbeitsmarktdynamik: Quotient aus der Summe aller Zu- und Abgänge eines Jahres (Zähler)
 und der Summe aus Jahresanfangs- und Endbestand der Arbeitslosen (Nenner)

Quelle: LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte und "Der Arbeitsmarkt für Frauen"
 LAA Nord, "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950 - 2001"

Tabelle 16:
Arbeitsmarktdynamik in den Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins 1999-2001

Arbeitslose: Bestandsveränderung, Zugang und Abgang von Januar bis Dezember

Merkmal	Bad Oldesloe			Elmshorn			Flensburg			Heide		
	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Arbeitslose zum Jahresbeginn	13.855	12.723	12.555	20.950	20.003	19.025	19.996	17.542	17.640	8.408	7.613	7.355
Zugang an Arbeitslosen	27.038	25.910	26.177	36.549	35.343	37.234	36.934	36.553	37.766	15.090	15.398	15.986
darunter vorher erwerbstätig in %	46.6	47.9	49.2	46.5	47.8	48.9	52.7	54.1	55.7	51.7	54.0	54.2
Abgang an Arbeitslosen	28.170	26.078	25.316	37.496	36.321	36.126	39.388	36.455	36.834	15.885	15.656	15.632
darunter in Erwerbstätigkeit in %		44.8	45.6		44.8	43.9		51.1	51.4		50.3	50.4
Arbeitslose zum Jahresende	12.723	12.555	13.416	20.003	19.025	20.133	17.542	17.640	18.572	7.613	7.355	7.709
Maßzahl für die Arbeitsmarktdynamik	2.08	2.06	1.98	1.81	1.84	1.87	2.03	2.08	2.06	1.93	2.07	2.10

Merkmal	Kiel			Lübeck			Neumünster		
	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Arbeitslose zum Jahresbeginn	24.119	21.731	20.638	24.532	23.649	22.755	20.421	18.345	17.063
Zugang an Arbeitslosen	36.411	35.505	36.365	41.384	41.117	42.734	35.615	33.282	35.267
darunter vorher erwerbstätig in %	47.9	47.6	51.2	46.1	47.3	47.6	48.9	50.5	50.8
Abgang an Arbeitslosen	38.799	36.598	34.786	42.267	42.011	42.481	37.691	35.110	34.423
darunter in Erwerbstätigkeit in %		45.7	45.3		44.3	43.1		44.8	45.7
Arbeitslose zum Jahresende	21.731	20.638	22.217	23.649	22.755	23.008	18.345	17.063	17.907
Maßzahl für die Arbeitsmarktdynamik	1.64	1.70	1.66	1.74	1.79	1.86	1.89	1.93	1.99

Relative Arbeitsmarktdynamik: Quotient aus der Summe aller Zu- und Abgänge eines Jahres (Zähler)
und der Summe aus Jahresanfangs- und Endbestand der Arbeitslosen (Nenner)

Quelle: LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte und "Der Arbeitsmarkt für Frauen"
LAA Nord, "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950-2001"

Tabelle 17:
Arbeitslosigkeit in den Kreisen Schleswig-Holsteins, Frauen und Männer 1999-2001

Jahresdurchschnittswerte

Arbeitslosenquote: Arbeitslose in % aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Kreis	arbeitslose Frauen insgesamt			Frauenanteil an allen Arbeitslosen in %			Arbeitslosenquoten					
	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999		2000		2001	
							Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
kreisfreie Städte	14.364	13.548	13.400	37.9	38.2	37.7	11.7	16.6	10.5	15.0	10.1	15.0
Flensburg	1.832	1.731	1.809	35.5	36.0	35.9	11.0	17.1	10.0	15.4	10.1	16.0
Kiel	5.225	4.752	4.668	36.9	36.8	36.0	10.9	16.5	9.5	14.5	9.1	14.5
Lübeck	5.133	5.029	4.962	38.4	39.0	39.0	12.1	16.9	11.3	15.8	10.9	15.5
Neumünster	2.173	2.036	1.961	41.9	41.9	40.8	13.4	15.5	11.9	14.2	11.1	14.2
Landkreise	36.979	34.582	34.511	43.9	43.8	42.8	9.1	9.7	8.0	8.9	7.7	9.2
Dithmarschen	2.472	2.200	2.215	41.1	39.0	37.2	11.4	11.8	9.2	11.2	8.8	12.0
Hzgt. Lauenburg	2.888	2.855	2.927	43.2	43.8	42.7	8.6	9.3	8.0	8.7	7.8	9.2
Nordfriesland	2.647	2.415	2.456	43.5	42.2	40.6	9.2	10.2	7.9	9.6	7.7	10.3
Ostholstein	3.794	3.732	3.565	43.2	43.3	42.2	10.2	11.7	9.5	11.2	8.7	11.1
Pinneberg	5.429	5.279	5.178	45.5	46.3	45.9	9.1	9.4	8.4	8.7	8.0	8.6
Plön	2.166	1.997	1.994	45.3	45.6	43.6	9.5	9.5	8.1	8.4	7.8	8.9
Rendsburg-Eckernförde	4.756	4.237	4.099	43.6	43.5	42.4	9.8	10.4	8.1	9.1	7.5	9.1
Schleswig-Flensburg	2.937	2.675	2.756	42.7	41.4	39.4	8.7	9.9	7.5	9.3	7.3	10.2
Segeberg	4.215	3.903	3.961	45.2	45.5	45.8	8.1	8.6	7.1	7.7	7.0	7.5
Steinburg	2.471	2.342	2.394	42.6	42.3	41.7	10.3	10.6	9.0	10.0	8.7	10.3
Stormarn	3.202	2.946	2.965	46.1	46.7	46.2	7.2	7.4	6.4	6.5	6.2	6.7
Schleswig-Holstein	51.343	48.119	47.901	42.1	42.1	41.2	9.7	11.3	8.6	10.3	8.2	10.5

Quelle: LAA Nord, "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950-2001"

Tabelle 18:
Arbeitslose und Langzeitarbeitslose in Schleswig-Holstein 1999-2001

Vergleichszahlen für Schleswig-Holstein, das Bundesgebiet West und das Bundesgebiet Ost (Jahresdurchschnittswerte)

		Schleswig-Holstein			Bundesgebiet West (in Tsd.)			Bundesgebiet Ost (in Tsd.)		
		1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Arbeitslose										
- insgesamt	AL	122.040	114.334	116.149	2755.5	2529.4	2478.0	1343.7	1359.3	1373.7
- Frauen	ALF	51.343	48.119	47.901	1220.0	1131.3	1099.2	719.4	704.6	689.1
Frauenanteil in %	ALF / AL	42.1	42.1	41.2	44.3	44.7	44.4	53.5	51.8	50.2
Arbeitslosenquote*:										
	Männer	11.3	10.3	10.5	9.9	8.7	8.6	17.1	18.8	18.4
	Frauen	9.7	8.6	8.2	9.8	8.5	7.9	20.9	19.9	19.4
Langzeitarbeitslose										
- insgesamt	LAL	40.683	36.933	33.648	988.9	918.6	810.3	427.5	456.0	474.4
- Frauen	LALF	16.880	15.541	14.205	443.2	416.5	372.6	275.6	285.4	285.2
Frauenanteil in %	LALF / LAL	41.5	42.1	42.2	44.8	45.3	46.0	64.5	62.6	60.1
Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen (in %)										
- insgesamt	LAL/AL	33.3	32.3	29.0	35.9	36.3	32.7	31.8	33.5	34.5
- Frauen	LALF/ALF	32.9	32.3	29.7	36.3	36.8	33.9	38.3	40.5	41.4

* Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Quelle: LAA Nord, "Der Arbeitsmarkt für Frauen", diverse Monatshefte
 "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950-2001"

Tabelle 19:
Arbeitslosigkeit nach Personenkreisen 1999-2001

Vergleichszahlen für Schleswig-Holstein, das Bundesgebiet West und das Bundesgebiet Ost (Jahresdurchschnittswerte)

Absolutzahlen für Bundesgebiet West und Ost in Tsd.

		Schleswig-Holstein			Bundesgebiet West			Bundesgebiet Ost		
		1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Arbeitslose insgesamt	AL	122.040	114.334	116.149	2.755.5	2.529.4	2.478.0	1.343.7	1.359.3	1.373.7
- Jüngere, 20 bis unter 25	AL 20-25	11.004	10.449	11.100	222.2	205.4	216.8	105.9	121.5	126.4
Anteil in %	AL 20-25/AL	9.0	9.1	9.6	8.1	8.1	8.8	7.9	8.9	9.2
- Jüngere unter 20	AL 20	3.327	3.407	3.654	69.5	67.2	67.7	31.7	34.1	33.0
Anteil in %	AL 20/AL	2.7	3.0	3.1	2.5	2.7	2.7	2.4	2.5	2.4
- 55 Jahre und älter	AL 55	25.939	23.328	20.398	657.9	583.9	493.5	290.6	258.1	220.6
Anteil in %	AL 55/AL	21.3	20.4	17.6	23.9	23.1	19.9	21.6	19.0	16.1
- Schwerbehinderte	ALS	6.028	5.711	5.302	156.9	146.4	133.8	36.3	39.4	37.6
Anteil in %	ALS/AL	4.9	5.0	4.6	5.7	5.8	5.4	2.7	2.9	2.7
- Ausländer/-innen	ALA	11.893	11.114	11.039	477.7	436.8	428.6	32.4	34.2	36.1
Anteil in %	ALA/AL	9.7	9.7	9.5	17.3	17.3	17.3	2.4	2.5	2.6
Arbeitslosenquote*										
- insgesamt		10.6	9.5	9.4	9.9	8.7	8.3	19.0	18.8	18.9
- Jüngere unter 25		11.2	9.9	9.8	9.1	7.7	7.4	15.8	16.6	15.8
- Ausländer/-innen		24.7	21.9	22.4	18.4	16.4	16.5			

* Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen

Quelle: LAA Nord, "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950-2001"

Tabelle 20: Arbeitslose nach vermittlungerschwerenden Merkmalen

Angaben jeweils für den 30.9. in Schleswig-Holstein

	Anzahl 2001	Anteil an allen Arbeitslosen in %		
		2001	2000	1999
Arbeitslose insgesamt	111.001	100	100	100
davon:				
ohne erschwerende Merkmale	41.687	37.6	35.5	35.7
mit erschwerenden Merkmalen	69.314	62.4	64.5	64.3
darunter:*				
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	42.933	38.7	39.4	38.5
mit gesundheitlichen Einschränkungen	29.746	26.8	27.5	26.9
55 Jahre und älter	19.259	17.4	20.4	21.9

Quelle: LAA Nord, "Struktur der Arbeitslosigkeit 2001"

* Die Summe der Einzelmerkmale weicht von der Gesamtzahl (69.314) ab, da bei einer Person gleichzeitig verschiedene Erschwernisse vorliegen können.

Tabelle 21:
Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen 2000- 2002

Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat (Zunahme fett gedruckt)

Berufsgruppe (Kurzbezeichnung)	Kenn- ziffer	April 2001	September 2001	April 2002
Steinbearbeitung, Baustoffherst.,Keramiker,...	10-13	14	20	10
Chemie und Kunststoffverarbeitung	14-15	-100	-30	1
Papierherstellung, -verarbeitung	16	12	-17	-10
Druckereiberufe	17	-67	67	136
Holzaufbereitung und -fertigung	18	15	-14	-14
Metallerzeugung und -bearbeitung	19-24	-85	8	134
Schlosser- und Mechanikerberufe	25-30	-64	235	438
Elektrikerberufe	31	-75	-51	244
sonstige Montierer- und Metallberufe	32	2	61	-5
Textil-, Bekleidungs- und Lederberufe	33-37	-62	14	-17
Ernährungsberufe	39-43	208	248	230
Bauberufe	44-47	1433	689	-488
Bau- und Raumausstattung	48-49	237	183	69
Tischlerberufe	50	181	184	36
Maler- und Lackiererberufe	51	240	250	152
Warenaufbereitung, Versand	52	-169	35	-29
Maschinenberufe	54	8	6	-26
Ingenieur-, Chemiker-, Physikerberufe	60-61	-101	40	17
Technikerberufe	62-63	-223	-167	-46
Warenkaufleute	68	220	889	502
Dienstleistungskaufleute	69-70	100	115	291
Verkehrsberufe, Lagerverwaltung	71-74	-83	579	338
Verwaltungs- und Büroberufe	75-78	-285	715	1074
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	79-81	139	179	217
Publizisten, Künstlerberufe	82-83	91	238	224
Gesundheitsberufe	84-85	-355	-256	-199
Sozial-, Erziehungsberufe	86-89	17	114	-42
Körperpflegeberufe	90	27	82	47
Gästebetreuung	91	54	72	66
Hauswirtschaftliche Berufe	92	-16	32	-3
Reinigungsberufe	93	-128	148	2
nachrichtlich:				
Hilfsarbeiter/-innen	53	-391	-177	-70
Berufsfelder				
Fertigung, Wartung, Lager, Verkehr	10-54, 71-74	1254	2290	1129
Technische Dienste	60-63	-324	-127	-29
kaufmännische und Verwaltungsdienste	68-70, 75-78	35	1719	793
soziale Dienste	84-89	-338	-142	-241
sonstige Dienste	79-83, 90-93	167	751	553
alle Berufsfelder		729	4333	2783

Quelle: LAA Nord, diverse Statistische Monatshefte

6. Ausbildungsstellenbilanz

(Tabellen 22 bis 24)

Der beruflichen Ausbildung der Schulabgänger einerseits und der Weiterbildung von Erwerbspersonen mittlerer Altersgruppen andererseits kommt besondere Bedeutung zu, nicht nur bei der Sicherung des Einstiegs der jungen Generation ins Berufsleben, sondern auch bei der langfristigen Vorbeugung vor quantitativen und qualitativen Qualifizierungsdefiziten. Daher soll der statistische Arbeitsmarktbericht an dieser Stelle um einige ausgewählte empirische Befunde zur beruflichen (Erst-) Ausbildung ergänzt werden. Gleichwohl können die folgenden Schlaglichter zur Bilanz der beruflichen Ausbildung 2000 und 2001 eine umfassende Bestandsaufnahme der Erstqualifizierung, der beruflichen Weiterbildung und des künftigen Qualifikationsbedarfs von Betrieben und Institutionen nicht ersetzen.⁴⁸

Wichtige Quellen einer empirischen Bestandsaufnahme sind der jährliche Berufsbildungsbericht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der auch umfangreiches statistisches Material für Bundesländer und Arbeitsamtsbezirke bereitstellt, und die regelmäßig publizierte Arbeitsmarktinformation des Landesarbeitsamtes Nord „Der Ausbildungsmarkt im Norden“.⁴⁹ Zu verweisen ist auch auf den „Bericht zur Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein 2001“ des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr vom 22. April 2002 (www.wirtschaftsministerium.schleswig-holstein.de). Da dieser Bericht eine aktuelle und detaillierte Situationsbeschreibung liefert, werden im folgenden nur einige ausgewählte Befunde dargestellt.

Bilanz der beruflichen Ausbildung: Ergebnisse des Berufsbildungsberichts

In der gesetzlichen Definition nach § 3 Abs. 2 Berufsbildungsförderungsgesetz (BerBiFG) ergibt sich das Angebot an Ausbildungsstellen eines Jahres (ASA) aus den zwischen dem 1. Oktober des Vorjahres und dem 30. September des betrachteten Jahres neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (ASV), zuzüglich der bei der Bundesanstalt für Arbeit gemeldeten zum 30. September noch unbesetzten Ausbildungsplätze. Die Nachfrage nach Ausbildungsstellen (ASN) wird als Summe der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (ASV) und der am 30. 9. bei den Arbeitsämtern gemeldeten und noch nicht vermittelten Ausbildungsstellenbewerber und -bewerberinnen definiert. Bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen muss zwischen den rein „betrieblichen“ Neuabschlüssen und den öffentlich finanzierten Plät-

⁴⁸ Zur Zeit entsteht am Institut für Regionalforschung ein Gutachten „Qualifikation und Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein/Hamburg, im Auftrag der Technologiestiftung Schleswig-Holstein. Auf der Basis umfangreicher empirischer Analysen sollen aktuelle und künftige Potentiale, Engpässe und Handlungsbedarf für Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik herausgearbeitet werden. Die Arbeiten werden Mitte 2003 abgeschlossen und danach publiziert. Nähere Informationen auf der Internet-Seite des Instituts für Regionalforschung: www.economics.uni-kiel.de/vwlinstitute/ifr.

⁴⁹ Im Bereich der amtlichen Statistik gibt es besondere Erhebungen im Rahmen des Mikrozensus, der 1996 und 2000 detaillierte Daten zum Bereich Beruf und Ausbildung liefert. Diese sind in begrenzter Form auch auf Länderebene verfügbar. Die Erwerbstätigen (mit Wohnort in Schleswig-Holstein) werden u.a. nach folgenden Kriterien differenziert: Wirtschaftszweige, Berufsgruppen, Schulabschluss, Ausbildungs-/Hochschulabschluss, ausgeübte Tätigkeit, betriebliche Abteilung, Betriebs- und Berufswechsel. Einige Befunde wurden im letzten Arbeitsmarktbericht dargestellt, seitdem hat diese Statistik keine neueren Daten geliefert.

zen der außerbetrieblichen Ausbildung (z.B. im Rahmen des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit) unterschieden werden. Für die beiden Teilkomponenten liegen allerdings nur Schätzungen vor.

Im Bundesgebiet West lag die Gesamtzahl der neu abgeschlossenen Verträge im Jahr 2001 (d.h. von Oktober 2000 bis September 2001) mit 480 Tsd. leicht unter dem Wert von 2000 (483 Tsd. zwischen Oktober 1999 und September 2000). Dies entspricht einem Rückgang von 0,6%. Der Anteil der rein betrieblichen an allen Neuabschlüssen lag dabei relativ unverändert bei 96%. In Schleswig-Holstein hingegen sank die Zahl der gemeldeten betrieblichen Lehrstellen sogar um knapp 800 bzw. 3,7%, und die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge ging um über 850 gegenüber dem Vorjahr zurück (-4,4%). Dies ist aber im Zusammenhang mit der steigenden Zahl von Teilnehmern an schulischen Bildungsgängen zu sehen.⁵⁰ Im folgenden werden nur die Gesamtzahlen der Ausbildungsabschlüsse betrachtet.⁵¹

Die folgende Übersicht zeigt die Ausbildungsstellenbilanz in Schleswig-Holstein 2000 und 2001.

Ausbildungsstellenbilanz in Schleswig-Holstein 2000/2001			
Zahlen für den Zeitraum 1.10.2000 bis 30.9.2001 bzw. am 30.9.2001			
(in Klammern die Zahlen für den entsprechenden Vorjahreszeitraum)			
Am 30.9.2001 noch unbesetzte Ausbildungsstellen NUA: 718 (637)	1.10.2000-30.9.2001 abgeschlossene Ausbildungsverträge ASV: 19.213 (20.067)	=	1.10.2000-30.9.2001 vermittelte Ausbildungs- stellenbewerber/-innen ASV: 19.213 (20.067)
			Am 30.9.2001 noch nicht vermittelte Bewerber/-innen NVB: 384 (433)
Ausbildungsstellen- angebot bis 30.9.2001 ASA: 19.931 (20.704)		Ausbildungsstellen- nachfrage bis 30.9.2001 ASN: 19.597 (20.510)	

Die Zahl der neu abgeschlossenen Verträge (entspricht der Zahl der vermittelten Bewerber) lag 2001 also unter der Vergleichszahl 2000. Aber auch die Bilanzsalden, also die Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsstellen und der noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerber, waren im September 2001 geringer als 2000⁵² – daraus folgt, dass sowohl das Ausbildungsstellenangebot als auch die Ausbildungsstellennachfrage 2001 niedriger waren als 2000.

⁵⁰ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Bericht zur Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein 2001, Kiel 2002, S. 2.

⁵¹ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2002, Bonn 2002, Teil II, Abschnitt 1.1.1.

⁵² Dabei ist zu beachten, dass sich die Salden natürlich auch nach Ende des Erfassungsjahres (ab 30. September) noch weiter reduzieren. In den alten Ländern konnte die Zahl der unvermittelten Bewerber bis Jahresende 2001 noch um 54% reduziert werden. Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2002, Bonn 2002, S. 20.

Die quantitative Ausbildungsstellensituation kann durch die folgenden Indikatoren beschrieben werden:

- a) Angebots-Nachfrage-Relation: Verhältnis Ausbildungsstellenangebot zu Ausbildungstellennachfrage (ASA/ASN)
- b) Vermittlungsquote: Verhältnis vermittelte Bewerber zu Bewerber insgesamt (ASV/ASN)
- c) Abschlussquote: Verhältnis zwischen den abgeschlossenen Verträgen und dem Ausbildungsstellenangebot (ASV/ASA)
- d) Relation der unbesetzten Ausbildungsstellen zu nicht vermittelten Bewerbern (NUA/NVB)
- e) Ausbildungsintensität: vermittelte Bewerber bzw. abgeschlossene Verträge im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten (ASV/B)

Die ersten drei Indikatoren werden für Schleswig-Holstein und seine Arbeitsamtsbezirke sowie für das Bundesgebiet West 2000 und 2001 in der **Tabelle 22** dargestellt.

Die **Angebots-Nachfrage-Relation** hat sich in Schleswig-Holstein gegenüber 2000 leicht von 100,9 auf 101,7 verbessert. Damit lag sie 2001 wie schon im Vorjahr etwas über dem Wert für Deutschland (2001: 100,6), aber unter dem Wert für Westdeutschland (2001: 102,4). Während es dort in 27% aller Arbeitsamtsbezirke einen Nachfrageüberhang gab, war dies in Schleswig-Holstein nur im Bezirk Lübeck der Fall (97,2). Ansonsten lagen die Werte über 100, am höchsten waren sie in den Bezirken Heide und Flensburg: Hier konnte die mit 102,1 bzw. 102,4 günstige Ausgangssituation des Jahres 2000 noch einmal verbessert werden: Im Jahr 2001 übertraf das Ausbildungsstellenangebot die Nachfrage um 5,8% (Heide) bzw. 4,3% (Flensburg).

Die **Vermittlungsquote** lag in Schleswig-Holstein 2001 bei 98%, d.h. nur 2% der Bewerberinnen und Bewerber konnten bis zum 30. 9. 2001 noch nicht vermittelt werden. Dieser günstige Wert war geringfügig besser als im Bundesgebiet West (97,6%). Er war im Land auch etwas besser als im September 2000, wobei die Ausbildungstellennachfrage allerdings 2000/2001 um 4,4% (von 20,5 auf 19,6 Tsd.) zurückgegangen ist. Unter den Arbeitsamtsbezirken hat wiederum Lübeck den schlechtesten Wert: Hier konnten über 5% der Bewerber bis September 2001 noch nicht vermittelt werden (Vermittlungsquote 94,8%). Ansonsten schwanken die Werte zwischen 97,7% (Bezirk Elmshorn) und 99,6% (Bezirk Flensburg).

Auch die **Abschlussquote** lag in Schleswig-Holstein im Jahr 2001 leicht über dem Wert des Bundesgebietes West (96,4% gegenüber 95,3%). Gegenüber dem Vorjahr hat sie sich hier jedoch entgegen dem Trend für das Bundesgebiet West etwas verschlechtert. Besonders niedrig ist mit 93,6% die Abschlussquote von Heide.⁵³

Die **Relation der unbesetzten Ausbildungsstellen zu den noch nicht vermittelten Bewerbern** hat sich 2000/2001 in Schleswig-Holstein von 1,4 auf 1,9 verbessert, d.h. im Sep-

⁵³ Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge (19.213) erreichte 2001 in Schleswig-Holstein fast die Zahl der im selben Jahr Schulentlassenen mit Hauptschul- oder Realschulabschluss (20.986), ohne dass hier eine eindeutige Zuordnung unterstellt werden soll. Vgl.: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2002, Bonn 2002, Tabelle 14 "Schulentlassene".

tember 2001 entfielen auf eine noch nicht vermittelte Bewerbung 1,9 noch unbesetzte Ausbildungsstellen. Im Bundesgebiet West lag der Wert sogar bei 2,0 (2000: 1,7), im Bundesgebiet Ost dagegen nur bei 0,1 (10 Bewerber auf eine Stelle). Die noch unbefriedigte Nachfrage und das noch nicht besetzte Angebot zeichnen sich also durch ein niedriges Niveau gemessen am Gesamtumfang des Ausbildungsstellenmarktes aus, und die beiden Größen sind zumindest in Westdeutschland und in Schleswig-Holstein relativ ausgeglichen, mit leichten Vorteilen für die Nachfrageseite. Zumindest die quantitative Situation erscheint also zufriedenstellend.

Die **Ausbildungsintensität** bezieht die im Zeitraum 10/2000 bis 9/2001 abgeschlossenen Ausbildungsverträge auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Juni 2001. In Schleswig-Holstein gab es 23,4 Vertragsabschlüsse auf 1000 Beschäftigte, das Land lag damit vor Westdeutschland (21,6). Allerdings hat dieser Wert in Schleswig-Holstein seit 1999 (25,2) kontinuierlich abgenommen, u.a. weil die Beschäftigung in einigen Jahren deutlich zugenommen hat.

Die **Tabelle 23** greift noch einmal die Angebots-Nachfrage-Relation⁵⁴ auf und stellt sie für zwölf **Berufsbereiche** dar (2000 und 2001, Schleswig-Holstein und Bundesgebiet West). Hier zeigt sich eine recht große Bandbreite zwischen den Berufen. Deutlich übertroffen wurde die Ausbildungsstellennachfrage vom Angebot etwa im Bereich Körperpflege, Reinigung und Hauswirtschaft (um 4,2%) und vor allem in den Ernährungsberufen (um 11,7%). Bei den Textil-, Leder- und Bekleidungsberufen und bei den technischen Berufen hingegen muss ein deutliches Angebotsdefizit konstatiert werden. Die technischen Berufe sind ein Bereich, in dem auch im Bundesgebiet West die Nachfrage nach Ausbildungsstellen das Angebot übertraf. Insgesamt war die Ausbildungsstellenbilanz hier etwas ausgeglichener als in Schleswig-Holstein, und in den Bauberufen fällt sie deutlich positiver aus (104,1 im Bundesgebiet West gegenüber 99,7 in Schleswig-Holstein). Diese Befunde gelten für das Jahr 2001. Der Vergleich mit 2000 zeigt dabei, dass hinsichtlich der Angebots-Nachfrage-Relation der Berufsbereiche keine große Stabilität besteht.

Wachsende Bedeutung kommt den neuen IT- und Medienberufen zu.⁵⁵ Insgesamt 542 Ausbildungsverträge wurden 2001 in diesem Bereich in Schleswig-Holstein abgeschlossen. Während zwischen 1999 und 2000 allerdings noch ein Zuwachs von 70% zu verzeichnen war, konnte die Zahl der in diesem Bereich neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge von

⁵⁴ Die Angebots-Nachfrage-Relation kann unterschiedlich ausgedrückt werden: Beispielsweise übertraf im Bundesgebiet West im Jahr 2001 das Ausbildungsstellenangebot im Bereich Körperpflege, Reinigung, Hauswirtschaft die Nachfrage um 4,2%, die Angebots-Nachfrage-Relation war also, ausgedrückt als Indexzahl, 104,2. Die Relation zwischen den unbesetzten Stellen und den (noch) nicht vermittelten Bewerbern zeigte sich hier so, dass auf einen nicht vermittelten Bewerber 2,9 unbesetzte Stellen entfielen. Vgl.: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2002, Bonn 2002, Tabelle 12 („Unbesetzte Berufsausbildungsstellen und noch nicht vermittelte Bewerber und Bewerberinnen“).

⁵⁵ Vgl.: Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.), Bericht zur Ausbildungsplatzsituation in Schleswig-Holstein 2001, Kiel 2002, S. 9 und Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2002, Bonn 2002, Tabelle 9 („Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in ausgewählten neuen Ausbildungsberufen“). Die ausgewählten Ausbildungsberufe sind aus den Bereichen IT-Systemelektronik, Informatik, IT-System-Kaufmann/-frau, Mediengestaltung, Film- und Videoedition.

2000 auf 2001 nur noch um 2% gesteigert werden, während die Zuwachsrate in den alten Bundesländern bei 12,3% lag. Dadurch ist Schleswig-Holstein in diesem für die Zukunft besonders wichtigen Segment weiter zurückgefallen.⁵⁶

Die **Tabelle 24** zeigt die Verteilung der abgeschlossenen Verträge auf die **Ausbildungsbe- reiche**, die im Berufsbildungsbericht allerdings nur grob strukturiert sind. Ebenso wie im Bundesgebiet West dominieren in Schleswig-Holstein die Bereiche Industrie/Handel und Handwerk. Jedoch liegt der Anteil von Industrie und Handel an allen abgeschlossenen Verträgen mit 47,3% etwas unter dem Wert des Bundesgebiet West (53,9%), während der Anteil des Handwerks höher ist als in Westdeutschland (34,4% gegenüber 31,2%). Gegenüber 2000 zeigen sich hier keine wesentlichen Veränderungen.

Die insgesamt zufriedenstellende quantitative Ausbildungsstellenbilanz für Schleswig-Holstein muss allerdings an einer Stelle relativiert werden. Der Anteil der **vorzeitig aufgelösten Ausbildungsverträge** an allen neu abgeschlossenen Verträgen (Jahreswert als Durchschnitt der letzten drei Jahre) lag in Schleswig-Holstein im Jahr 2000 mit 28,6% deutlich über dem Durchschnitt im gesamten Bundesgebiet von 23,7% und sogar höher als in jedem anderen deutschen Bundesland. Gegenüber dem Vorjahr ist der Anteil sogar noch angestiegen, doch entsprach dies dem bundesweiten Trend.⁵⁷ Als eine wichtige Ursache für den ungünstigen Befund für Schleswig-Holstein erscheint die besondere Betriebsgrößenstruktur im Land mit einem hohen Anteil kleiner Betriebe. In Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten werden laut Bundesinstitut für Berufsbildung (Pressemitteilung 39/98) dreimal so viele Ausbildungsverträge gelöst wie in Betrieben mit über 500 Beschäftigten.

Das Gesamtbild der Ausbildungsbilanz ist also ambivalent: Einerseits sind die Zahlen der nicht vermittelten Bewerber bzw. der nicht besetzten Ausbildungsstellen recht gering im Vergleich zum Gesamtvolumen des Ausbildungsstellenmarktes. Insgesamt war die Ausbildungsstellenbilanz 2001 in Schleswig-Holstein also rechnerisch ausgeglichen. Andererseits deutet die hohe Zahl der Vertragsauflösungen darauf hin, dass die fehlende Kongruenz der Vorstellungen von Ausbildern und Auszubildenden oft erst nach Abschluss eines Ausbildungsvertrags erkennbar wird.

Ergänzende Informationen über den Ausbildungs-„Mismatch“ finden sich in der Berufsberatungsstatistik des Landesarbeitsamtes Nord. Zwischen Oktober 2001 und Mai 2002 wurden den Arbeitsämtern in Schleswig-Holstein 16.400 Ausbildungsstellen gemeldet, 3% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dem standen 15.200 gemeldete Bewerber gegenüber, deren Anzahl noch stärker rückläufig war (-7,3%). Ende Mai 2002 suchten in Schleswig-Holstein noch 6.900 Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Dies entspricht einem Zuwachs von 1,1% gegenüber dem Vorjahr. Zugleich waren Ende Mai 2002 noch 4.900 Ausbildungsstellen unbesetzt, 1.000 weniger als ein Jahr zuvor. Lehrstellenmangel herrschte vor allem in

⁵⁶ Die Bedeutung dieser Ausbildungsgänge war gemessen an der Gesamtheit aller Ausbildungsverträge in Schleswig-Holstein schon im Jahr 2000 geringer als in Westdeutschland: Auf Schleswig-Holstein entfielen in diesem Segment 2,6% aller westdeutschen Verträge, bei *allen* Ausbildungsverträgen erreichte das Land dagegen einen Anteil von 4,2%.

⁵⁷ Vgl.: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2002, Bonn 2002, Tabelle 19 ("Vorzeitig gelöste Ausbildungsverträge").

den Berufen Mediengestaltung (Digital und Print), technische Berufe, Bauberufe, Verwaltungs- und Büroberufe sowie Gesundheits- und Erziehungsberufe, während in den landwirtschaftlichen Berufen sowie den Ernährungs- und Reinigungsberufen das Ausbildungsstellenangebot die Nachfrage überstieg.

Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren relativiert allerdings die Befunde aus dem Frühjahr: Die Zahlen dürften sich zum Ende des Berichtsjahres (September) noch auf deutlich weniger als 1.000 reduzieren, so dass die Daten vom Mai als eine Zwischenstation auf dem Weg zu einer letztendlich nahezu ausgeglichenen Ausbildungsstellenbilanz angesehen werden können. Gleichwohl wird dadurch deutlich, welche Anstrengungen und Flexibilitäten erforderlich sind, um am Ende zum Erfolg zu kommen.

Tabelle 22:
Ausbildungsstellenbilanz in den Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins

ASV: abgeschlossene Ausbildungsverträge = vermittelte Ausbildungsstellen

ASA: Ausbildungsstellenangebot

ASN: Ausbildungsstellennachfrage

Arbeitsamtsbezirk	Angebots-Nachfrage-Relation		Vermittlungsquote		Abschlussquote	
	100*(ASA/ASN)		100*(ASV/ASN)		100*(ASV/ASA)	
	2001	2000	2001	2000	2001	2000
Bad Oldesloe	101.9	100.7	98.6	98.4	96.7	97.7
Elmshorn	101.6	101.4	97.7	98.5	96.1	97.1
Flensburg	104.3	102.4	99.6	98.6	95.4	96.3
Heide	105.8	102.1	99.0	98.5	93.6	96.4
Kiel	103.2	103.6	99.0	99.1	96.0	95.6
Lübeck	97.2	98.5	94.8	95.3	97.5	96.8
Neumünster	100.7	98.5	98.8	97.3	98.1	98.7
Schleswig-Holstein	101.7	100.9	98.0	97.8	96.4	96.9
Bundesgebiet West	102.4	102.1	97.6	97.1	95.3	95.1

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2002, Bonn 2002.

Tabelle 23:
Ausbildungsstellenbilanz in ausgewählten Berufsbereichen 2000 und 2001

Angebots-Nachfrage-Relation: $100 \cdot (\text{ASA}/\text{ASN})$

Berufsbereich	Angebots-Nachfrage-Relation			
	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet West	
	2001	2000	2001	2000*
Metallberufe	100.4	100.4	102.0	102.9
Elektrikerberufe	99.6	99.6	100.9	101.5
Textil-, Leder-, Bekleidungsberufe	95.2	106.6	101.4	105.5
Ernährungsberufe	111.7	107.5	116.4	116.1
Bauberufe	99.7	98.7	104.1	104.3
übrige Fertigungsberufe	101.3	99.7	102.3	100.2
Technische Berufe	97.1	99.7	97.9	100.3
Waren-, Dienstleistungsberufe	101.6	100.1	101.7	101.3
Verkehrsberufe	100.0	104.9	100.5	106.5
Verwaltungs- und Büroberufe	100.2	99.9	100.0	99.6
Körperpflege, Reinigung, Hauswirtsch.	104.2	105.4	104.8	105.3
übrige Dienstleistungsberufe	101.9	100.9	103.7	100.6

* Im Jahr 2000: Westdeutschland ohne Berlin (West)

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2002, Bonn 2002.

Tabelle 24:
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge nach Ausbildungsbereichen

ASV: Anteil der Ausbildungsbereiche an allen abgeschlossenen Verträgen in %

Ausbildungsbereich	Anteil der Ausbildungsbereiche an allen abgeschlossenen Verträgen in %			
	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet West	
	2001	2000	2001	2000*
Industrie und Handel	47.3	46.3	53.9	53.0
Handwerk	34.4	35.7	31.2	32.4
Öffentlicher Dienst	2.9	2.9	2.4	2.4
Landwirtschaft	2.9	3.6	1.9	2.1
freie Berufe u.a.	10.9	11.4	9.8	10.1

* Im Jahr 2000: Westdeutschland ohne Berlin (West)

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 2002, Bonn 2002.

7. Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit

(Tabelle 25)

Die drei bedeutsamsten Instrumente aktiver Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit sind *Berufliche Weiterbildung (FbW)*, *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)* und *Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)*.

In Schleswig-Holstein veränderten sich die Zahlen der an diesen Maßnahmen teilnehmenden Personen 2001 gegenüber dem Vorjahr, während für 2000 und 1999 weitgehend ähnliche Teilnehmerzahlen registriert wurden. Die Zahl der ABM-Kräfte ging von 2,7 Tsd. (1999 und 2000) auf 2,3 Tsd. (2001, jeweils Jahresdurchschnitte) zurück, auch die Zahl der Personen in Strukturanpassungsmaßnahmen war 2000/2001 rückläufig: von 1,3 auf 1,1 Tsd. Bei der beruflichen Weiterbildung, die das bedeutendste Instrument der Bundesanstalt für Arbeit in Schleswig-Holstein ist, stieg die Zahl der teilnehmenden Personen in Vollzeitmaßnahmen von 8,3 Tsd. (2000) auf 8,5 Tsd. (2001) an. Insofern ist in Schleswig-Holstein eine strukturelle Verschiebung unter den drei traditionellen Instrumenten zu erkennen.

Die „Intensität“ der aktiven Arbeitsmarktpolitik, gemessen an der Relation zwischen den Maßnahmeteilnehmern und der Zahl der Arbeitslosen, war in den Jahren 2000 und 2001 in Schleswig-Holstein bei SAM deutlich höher als im Bundesgebiet West, bei FbW und ABM lag sie etwa auf dem westdeutschen Niveau. Gegenüber 2000 hat sich in Schleswig-Holstein 2001 die Intensität der Arbeitsmarktpolitik nur im Bereich der FbW geringfügig erhöht, in den anderen beiden Bereichen ist sie gesunken. Wie schon im Jahr 2000 war die ABM-Intensität bei den Frauen 2001 niedriger als bei den Männern, die SAM- und FbW-Intensitäten waren für Frauen und Männer etwa gleich. Bei ABM und FbW entspricht dies den Verhältnissen im Bundesgebiet West, während dort bei SAM für die Frauen eine niedrigere Intensität als bei den Männern festgestellt wurde. Insgesamt, also über die drei Bereiche aktiver Arbeitsmarktpolitik gesehen, ist der Instrumenteinsatz für Frauen und Männer im Land gemessen an den geschlechtsspezifischen Arbeitslosenzahlen etwa gleich stark.

Angesichts der reinen Teilnehmerzahl, also ohne Sekundäreffekte, wurde der Arbeitsmarkt des Landes nach Berechnung des Landesarbeitsamtes durch die drei Maßnahmen zusammen im Jahresdurchschnitt 2001 um 11,9 Tsd. Personen entlastet, das entspricht etwa 10,2% der Arbeitslosenzahl. Im Vorjahr war die Entlastung etwas stärker, sie erreichte 12,3 Tsd. Personen (10,8% der Arbeitslosenzahl).

Eingliederungsbilanz der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt

Die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt ist das primäre Ziel arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen. Insofern liefert die „Verbleibsquote“, der Anteil der geförderten Personen, die sechs Monate nach Ende der Förderung nicht mehr arbeitslos gemeldet sind, einen groben Anhaltspunkt für den Erfolg arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

Ein besserer Indikator wäre eine echte Eingliederungsquote, die als Erfolg eine Beschäftigung (möglichst im ersten Arbeitsmarkt) im Anschluss an eine Maßnahme wertet. Bei der Verbleibsquote (sie wird ausdrücklich nicht „Eingliederungsquote“ genannt) bleibt unbestimmt, ob sich Personen, die nach sechs Monaten nicht (mehr) arbeitslos sind, im Status der Beschäftigung befinden oder ob sie aus

dem Erwerbsleben ausgeschieden sind (freiwillig nicht erwerbstätig, in einer Ausbildung oder im Ruhestand). Frau Hirschenauer vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hat uns freundlicherweise Daten zur Verbleibsquote für die Arbeitsamtsbezirke Schleswig-Holsteins 1999, 2000 und 2001 zur Verfügung gestellt.⁵⁸ Zahlen für 2001 bedeuten: Maßnahmenabgänger der Periode 7/2000 bis 6/2001 sind im Dezember 2001 nicht (mehr) arbeitslos gemeldet.

In beiden Teilen des Bundesgebietes wie auch in Schleswig-Holstein liegen die Verbleibsquoten bei beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen (FbW) deutlich höher als bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), und die Quoten in Ostdeutschland sind in beiden Maßnahmenarten wesentlich geringer als in Westdeutschland. In Schleswig-Holstein sind die Verbleibsquoten in beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen seit 1999 rückläufig, sie liegen nunmehr unter der entsprechenden westdeutschen Quote. Auch bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zeigt sich für 2001 ein Rückstand gegenüber Westdeutschland, der in den beiden Jahren zuvor noch nicht zu beobachten war.

Verbleibsquoten FbW 2001: Westdeutschland	75,1% (2000: 77,4%, 1999: 74,4%)
Ostdeutschland	55,4% (2000: 57,6%, 1999: 57,9%)
Schleswig-Holstein	71,5% (2000: 73,9%, 1999: 76,3%)
Verbleibsquoten ABM 2001: Westdeutschland	60,6% (2000: 60,0%, 1999: 51,8%)
Ostdeutschland	39,0% (2000: 39,5%, 1999: 37,8%)
Schleswig-Holstein	55,5% (2000: 59,9%, 1999: 50,2%).

Regionale Disparitäten der Verbleibsquoten resultieren vor allem aus Unterschieden der regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage, insbesondere aus dem Umfang der Langzeitarbeitslosigkeit, und aus der Zielgruppenorientierung des arbeitsmarktpolitischen Instruments.

Berufliche Weiterbildungsmaßnahmen in Schleswig-Holstein (Arbeitsamtsbezirke):

Die Verbleibsquoten 2001 lagen in den Arbeitsamtsbezirken Bad Oldesloe (74,5%) und Neumünster (74,8%) etwa auf dem Niveau Westdeutschlands, während die anderen Bezirke deutlich niedrigere Quoten um 70 bis 72% erreichten. Der Bezirk Lübeck hatte wie schon in den Vorjahren mit 69,0% die geringste FbW-Verbleibsquote. Im Vergleich zu den beiden Vorjahren 1999 und 2000 sind die Quoten in allen Arbeitsamtsbezirken gesunken, am stärksten im Bezirk Flensburg (von 79,8% auf 70,2%).

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Schleswig-Holstein (Arbeitsamtsbezirke):

Die Verbleibsquoten in den Arbeitsamtsbezirken Schleswig-Holsteins lagen 2001 zwischen 61,8% (Bezirk Flensburg) und 43,4% (Bezirk Elmshorn). Nur die Bezirke Flensburg und Kiel (60,7%) übertrafen die westdeutsche Verbleibsquote, während alle anderen Bezirke zum Teil deutlich (Elmshorn und Heide) hinter Westdeutschland zurückblieben. Gegenüber dem Jahr 2000 kam es in allen Bezirken außer Flensburg zu einer Verringerung der Verbleibsquoten, die im Vorjahr zwischen 66,7% und 52,1% variierten. Der Vergleich mit 1999 ist differenzierter: In den Bezirken Bad Oldesloe, Flensburg, Kiel und Lübeck lagen die ABM-

⁵⁸ Vgl.: F. Hirschenauer, Regionale Eingliederungsbilanzen: Die Förderung von Arbeitslosen unter der Lupe. Informationsdienst des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB Materialien Ausgabe Nr. 1/2001, S. 3-6.

Verbleibsquoten 2001 über denen von 1999, im Bezirk Heide waren sie 2001 geringer, und in Elmshorn und Neumünster waren sie etwa gleich.

Insgesamt ist für Schleswig-Holstein also eine Verschlechterung der Verbleibsquoten in beiden Maßnahmen zu beobachten, wobei die Quoten für ABM weiterhin um 10 bis 20 Prozentpunkte unter denen für FbW liegen. Die Beendigung von Arbeitslosigkeit im Anschluss an FbW gelingt also wesentlich öfter als im Anschluss an eine ABM.

Tabelle 25:
Aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit 1999-2001

Beschäftigte in Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)
Teilnehmende an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (FbW), Vollzeit
Teilnehmende an Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM)

Jahresdurchschnittswerte, jeweils in Zehner-Einheiten (Schleswig-Holstein) bzw. Hunderter-Einheiten (Bundesgebiet West)

ABM		Schleswig-Holstein			Bundesgebiet West	
		1999	2000	2001	2000	2001
ABM-Beschäft.	insgesamt	2.680	2.670	2.300	58.000	22.100
	Frauen	930	930	830	50.600	19.500
ABM-Beschäftigte auf Tsd. Arbeitslose	insgesamt	21,9	23,3	19,8	22,9	19,5
	Frauen	18,1	19,3	17,4	20,4	17,7
SAM		Schleswig-Holstein			Bundesgebiet West	
		1999	2000	2001	2000	2001
Teilnehmende	insgesamt	1.380	1.310	1.090	10.600	10.300
	Frauen	560	570	470	4.400	4.000
SAM-Teilnehmende auf Tsd. Arbeitslose	insgesamt	11,3	11,5	9,4	4,2	4,2
	Frauen	10,8	11,8	9,7	3,9	3,6
FbW, Vollzeit		1999	2000	2001	2000	2001
Teilnehmende	insgesamt	8.210	8.310	8.510	186.500	180.800
	Frauen	3.510	3.510	3.510	82.100	80.200
FbW-Teilnehmende auf Tsd. Arbeitslose	insgesamt	67,2	72,7	73,2	73,7	73,0
	Frauen	68,3	73,1	73,3	72,6	72,9

Quellen:

Jahresbericht "Arbeitsmarkt 2001", Bundesanstalt für Arbeit

LAA Nord, Bericht "Ausgewählte Jahreszahlen der Arbeitsmarktstatistik 1950-2001"

LAA Nord, Monatliche Presseinformationen "Der Arbeitsmarkt im Norden"

LAA Nord, Einzeltabellen der Statistischen Abteilung

8. Arbeitsmarktpolitik des Landes

(Bericht des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz, Tabellen 26 bis 27a)

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein hat sich bis zum Frühjahr 2001 weiterentwickeln können – im Januar 2001 wurden noch 3.300 weniger Arbeitslose als im Vorjahresmonat gezählt. Vom Ende der ersten Jahreshälfte 2001 an hat dann die Eintrübung der Konjunktur verstärkt Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen; im Dezember 2001 lag die Zahl der Arbeitslosen bei plus 5.900 im Vergleich zum Vorjahresmonat und im Jahresdurchschnitt 2001 erhöhte sich die Zahl arbeitsloser Schleswig-Holsteiner um 1.800 oder 1,6 Prozent auf 116.100.

Die Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein ist gekennzeichnet durch einen hohen politischen und sachlichen Konsens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, den Kommunen, den sozialen Verbänden, den freien Trägern, der Arbeitsverwaltung und dem Land. Die bewährte Zusammenarbeit innerhalb der Regionalen Aktion Arbeit für Schleswig-Holstein wird auch in Zukunft fortgesetzt werden.

Die Ziele der Arbeitsmarktpolitik und -förderung des Landes richten sich aus an nationalen und internationalen Vorgaben. Sie sind eingebunden:

- in die beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Union, die jährlich fortgeschrieben und veränderten Bedingungen in den Mitgliedsstaaten angepasst werden,
- in die Förderbedingungen der Europäischen Strukturfonds, insbesondere des Europäischen Sozialfonds (ESF),
- in den beschäftigungspolitischen Aktionsplan Deutschlands als Referenzrahmen für die Förderung aus dem ESF,
- in den Rahmen des SGB III sowie in die Regelungen der "Hilfe zur Arbeit" nach dem BSHG,
- in die jährlich neu festzulegenden geschäftspolitischen Schwerpunkte der Bundesanstalt für Arbeit und der örtlichen Arbeitsämter,
- in die Leitsätze für eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein vom 31. März 1999.

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen unter dem Dach der Zukunftsinitiative „Ziel: Zukunft im eigenen Land“ sollen grundsätzlich folgende generellen Anforderungen erfüllen können:

- Verhinderung oder Reduzierung öffentlicher Unterstützung,
- Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in der Region im Rahmen konkreter Dialog- und Maßnahmestrukturen,
- Förderung besonderer übergeordneter landes- und regionalpolitischer Ziele.

Der im Vertrag von Amsterdam und in den Beschäftigungspolitischen Leitlinien der EU verankerte Grundsatz des Gender Mainstreaming verpflichtet die Mitgliederstaaten der Union,

die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt zu fördern. Alle vom Land kofinanzierten arbeitsmarktlichen Maßnahmen haben dementsprechend dazu beizutragen, dass dieses Ziel erreicht wird.

In den aus dem ESF finanziell unterstützten Zielen und Maßnahmefeldern sind die von der EU-Kommission vorgegebenen, nachstehenden fünf Politikfelder zu berücksichtigen:

- A Entwicklung und Förderung aktiver Arbeitsmarktpolitiken zur Bekämpfung und Vermeidung von Arbeitslosigkeit, zur Erleichterung der Wiedereingliederung von Arbeitslosen und zur beruflichen Eingliederung Jugendlicher und von Berufsrückkehrerinnen und Berufsrückkehrern
- B Förderung der Chancengleichheit aller beim Zugang zum Arbeitsmarkt unter Berücksichtigung der ausgegrenzten, bedrohten oder nicht integrierten Personen wie Migrantinnen und Migranten
- C Förderung und Verbesserung der beruflichen Bildung, allgemeinen Bildung und der Beratung einer Politik des lebensbegleitenden Lernens zur Erleichterung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt, zur Verbesserung und Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit und zur Förderung der beruflichen Mobilität
- D Förderung von qualifizierten, ausgebildeten und anpassungsfähigen Arbeitskräften
- E Spezifische Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs von Frauen zum und ihrer Beteiligung am Arbeitsmarkt.

Im Rahmen der übergeordneten Ziele sowohl der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Schleswig-Holstein werden unter Berücksichtigung der maßnahmespezifischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer und der regionalen Möglichkeiten des Arbeitsmarktes folgende **Unterziele** verfolgt:

- 1) Arbeitslose und arbeitsfähige Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt unmittelbar oder nach intensiver Beratung und Unterstützung in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln,
- 2) präventiv gering qualifizierte, unmittelbar von Arbeitslosigkeit bedrohte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insbesondere durch arbeitsmarktliche Beratung und Qualifizierung vor Arbeitslosigkeit zu bewahren,
- 3) die Beschäftigungsfähigkeit im Rahmen von Projekten des zweiten Arbeitsmarktes zu verbessern,
- 4) die Vermittlungsfähigkeit von Arbeitslosen durch Beratung, Weiterbildung, Beschäftigung oder andere arbeitsmarktliche Instrumente zu erhöhen,
- 5) Langzeitarbeitslose, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger und andere Zielgruppen, z.B. ausländische Arbeitslose, arbeitsmarktorientiert zu fördern,
- 6) Jugendlichen durch verschiedenste zusätzliche Möglichkeiten zu einer Ausbildung und zu Arbeit zu verhelfen und
- 7) Aus- und Weiterbildung sowie lebenslanges Lernen auf der Grundlage des Weiterbildungskonzeptes der Landesregierung und der Vereinbarungen im Rahmen der Bündnisse für Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen.

Arbeitsmarktprogramm des Landes

Als eine der drei Säulen der Zukunftsinitiative **„ziel: Zukunft im eigenen Land“** hat die Landesregierung mit **„Arbeit für Schleswig-Holstein 2000“** (ASH 2000) ein neues arbeitsmarktpolitisches Programm für die Jahre 2000 bis 2006 zuzüglich zweier Auslaufjahre vorgelegt, das am 1. Januar 2000 begann und mit zum Teil veränderten Schwerpunktsetzungen die Nachfolge von ASH III übernimmt.

Mit ASH 2000 werden bis 2006 mehr als rund eine halbe Milliarde DM (ca. 255 Mio. EURO) aus Mitteln der EU und des Landes für eine aktive Arbeitsmarktpolitik im Land gebunden. Hinzu kommen derzeit der Höhe nach nicht bezifferbare Mittel der Bundesanstalt für Arbeit, von Kommunen, von privater Seite (z. B. Unternehmen und von Maßnahmeträgern). Nach dem derzeitigen Stand beläuft sich der Anteil Schleswig-Holsteins an den von der EU-Kommission im Rahmen des ESF bereitgestellten Mitteln auf insgesamt 199,3 Mio. DM (101,9 Mio. EURO), das entspricht im Durchschnitt der neuen Förderperiode rd. 28,47 Mio. DM (14,56 Mio. EURO) pro Jahr. Diese ESF-Mittel verteilen sich auf fast alle Programmpunkte. Das Land wird unter der Voraussetzung, dass der Haushaltsgesetzgeber dies beschließt, jährlich rd. 23 Mio. DM (11,76 Mio. EURO) für die Kofinanzierung der ESF-Mittel einsetzen, allein für die vom Arbeitsministerium in ASH 2000 eingebrachten Programmteile jährlich 18 Mio. DM (9,2 Mio. EURO). Das ist wichtig, um Einfluss auf die Zielsetzung, Ausgestaltung und Durchführung von Maßnahmen im Sinne der oben genannten Politikziele ausüben zu können. Für außerhalb der mit den Fördermitteln aus dem ESF und der Kofinanzierung durch das Land liegende Maßnahmenfelder und Programmpunkte wird das Land in Abhängigkeit von entsprechenden Haushaltsbeschlüssen des Schleswig-Holsteinischen Landtages jährlich weitere 19,5 Mio. DM (9,97 Mio. EURO) Landesmittel zur Verfügung stellen. Damit sollen vor allem Maßnahmen gefördert werden, die im besonderen arbeitsmarktpolitischen Interesse des Landes liegen.

Die Förderphilosophie bei ASH 2000 geht davon aus, Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen möglichst unverzüglich wieder ins Arbeitsleben zu integrieren und Qualifizierung auf allen Ebenen zu fördern. Im Sinne einer effektiven und effizienten Arbeitsmarktpolitik muss darauf geachtet werden, dass mit begrenztem Aufwand eine möglichst hohe Integrationsquote erreicht wird.

Die Landesregierung verwirklicht dies mit einer gegenüber der ausgelaufenen Förderperiode anderen Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik hin zu wirtschafts- und arbeitsmarktnahen Anforderungen. Zum ersten Mal werden alle arbeitsmarktrelevanten Fördermaßnahmen der verschiedenen Ressorts des Landes im Programm ASH 2000 in 30 Maßnahmenfeldern zusammengefasst. Damit wird das Prinzip der finanziellen Bündelung und der Verknüpfung von Maßnahmen zur Förderung der zentralen Entwicklungsziele des Landes gestärkt.

Mit dem neuen Programm ist ein Umsteuerungsprozess nicht nur in der Politik, sondern auch bei den Trägern arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen im Land ausgelöst worden. Dies ist mit den Akteuren in der Regionalen Aktion und vor Ort in den Regionen diskutiert worden. Diese Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik des Landes soll letztlich zu einem effizienteren und effektiveren Einsatz der Mittel führen.

Im Jahr 2001 wurden insgesamt rund 69,1 Mio. DM (35,4 Mio. EURO) für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen bewilligt. Rund 11.200 vorher arbeitslose Menschen konnten durch die verschiedenen Förderrichtlinien erreicht werden. Die regionale Verteilung der Förderfälle und Fördermittel folgte im wesentlichen der Arbeitslosigkeit im Lande.

ASH 2000 - Die einzelnen Programmpunkte

I Vermittlung

1 Integration von Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern in den ersten Arbeitsmarkt

Zweck der Förderung ist die unmittelbare Vermittlung von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Frauen und Männern, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG erhalten, in den ersten Arbeitsmarkt. Direktvermittlung bedeutet, dass dies ohne eine vorangehende Teilnahme an einer Maßnahme, einem Projekt oder einer Einzelförderung im Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes erfolgt. Eine Vermittlung ist dabei dann erfolgreich, wenn

- das betreffende befristete oder unbefristete Beschäftigungsverhältnis auf dem ersten Arbeitsmarkt mindestens sechs Monate Bestand hat und
- das Arbeitsverhältnis sozialversicherungspflichtig ist.

Im Jahr 2001 konnten 302 Personen (148 Männer, 154 Frauen) direkt in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Der Frauenanteil an den vermittelten Personen betrug rund 51 Prozent.

II Geförderte Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt

2 Lohnkostenzuschüsse für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger

Die Zahl der Frauen und Männer, die nach Verlust des Arbeitsplatzes und längerer Arbeitslosigkeit zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes und des ihrer Familie auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind, ist in den letzten Jahren weiter angestiegen. Häufig ist Frauen und Männern dieser speziellen Zielgruppe der Weg zurück ins Arbeitsleben wegen geringer, auf dem Arbeitsmarkt nicht verwertbarer oder durch lang andauernde Arbeitslosigkeit verloren gegangene Qualifikation verschlossen. Um den immer stärker werdenden Ausgrenzungstendenzen entgegen zu wirken, soll versucht werden, Empfängerinnen und Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG wieder zu einer Beschäftigung in Betrieben, Unternehmen oder Organisationen des ersten Arbeitsmarktes zu verhelfen. Für den Fall, dass eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt nur dadurch ermöglicht werden kann, dass dem Arbeitgeber als Ausgleich für gewisse tatsächliche anfängliche Minderleistungen ein Zuschuss zu den betrieblichen Aufwendungen für die Beschäftigung und Entlohnung eines Sozialhilfeempfängers angeboten wird, kann hierzu eine Landeszuwendung gewährt werden.

Im Jahr 2001 konnten insgesamt 321 Personen (188 Männer, 133 Frauen) über Lohnkostenzuschüsse direkt in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Der Frauenanteil an den vermittelten Personen betrug rund 41 Prozent.

3 Lohnkostenzuschüsse für junge Arbeitslose

Mit Hilfe der Zuwendungen sollen die Vermittlungschancen junger Menschen verbessert und somit eine dauerhafte Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Gefördert werden sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit jungen Menschen, die zuvor mindestens drei Monate arbeitslos waren, soweit sie bis zum vollendeten 25. Lebensjahr im Land Schleswig-Holstein abgeschlossen werden. In Fällen, in denen eine Auszubildende oder ein Auszubildender nach mindestens einem Jahr über- oder außerbetrieblicher Ausbildung in betriebliche Ausbildung einmündet, kann darüber hinaus eine Zuwendung für die verbleibende reguläre Ausbildungsdauer gewährt werden.

Im Jahr 2001 konnten insgesamt 7 junge Menschen (5 Männer, 2 Frauen) über Lohnkostenzuschüsse direkt in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Der Frauenanteil an den vermittelten Personen betrug rund 29 Prozent.

4 Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Qualifizierung für Schwerbehinderte

Der Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Frauen und Männer und die Förderung des Ausbildungsplatzangebotes sollen bewirkt werden durch Förderung der Einstellung besonders betroffener oder längerfristig arbeitsloser Schwerbehinderter bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern. Das Land Schleswig-Holstein fördert nach Maßgabe dieser Richtlinie aus Mitteln der Ausgleichsabgabe die Einstellung von Schwerbehinderten. Die Einstellung soll in Voll- oder Teilzeit auf unbestimmte Dauer erfolgen. Eine zeitlich oder sonstige befristete Einstellung kann insbesondere gefördert werden, wenn die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber ein anschließendes unbefristetes Arbeitsverhältnis mit der Schwerbehinderten oder dem Schwerbehinderten in Aussicht stellt.

Im Jahr 2001 wurden insgesamt 66 schwerbehinderte Personen (44 Männer, 22 Frauen) über diesen Programmpunkt gefördert. Der Frauenanteil betrug rund 33 Prozent.

III Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt

5 Kombinierte Trainingsmaßnahmen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung

Mit Hilfe der die Leistungen des Arbeitsamtes oder anderer Kostenträger ergänzenden Zuwendungen sollen junge Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss im Sinne präventiver Arbeitsmarktpolitik Grundqualifikationen erwerben können, die eine Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Gewährt werden Zuwendungen zu den einzelnen Förderungselementen der Trainingsmaßnahmen mit allgemein und beruflich bildenden Anteilen, die junge Arbeitslose bis zum vollendeten 25. Lebensjahr ohne schulische oder berufliche Abschlüsse auf Ausbildung oder Beruf vorbereiten. Gefördert werden mit dem Arbeitsamt abgestimmte Maßnahmen, die die Grundlagen schaffen für die Aufnahme einer beruflichen Ausbildung oder Beschäftigung und deren Grundförderung sichergestellt ist.

Im Jahr 2001 wurden Maßnahmen mit insgesamt 187 Teilnehmerplätzen gefördert. Von den bislang 168 gemeldeten Teilnehmern waren 84 männlichen und 84 weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil betrug somit 50 Prozent.

6 Ausbildung statt Sozialhilfe

Ziel dieser Maßnahme ist es, jungen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern und jungen Menschen, die von Sozialhilfe bedroht sind, eine Ausbildung zu ermöglichen, um ihre Eingliederungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt dauerhaft zu erhöhen. Gewährt werden Zuwendungen für zusätzlich geschaffene Ausbildungsplätze nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG), auf denen junge Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger bis zum 25. Lebensjahr und junge Menschen, die von Sozialhilfe bedroht sind, eingestellt werden. Vorrangig sollen junge Menschen bis zum vollendeten 20. Lebensjahr berücksichtigt werden.

Im Jahr 2001 konnten insgesamt 68 junge Menschen (42 Männer, 26 Frauen) auf zusätzlich geschaffene Ausbildungsplätze vermittelt werden. Der Frauenanteil an den vermittelten Personen betrug rund 38 Prozent.

7 Ergänzungsförderung zu Arbeit und Qualifizierung Jugendlicher

Ziel des Bundesprogramms "AQJ" ist es, eine größere Anzahl junger Menschen ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz in bezahlte Praktika mit gleichzeitiger Qualifizierung zu integrieren, um den Übergang in eine betriebliche oder sonstige Ausbildung zu erleichtern. Mit Hilfe der Landeszuwendung sollen über die Bundesförderung hinausgehende zusätzliche Vorhaben zur Erweiterung und Verbesserung der Qualifizierungsangebote und Erleichterung der Teilnahme ermöglicht werden. Die Zuwendung wird für einzelne der beruflichen Qualifikation dienende Vorhaben bewilligt, deren Finanzierung nicht durch Bundesmittel vorgesehen ist.

Im Jahr 2001 wurden Maßnahmen mit insgesamt 231 Teilnehmerplätzen gefördert. Konkrete Teilnehmerangaben werden erst mit den Verwendungsnachweisen vorgelegt.

8 Berufliche Qualifizierung und Ausbildung für jüngere Mütter und Väter mit kleinen Kindern

Ziel dieser Maßnahme ist es, jungen Frauen und Männern mit kleinen Kindern unter Sicherstellung einer adäquaten Betreuung und Versorgung der Kinder die Aufnahme einer beruflichen Qualifizierung zu ermöglichen und so ihre Eingliederungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt dauerhaft zu erhöhen. Es werden Zuwendungen für die Bereitstellung bzw. Sicherstellung von qualifizierter Kinderpflege/-betreuung während der beruflichen Qualifikation junger Mütter und Väter gewährt, denen ohne diese Maßnahme die Aufnahme einer beruflichen Qualifizierung wegen ihrer Erziehungsverpflichtung nicht möglich wäre.

Im Jahr 2001 wurden Maßnahmen mit insgesamt 70 Teilnehmerplätzen gefördert. Konkrete Teilnehmerangaben werden erst mit den Verwendungsnachweisen vorgelegt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass in erster Linie Frauen von dieser Förderung profitieren.

9 Jobtransfer

Der strukturelle Wandel der Wirtschaft bringt seit geraumer Zeit zum Teil einschneidenden Personalabbau und eine relativ hohe Zahl von Unternehmensinsolvenzen mit sich. Diese Entwicklung erfordert Umstellungen in der Arbeitsorganisation und eine Veränderung der Arbeitsbeziehungen, eine laufende Anpassung von Qualifikationen und einen häufigeren,

durch äußere Ereignisse bedingten Arbeitsplatzwechsel oder eine höhere Arbeitslosigkeit. Eine frühzeitige und betriebsnah ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik kann dazu beitragen, individuelle Arbeitsplatzverluste zu verringern oder die Zeit einer Arbeitslosigkeit freigesetzter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu verkürzen oder ganz zu vermeiden.

Hier sollte im Rahmen einer präventiven Arbeitsmarktpolitik das Jobtransfer-Instrument ansetzen. Es sollte zum Einsatz kommen, wenn Entlassungen verbindlich angekündigt oder unvermeidbar waren. Jobtransfer sollte den sozialverträglichen unmittelbaren Übergang bereits gekündigter oder unmittelbar vor einer Kündigung stehender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus einem Betrieb (Konkurs oder größerer Personalabbau) in ein anderes Unternehmen und die notwendige Anpassungsqualifizierung an die Bedingungen des neuen Arbeitsplatzes ermöglichen.

Da im Jahr 2001 keine Anträge gestellt worden sind, wird dieser Programmpunkt ab 2002 nicht weiter fortgeführt.

10 Jobrotation

Als Folge des Strukturwandels der Wirtschaft gewinnt die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens auch für die berufliche Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ständig an Bedeutung. Die Bereitschaft zur Umstellung und zur fachlichen Weiterbildung sind immer wichtiger werdende Forderungen, um den Unternehmen Wettbewerbsfähigkeit und der Belegschaft künftige Beschäftigung zu sichern. Im Rahmen präventiver Arbeitsmarktpolitik sollen Unternehmen, Betriebe und sonstige Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitslose unterstützt werden, sich an Weiterbildungs- und Stellvertreterprojekten zu beteiligen. Das als „Jobrotation“ bezeichnete Konzept ist eine Verknüpfung aus beruflicher Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und der damit unmittelbar im Zusammenhang stehenden (zeitlich befristeten) Übernahme der Arbeit durch einen entsprechend vorqualifizierten Arbeitslosen.

Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die die arbeitsmarktorientierte Zielsetzung und die Zuwendungsvoraussetzungen erfüllen, können eine Zuwendung zu den Ausgaben der Weiterbildung von bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhalten. Stellvertreterinnen oder Stellvertreter, die die Freistellung vor Ort erst ermöglichen, sind z.B. zuvor in von der Bundesanstalt für Arbeit geförderten Maßnahmen geschulte Arbeitslose. Vorrangig sollen formal gering qualifizierte Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer sowie Arbeitskräfte mit abgeschlossener Ausbildung, aber veralteter und/oder derzeit nur eingeschränkt verwendbaren beruflichen Kenntnissen gefördert werden.

Im Jahr 2001 wurden 6 Personen (2 Männer, 4 Frauen) über diese Richtlinie gefördert. Der Frauenanteil betrug 67 Prozent.

11 Weiterbildungsmaßnahmen

In den vergangenen Jahren hat es sich als sinnvoll erwiesen, Weiterbildungs- und Betreuungsmaßnahmen für arbeitslose Frauen und Männer durch Zuwendungen des Landes bezuschussen zu können, wenn die Arbeitsverwaltung nicht die Möglichkeit hat, neue Ansätze,

Modellvorhaben oder Bausteine bei Qualifizierungs- oder Weiterbildungslehrgängen in vollem Umfang zu finanzieren. Dies gilt z. B. für Maßnahmen, an denen überwiegend oder ausschließlich Frauen oder Langzeitarbeitslose teilnehmen oder die in veränderten Zeitorganisationen und neuen Arbeitssystemen angeglichenen Weiterbildungsformen durchgeführt werden. Ziel der geförderten Maßnahmen soll insbesondere die Erprobung und Durchführung neuer Wege zu anerkannten Berufsbildungsabschlüssen sein. Hierzu gehören u.a. Baukastensysteme, Aktualisierung länger zurückliegender Ausbildungsinhalte, zielgruppenspezifische methodisch-didaktische Konzepte, Aufbaumaßnahmen für Personen mit Kurzausbildungsabschlüssen.

Im Jahr 2001 wurden Maßnahmen für insgesamt 61 Personen (1 Mann, 60 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug 98 Prozent.

12 Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung im Handwerk

Die Wirtschaftsstruktur Schleswig-Holsteins ist durch kleine und mittlere Betriebe - insbesondere im Handwerk - geprägt. Ihre Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit hängt in hohem Maße von der Qualifikation der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter ab. Die handwerklichen Betriebe tragen die Hauptlast der Berufsausbildung. Etwa 40 Prozent der Ausbildungsplätze im dualen System entfallen in Schleswig-Holstein auf das Handwerk. Viele der kleinen Handwerksbetriebe verfügen nicht über die entsprechenden wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen für eine zukunftsorientierte, qualifizierte Ausbildung. Sie sind deshalb oftmals nicht in der Lage, alle Anforderungen der Ausbildungsordnungen an die betriebliche Ausbildung zu erfüllen. Die entsprechenden Ausbildungsinhalte werden deshalb durch ergänzende überbetriebliche Lehrgänge vermittelt. Die Förderung soll - trotz zum Teil sehr unterschiedlicher Strukturen im Handwerk - eine landesweit einheitliche gute Ausbildungsqualität im Handwerk sichern. Die Lehrgänge müssen in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten des Handwerks oder in anderen von der jeweiligen Handwerkskammer anerkannten Berufsbildungseinrichtungen stattfinden. Ein Lehrgang soll möglichst in zusammenhängender Form ohne Unterbrechung durchgeführt werden.

An den Lehrgängen der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung in 2001 haben 22.573 Auszubildende teilgenommen.

13 Berufsvorbereitung und Qualifizierung von Migranten

Ziel einer ergänzenden Förderung aus ESF-Mitteln nach diesen Richtlinien ist es, ausländische Langzeitarbeitslose sowie ausländische Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zielgruppenspezifisch im Rahmen von Maßnahmen oder Projekten

- zu beschäftigen und/oder
- zu qualifizieren und/oder
- die Deutsch-Sprachkenntnisse wesentlich zu verbessern und/oder
- sozial zu stabilisieren.

Durch die Förderung aus Mitteln des ESF soll die Zahl und die Qualität der Maßnahmen gesteigert und die Vermittlungsfähigkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine (Wieder-)Eingliederung in den deutschen Arbeitsmarkt erhöht werden. Gefördert werden Aus-

länderinnen und Ausländer, deren Aufenthaltsstatus einen langfristigen oder dauerhaften Verbleib in Schleswig-Holstein gewährleistet, sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Während der Beschäftigung hat der Maßnahmeträger die Möglichkeiten einer weiteren beruflichen Qualifizierung der Beschäftigten festzustellen und in Betracht kommende Maßnahmen nachhaltig anzubieten.

Im Jahr 2001 wurden Maßnahmen für insgesamt 14 Personen (10 Männer, 4 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug 29 Prozent.

14 Eingliederung von Strafgefangenen durch Qualifizierung

Bereits während des Vollzuges von Jugendstrafe sollen für jugendliche und heranwachsende Strafgefangene Maßnahmen der Berufsvorbereitung und der beruflichen Orientierung durchgeführt werden. Die Maßnahmen dienen dazu, diesen vom Ausschluss aus dem ersten Arbeitsmarkt bedrohten Personen nach Beendigung des Strafvollzuges den Eintritt in das Berufsleben zu erleichtern. Die Maßnahmen sollen in der Regel folgende Phasen beinhalten:

- Orientierungsphase (Bestandsaufnahme des Qualifikations- und Leistungsvermögens)
- Qualifizierungsphase (Erstellung eines "Bildungsfahrplanes")
- Vertiefungs- und Projektphase (Vertiefung in fachübergreifenden Projekten).

Teilnehmerzahlen liegen noch nicht vor.

15 Alphabetisierung deutschsprachiger Erwachsener

Das Projekt richtet sich an deutschsprachige Erwachsene mit unzureichender Grundqualifikation im Lesen und Schreiben. Geringe Fertigkeiten im Lesen und Schreiben erhöhen die Wahrscheinlichkeit für Arbeitslosigkeit und die Zugehörigkeit zu sozialen Randgruppen. Die beruflichen Anforderungen an den Umgang mit Texten haben in den letzten Jahren stetig zugenommen; fehlende Grundqualifikationen sind eine wesentliche Ursache für Arbeitsplatzgefährdungen. Die Vermittlung von Grundkenntnissen im Lesen und Schreiben schafft Voraussetzungen für die Bewältigung beruflicher Anforderungen und die Teilnahme an Qualifizierung/Weiterbildung. Gefördert wird ein weitgehend flächendeckendes Informations-, Beratungs- und Unterrichtsangebot an den Volkshochschulen mit einem verbindlichen Netzwerk.

Im Jahr 2001 nahmen 721 Personen (375 Männer und 346 Frauen) an den Kursen teil. Der Frauenanteil lag bei rund 48 Prozent.

16 Berufsorientierender Sprachunterricht

Dieser Programmpunkt richtet sich an Personen jeden Alters, die nicht Deutsch als Muttersprache haben - insbesondere Jugendliche - und die ihre geringe Sprachkompetenz für die angestrebte Ausbildung bzw. Arbeitsaufnahme durch einen gezielten berufsfachsprachlichen Unterricht verbessern möchten. Die Vertiefung und Festigung der deutschen Sprachkenntnisse dieser Migrantinnen und Migranten und die Erteilung von berufsorientiertem Deutschunterricht bis hin zur Vermittlung der Berufssprache dient als Schlüsselqualifikation zu Ausbildungserfolg und Integration. Um die Möglichkeit der Teilnahme an weiteren qualifizieren-

den beruflichen Ausbildungen zu ermöglichen, werden Kurse in der Fremdsprache Englisch angeboten.

Im Jahr 2001 wurde ein Projekt mit 100 Personen (50 Männer, 50 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug somit 50 %.

17 Integration von psychisch kranken und behinderten und suchtkranken Menschen

Angesichts einer sehr hohen Zahl von arbeitslosen Menschen ist die berufliche Eingliederung von Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen äußerst schwierig. Die Rehabilitation psychisch kranker und behinderter und suchtkranker Menschen erfolgt mit dem Ziel, die berufliche Eingliederungsfähigkeit herzustellen. Durch Qualifizierung und Stabilisierung unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse der beiden o.g. Zielgruppen sollen Chancen auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt eröffnet und die Eingliederung psychisch kranker und behinderter und suchtkranker Menschen verbessert werden. Es werden Zuwendungen für Maßnahmen zur Qualifizierung und Integration in den Arbeitsmarkt und zur Stabilisierung von psychisch kranken und behinderten und suchtkranken Menschen gewährt, die ohne Beschäftigung sind. Grundlage für Zuwendungen ist die Vorlage eines fachlich fundierten Konzeptes, das in Abhängigkeit von der Zielgruppe den Leitlinien des Psychatrieplanes 2000 sowie den Leitlinien „Hilfen für psychisch kranke und behinderte Frauen“ bzw. den Leitlinien der Drogenpolitik entspricht.

Im Jahr 2001 wurden Maßnahmen mit insgesamt 100 Personen (50 Männer, 50 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug somit 50 %.

18 Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen

Das Programm „Weiterbildungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen“ richtet sich an Frauen in Schleswig-Holstein, die nach einer längeren Phase der Nichterwerbstätigkeit erneut in das Berufsleben eintreten möchten. In mindestens 60stündigen Seminaren und eines daran anschließenden Betriebspraktikums erhalten die Teilnehmerinnen die Möglichkeit zur persönlichen, fachlichen und beruflichen Orientierung. Sie werden über Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen informiert und auf den Wiedereintritt in das Berufsleben vorbereitet.

Im Jahr 2001 konnten insgesamt 475 Frauen gefördert werden.

IV Vorübergehende Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt

19 Verstärkte Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Für die Durchführung von Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit zur Arbeitsbeschaffung (ABM) ist oftmals ein zusätzlicher Zuschuss aus Mitteln des Landes zur Restfinanzierung von Lohnkosten notwendig. Die finanzielle und die Arbeitsmarktsituation erfordern einen gezielten Einsatz der Landesförderung. Sie konzentriert sich daher auf solche Projekte, die zur Sicherung ihrer Durchführbarkeit einer verstärkten Förderung im Rahmen des § 266 SGB III aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit und entsprechender Komplementärmittel des Lan-

des bedürfen. Vorrangig sollen ABM gefördert werden, an denen ein besonderes arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Interesse besteht. Mit den ABM-Landesmitteln soll insbesondere arbeitslosen Frauen, jüngeren Arbeitslosen ohne beruflichen Abschluss, Langzeitarbeitslosen und arbeitslosen Schwerbehinderten und älteren Arbeitslosen geholfen werden, wieder Anschluss an das Berufsleben zu finden.

Im Jahr 2001 wurden Maßnahmen mit insgesamt 1.460 Teilnehmerplätzen gefördert. Von den bislang 1.365 gemeldeten Teilnehmern waren 948 männlichen und 417 weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil betrug rund 31 Prozent.

20 Ergänzungsförderung von Strukturanpassungsmaßnahmen

Die Bundesanstalt für Arbeit fördert im Rahmen von Strukturanpassungsmaßnahmen nach §§ 272 ff. SGB III Arbeitslose, wenn die Träger oder durchführenden Unternehmen Arbeitsverhältnisse mit vom Arbeitsamt zugewiesenen förderungsbedürftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern begründen und die Durchführung der Maßnahme dazu beiträgt, neue Arbeitsplätze zu schaffen oder dies zum Ausgleich von Arbeitsplatzverlusten erforderlich ist, die infolge von Personalanpassungsmaßnahmen in einem erheblichen Umfang entstanden sind oder entstehen und sich auf den örtlichen Arbeitsmarkt erheblich nachteilig auswirken. Die Förderung aus Landesmitteln ist als Anschubfinanzierung zum teilweisen Ausgleich einer anfänglich zu erwartenden Minderleistung bei der Beschäftigung förderungsbedürftiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Sinne von § 274 Abs. 1 SGB III im Rahmen von Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) bestimmt.

Im Jahr 2001 wurden Maßnahmen mit insgesamt 612 Teilnehmerplätzen gefördert. Von den bislang 583 gemeldeten Teilnehmern waren 430 männlichen und 153 weiblichen Geschlechts. Der Frauenanteil betrug somit 26 Prozent. Da der Frauenanteil im Vorjahr noch bei knapp über 40 Prozent lag, wird geprüft, auf welche Gründe die rückläufige Förderung von arbeitslosen Frauen nach diesem Programmpunkt zurückzuführen ist. Für die Zukunft ist das Landesarbeitsamt Nord darum gebeten worden, auf eine ausgewogene Frauen- und Männerquote bei der SAM-Ergänzungsförderung verstärkt hinzuwirken.

21 Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern

Ziel dieser Richtlinie ist die ergänzende Förderung von Trägern, die Langzeitarbeitslose oder Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger zielgruppenspezifisch im Rahmen von Maßnahmen im zweiten Arbeitsmarkt einstellen, um sie

- zu beschäftigen und/oder
- zu qualifizieren und/oder
- sozial zu stabilisieren.

Die Bewilligung einer Zuwendung erfolgt im Rahmen einer personenbezogenen Leistungsvereinbarung nach Festbeträgen je Teilnehmerin bzw. Teilnehmer. Grundlage der im Rahmen dieser Förderung abzuschließenden Leistungsvereinbarung ist ein individueller Eingliederungsplan, der innerhalb von drei Monaten nach Beschäftigungsbeginn zu erarbeiten, ggf.

mit beteiligten Stellen und Einrichtungen (z.B. Schuldner- und Familienberatung, Suchthilfe u.a.m.) abzustimmen und der Bewilligungsstelle vorzulegen ist. Er muss die zu diesem Zeitpunkt beabsichtigten Vorschläge und die geplanten Maßnahmen des Trägers beinhalten, die geeignet sind, die berufliche Perspektive der Teilnehmerin oder des Teilnehmers entscheidend zu verbessern.

Im Jahr 2001 wurden über diese Richtlinie insgesamt 4.018 Personen (2.671 Männer, 1.347 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug 33,5 Prozent.

V Beratung und Strukturbildung

22 Regionale Weiterbildungsverbände

Die Initiierung eines flächendeckenden Netzes regionaler Weiterbildungsverbände (WBV) geht zurück auf das „Konzept zur Verbesserung der Weiterbildungsinfrastruktur“ bzw. das Weiterbildungskonzept der Landesregierung Schleswig-Holstein. Die Verbände müssen für alle an der regionalen Weiterbildung beteiligten Institutionen (Träger und Einrichtungen der allgemeinen, politischen und beruflichen Bildung, Vertreterinnen und Vertreter der Kammern, Kreise, Arbeitsverwaltung) offen sein. Förderfähig ist ein Arbeitsprogramm, das die Bereiche Kooperation/Koordination, Qualitätsentwicklung und Weiterbildungsinformation und -beratung umfasst. Die konzeptionelle Gewichtung kann regional unterschiedlich sein.

Seit 1999 wird ein nahezu flächendeckendes Netz von 10 Verbänden gefördert..

23 Regionale Ausbildungsbetreuung

Das Land Schleswig-Holstein fördert landesweit elf regionale Ausbildungsbetreuerinnen und Ausbildungsbetreuer für die Beratung und Betreuung benachteiligter Jugendlicher. Die Ausbildungsbetreuerinnen und -betreuer unterstützen junge Menschen bei der persönlichen Berufswegplanung und beraten Jugendliche, Eltern und Betriebe in Konfliktsituationen vor und während der Ausbildung. Insbesondere geht es darum, Ausbildungsabbrüche zu verhindern bzw. Alternativen zusammen mit den Jugendlichen zu entwickeln, um einen generellen Ausstieg aus der beruflichen Erstqualifizierung und den Einstieg in die Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Im Jahr 2001 wurden insgesamt 1.381 Erst- und 4.663 Folgeberatungen durchgeführt. Hier von entfielen 60 Prozent auf männliche Jugendliche unter 25 Jahre und 40 Prozent auf weibliche Jugendliche.

24 Beratungsstellen Frau & Beruf

Noch immer sind fast ausschließlich Frauen mit dem Problem konfrontiert, Beruf und Aufgaben in der Familie miteinander zu vereinbaren. Unterbrechen sie wegen der Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit, finden sie anschließend nur schwer wieder Zugang zum Arbeitsmarkt. Es gelingt ihnen vielfach nicht, sich in dieser Lebensphase noch eine tragfähige berufliche Existenz und eine eigenständige Alterssicherung aufzubauen. Dies gilt regelmäßig auch dann, wenn sie die Berufstätigkeit nicht unterbrechen, sondern lediglich reduzieren. Denn Teilzeitarbeit wird oft nur im Bereich der weniger qualifizierten Tätigkeiten angeboten und

mündet nicht selten in geringfügige Beschäftigung. Mit den spezifischen Bedingungen weiblicher Erwerbstätigkeit ist es schließlich auch zu erklären, dass Frauen weniger häufig von den Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik profitieren.

Nach dieser Richtlinie werden Zuwendungen für Beratungseinrichtungen gewährt, deren Angebot auf diese spezifischen Bedingungen weiblicher Erwerbstätigkeit und die damit einhergehenden typischen Arbeitsmarktrisiken zugeschnitten ist. Dadurch soll der (Wieder-)Einstieg von Frauen in das Erwerbsleben unterstützt, ihr berufliches Fortkommen - auch im Rahmen einer Teilzeitbeschäftigung - gefördert und ihnen dabei geholfen werden, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug zu beenden bzw. zu vermeiden. Die Beratungsstellen werden gefördert, um innerhalb der Zielsetzung dieser Richtlinie die folgenden Kernaufgaben wahrzunehmen:

- Beratung zur beruflichen Orientierung von langzeitarbeitslosen Frauen, zum Wiedereinstieg von Berufsrückkehrerinnen sowie von Erziehungsurlauberinnen.
- Gezielte Beratung von Betrieben bei der Gestaltung frauen- und familienfreundlicher Arbeitsbedingungen sowie von Bildungs- und Beschäftigungsträgern bei der Entwicklung von Qualifizierungsangeboten, die auch die spezifischen Erwerbsbedingungen von Frauen berücksichtigen.
- Kooperation der Beratungsstellen im Rahmen ihrer Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) und Kooperation mit den anderen regionalen Beratungseinrichtungen sowie sonstigen Arbeitsmarktakteuren mit dem Ziel, die Arbeitsmarktpolitik im Interesse von Frauen dort stärker aufeinander abzustimmen.

Teilnehmerzahlen liegen noch nicht vor.

25 Beratung von Unternehmen bei Einstellung von Arbeitslosen

Die Landesregierung misst der Information und intensiven Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen und Betrieben (KMU) im Hinblick auf ihren beschäftigungspolitischen Auftrag eine besondere Bedeutung bei. Die Förderungsmöglichkeiten des Landes und damit verbunden auch von Kommunen und der Bundesanstalt für Arbeit bei der Einstellung von Arbeitslosen mit Integrationsproblemen sollen den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern oder den Personalverantwortlichen nahegebracht werden. Ziel dieser Aktivitäten, die auf eine Verbesserung des bisherigen Stellenangebots gerichtet sind, soll z.B. die Ermittlung eines ggf. vorhandenen, derzeit aber nicht realisierten Personalbedarfs und die Einleitung konkreter Vermittlungsbemühungen in den ersten Arbeitsmarkt hinein durch die Bundesanstalt für Arbeit und ggf. anderer Einrichtungen sein. Bei der unmittelbaren Kontaktaufnahme sollen auch konkrete Qualifizierungsbedarfe und mögliche Interessen an speziellen Beratungen, z.B. über Jobrotation, Praktika und andere zielgerichtete Elemente erfragt werden.

Im Jahr 2001 hat es keine Anträge gegeben.

26 Beratung von Arbeitslosen

In vielen Städten und Gemeinden des Landes haben sich Arbeitslose zu Selbsthilfegruppen und Initiativen zusammengeschlossen, um ihre Probleme gemeinsam besser bewältigen zu können. Darüber hinaus sind eine Reihe von Beratungsstellen eingerichtet worden. Die hier geleistete Arbeit bietet eine wertvolle ergänzende Hilfe zu den vorhandenen Möglichkeiten der Arbeitsämter und Sozialämter, die Situation der arbeitslosen Frauen und Männer durch ein niedrigschwelliges Beratungs- und Betreuungsangebot sozial verträglich zu gestalten. Darüber hinaus erfolgt eine konkrete Unterstützung z.B. durch Formulierungshilfen, Erläuterung von amtlichen Schreiben und Rechtsvorschriften, Begleitung zu Ämtern. Diese Bemühungen will das Land weiterhin unterstützen.

Im Jahr 2001 wurden landesweit insgesamt 17 Beratungseinrichtungen gefördert.

27 Integration nichtdeutscher Jugendlicher

Ziel ist es, durch Qualifizierung sprachliche und leistungsmäßige Defizite von Jugendlichen bis 25 Jahren, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, auszugleichen, wenn bisher eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt bzw. eine dem Fähigkeitspotential entsprechende Berufsausbildung nicht möglich war. Mit diesem Programmpunkt sollen ihre beruflichen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt erhöht werden. Daher unterstützt dieses Projekt Schüler und Schülerinnen von Fach-, Berufsfach- und Fachoberschulen sowie Schüler und Schülerinnen in der Berufsvorbereitung, eine ihren Fähigkeiten entsprechende Identität auszubilden, damit sie eine gegenüber den oft entgegengesetzten Anforderungen beider Kulturen selbstbewusste Position behaupten können.

Im Jahr 2001 wurde ein Projekt mit 75 Personen (25 Männer, 50 Frauen) gefördert. Der Frauenanteil betrug 67 Prozent.

28 Fördernetzwerke zur Integration benachteiligter Jugendlicher in die berufliche Bildung

Zielgruppe des Projekts sind benachteiligte und behinderte Jugendliche, insbesondere diejenigen, die voraussichtlich keinen Hauptschulabschluss erwerben werden. Es hat zum Ziel, dass sich Fördernetzwerke bilden zwischen den beteiligten Institutionen, insbesondere den Sonderschulen/Förderzentren, Hauptschulen und Beruflichen Schulen in Kooperation mit den jeweiligen Arbeitsämtern, Kammern, Arbeitgebern, Vereinen, Verbänden, Maßnahmeträgern und Kostenträgern wie dem Jugendamt und dem Sozialamt. Mit Hilfe dieser Fördernetzwerke sollen regionale Projekte entstehen, die während der Übergangsphase von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Bildung wirksam werden und die die Jugendlichen im Sinne von Prävention darin stärken sollen, eine fundierte Berufswahl zu treffen, nach Möglichkeit doch einen Schulabschluss zu erwerben und letztendlich Maßnahme- und Ausbildungsabbrüche zu vermeiden. Das Projekt soll darüber hinaus gute Erfahrungen aus europäischen Ländern einbeziehen und Erfahrungen aus den zahlreichen Einzelprojekten Interessenten aus anderen europäischen Ländern zugänglich machen.

Teilnehmerzahlen liegen noch nicht vor.

VI Andere Bereiche

29 Dauerhafte Lohnkostenzuschüsse für ältere Schwerbehinderte bis zum Rentenalter

Der Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Frauen und Männer soll bewirkt werden durch Förderung der Einstellung über 55 Jahre alter besonders betroffener oder längerfristig arbeitsloser Schwerbehinderter bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern. Gefördert wird die Einstellung und Beschäftigung von älteren arbeitslosen Schwerbehinderten, die vor Beginn des Arbeitsverhältnisses langzeitarbeitslos oder innerhalb der letzten 12 Monate mindestens sechs Monate beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet waren. Begünstigt sind Schwerbehinderte über 55 Jahre, die auf einen Arbeitsplatz i.S. des § 7 Abs. 1 oder § 9 Abs. 2 Satz 2 SchwbG eingestellt werden. Nicht anerkannte Schwerbehinderte, die aufgrund einer psychischen Behinderung vom Psychosozialen Dienst, der mit der Hauptfürsorgestelle eine Vereinbarung abgeschlossen hat, betreut werden, können unter den gleichen Voraussetzungen in die Förderung einbezogen werden wie anerkannte Schwerbehinderte. Es wird eine Festbetragsfinanzierung in Höhe eines jährlich mit dem Arbeitsamt abzustimmenden Betrages gewährt.

Im Jahr 2001 wurden insgesamt 4 Personen (3 Männer, 1 Frau) gefördert. Der Frauenanteil betrug 25 Prozent.

30 „Freie Förderung“ (Modellprojekte, Erprobung neuer Elemente)

Das neue Instrument „Freie Förderung“ kommt einem oft von politischer Seite und auch von der Praxis geäußerten Wunsch nach flexiblen, auf konkrete regionale Arbeitsmarktsituationen zugeschnittenen Elementen der aktiven Arbeitsmarktförderung nach. Analog zu den Bedingungen in § 10 SGB III sollen die Möglichkeiten der durch die vorstehenden Richtlinien geregelten Kofinanzierungsleistungen aus Landesmitteln durch freie, weitgehend regelungsungebundene Mittelvergabe ergänzt werden. Zielsetzung der Freien Förderung ist die Einmündung von Arbeitslosen oder Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt oder die deutliche Verbesserung der Eingliederungschancen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die über die Möglichkeiten der anderen Programmpunkte hinausgehen.

Im Jahr 2001 wurden insgesamt vier Projekte mit 48 Personen (15 Männer, 33 Frauen) im Rahmen dieser Richtlinie bewilligt. Der Frauenanteil betrug 69 Prozent.

Tabelle 26: ASH 2000 - Programmpunkte, Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Mittelbindungen für in 2001 ausgesprochene Bewilligungen

Stand: 31.12.2001					Gebunden (in DM)				
ASH	TN	m	w	1)	Gesamt	2001	2002	2003	2004
1	302	148	154	0	753.647,36	753.647,36	0,00	0,00	0,00
2	321	188	133	0	3.144.900,78	835.753,44	2.093.627,94	215.519,40	0,00
3	7	5	2	0	72.000,00	17.200,00	31.200,00	23.600,00	0,00
4	66	44	22	0	2.034.661,53	980.404,04	750.305,81	182.411,36	121.540,32
5	187	84	84	19	1.551.472,01	173.397,50	1.378.074,51	0,00	0,00
6	68	42	26	0	749.405,15	116.741,82	263.986,01	368.677,32	0,00
7	231			231	169.092,22	15.400,00	153.692,22	0,00	0,00
8	70		70		2.313.677,00	347.116,00	896.511,00	920.050,00	150.000,00
9	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	6	2	4	0	4.550,00	4.550,00	0,00	0,00	0,00
11	61	1	60	0	148.498,00	120.679,00	27.819,00	0,00	0,00
12 ²⁾	22.573			22.573	5.999.999,99	5.999.999,99	0,00	0,00	0,00
13	14	10	4		159.600,00	127.600,00	32.000,00	0,00	0,00
14	253	253			705.100,00	705.100,00	0,00	0,00	0,00
15	721	375	346		78.999,89	78.999,89	0,00	0,00	0,00
16	100	50	50	0	386.256,00	128.752,00	128.752,00	128.752,00	0,00
17	76	54	22		1.742.335,00	294.799,00	1.038.018,00	409.518,00	0,00
18	475	0	475	0	332.478,31	332.478,31	0,00	0,00	0,00
19	1.460	948	417	95	4.938.736,21	1.927.568,45	2.975.158,54	36.009,22	0,00
20	612	430	153	29	4.421.751,66	1.705.130,01	2.709.721,65	6.900,00	0,00
21	4.018	2.671	1.347	0	33.006.561,47	12.924.278,99	19.990.282,48	92.000,00	0,00
22	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	1.381	828	553	0	2.335.769,38	1.424.569,42	911.199,96	0,00	0,00
24					2.478.081,70	2.478.081,70	0,00	0,00	0,00
25					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26					258.050,00	258.050,00	0,00	0,00	0,00
27	75	25	50	0	304.752,00	101.078,00	101.583,00	102.091,00	0,00
28	600	330	270	0	115.171,96	115.171,96	0,00	0,00	0,00
29	4	3	1	0	192.000,00	16.800,00	29.000,00	86.200,00	60.000,00
30	48	15	33	0	747.309,16	226.217,00	387.546,16	133.546,00	0,00
	11.156	6.506	4.276	374	69.144.856,78	32.209.563,88	33.898.478,28	2.705.274,30	331.540,32

¹⁾ Geschlechtsspezifische Daten liegen noch nicht vor.

²⁾ Viele kleine Handwerksbetriebe sind nicht dazu in der Lage, alle Anforderungen der Ausbildungsordnungen zu erfüllen - die entsprechenden Ausbildungsinhalte werden deshalb durch ergänzende überbetriebliche Kurzlehrgänge vermittelt, an denen eine sehr große Zahl Auszubildender teilnimmt. In der ASH-Statistik werden die Teilnehmerzahlen deshalb nur nachrichtlich erfasst.

Tabelle 26a: ASH 2000 - Programmpunkte, Teilnehmerinnen und Teilnehmer, Mittelbindungen für in 2001 ausgesprochene Bewilligungen

Stand: 31.12.2001					Gebunden (in EURO)				
ASH	TN	m	w	1)	Gesamt	2001	2002	2003	2004
1	302	148	154	0	385.333,78	385.333,78	0,00	0,00	0,00
2	321	188	133	0	1.607.962,24	427.313,95	1.070.454,97	110.193,32	0,00
3	7	5	2	0	36.813,02	8.794,22	15.952,31	12.066,49	0,00
4	66	44	22	0	1.040.305,92	501.272,63	383.625,27	93.265,45	62.142,58
5	187	84	84	19	793.255,04	88.656,73	704.598,31	0,00	0,00
6	68	42	26	0	383.164,77	59.689,14	134.973,90	188.501,72	0,00
7	231			231	86.455,48	7.873,89	78.581,58	0,00	0,00
8	70		70		1.182.964,27	177.477,59	458.378,80	470.414,10	76.693,78
9	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	6	2	4	0	2.326,38	2.326,38	0,00	0,00	0,00
11	61	1	60	0	75.925,82	61.702,19	14.223,63	0,00	0,00
12 ²⁾	22.573			22.573	3.067.751,28	3.067.751,28	0,00	0,00	0,00
13	14	10	4		81.602,18	65.240,84	16.361,34	0,00	0,00
14	253	253			360.511,91	360.511,91	0,00	0,00	0,00
15	721	375	346		40.392,00	40.392,00	0,00	0,00	0,00
16	100	50	50	0	197.489,56	65.829,85	65.829,85	65.829,85	0,00
17	76	54	22		890.841,74	150.728,34	530.730,18	209.383,23	0,00
18	475	0	475	0	169.993,46	169.993,46	0,00	0,00	0,00
19	1.460	948	417	95	2.525.135,73	985.550,10	1.521.174,41	18.411,22	0,00
20	612	430	153	29	2.260.805,72	871.819,13	1.385.458,68	3.527,91	0,00
21	4.018	2.671	1.347	0	16.875.986,91	6.608.078,92	10.220.869,13	47.038,85	0,00
22	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	1.381	828	553	0	1.194.259,92	728.370,78	465.889,14	0,00	0,00
24					1.267.023,05	1.267.023,05	0,00	0,00	0,00
25					0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
26					131.938,87	131.938,87	0,00	0,00	0,00
27	75	25	50	0	155.817,22	51.680,36	51.938,56	52.198,30	0,00
28	600	330	270	0	58.886,49	58.886,49	0,00	0,00	0,00
29	4	3	1	0	98.168,04	8.589,70	14.827,46	44.073,36	30.677,51
30	48	15	33	0	382.093,11	115.662,92	198.149,21	68.280,99	0,00
	11.156	6.506	4.276	374	35.353.203,90	16.468.488,51	17.332.016,73	1.383.184,79	169.513,88

¹⁾ Geschlechtsspezifische Daten liegen noch nicht vor.

²⁾ Viele kleine Handwerksbetriebe sind nicht dazu in der Lage, alle Anforderungen der Ausbildungsordnungen zu erfüllen - die entsprechenden Ausbildungsinhalte werden deshalb durch ergänzende überbetriebliche Kurzlehrgänge vermittelt, an denen eine sehr große Zahl Auszubildender teilnimmt. In der ASH-Statistik werden die Teilnehmerzahlen deshalb nur nachrichtlich erfasst.

Tabelle 27: ASH 2000 - Programmpunkte, Regionen und Mittelbindungen aus 2001 für die Jahre 2001 bis 2004

Bindungen (in DM)

	FL	KI	HL	NMS	HEI	RZ	NF	OH	PI	PLÖ	RD	SL	SE	IZ	OL	Summe
1	36.147	20.000	100.000	37.500	0	112.500	0	127.500	202.500	25.000	0	0	0	92.500	0	753.647
2	308.625	261.456	811.546	861.004	49.850	0	110.146	95.244	356.639	15.000	10.200	124.029	0	141.162	0	3.144.901
3	0	0	8.000	0	0	0	16.800	35.600	0	0	0	0	11.600	0	0	72.000
4	0	314.689	116.304	45.936	58.769	0	43.960	70.380	711.077	84.636	29.280	6.430	47.255	458.292	47.654	2.034.662
5	763.732	511.891	0	0	0	160.920	0	0	0	0	0	114.929	0	0	0	1.551.472
6	0	13.989	108.961	111.600	34.225	57.631	18.889	163.865	14.400	14.000	46.991	102.012	32.800	12.443	17.600	749.405
7	0	30.400	15.269	0	36.000	0	0	10.000	0	0	60.000	0	6.082	11.342	0	169.092
8	195.377	0	0	0	270.000	0	0	450.000	0	862.500	0	0	0	535.800	0	2.313.677
10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2.175	2.375	0	0	0	4.550
11	0	91.541	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	56.957	148.498
12	1.810.200	0	4.189.800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	6.000.000
13	0	159.600	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	159.600
14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	705.100	0	0	0	705.100
15	0	79.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	79.000
16	0	386.256	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	386.256
17	218.135	0	0	0	0	525.600	350.400	0	0	0	0	0	0	648.200	0	1.742.335
18	0	45.067	26.438	27.035	25.497	55.900	32.460	8.000	0	0	17.892	15.068	26.670	8.000	44.451	332.478
19	402.574	401.132	352.109	645.617	79.559	29.625	393.868	288.189	190.933	172.737	880.553	507.472	225.900	280.862	87.607	4.938.736
20	431.848	647.270	18.700	328.916	535.265	387.316	64.000	20.400	297.666	40.800	563.771	867.844	58.021	26.542	133.392	4.421.752
21	3.499.187	3.863.199	4.081.012	3.343.007	2.506.572	1.044.579	964.784	1.071.120	2.730.564	1.456.324	3.386.503	1.943.681	348.069	1.851.309	916.652	33.006.561
22	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
23	0	467.154	233.577	233.577	233.577	0	233.577	233.577	0	0	233.576	233.576	0	233.576	0	2.335.767
24	0	121.776	863.094	139.082	242.215	0	0	0	160.277	0	576.545	0	0	255.341	119.752	2.478.082
25	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
26	27.550	39.700	18.000	18.000	26.000	16.000	18.000	18.000	18.000	0	31.800	18.000	9.000	0	0	258.050
27	0	304.752	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	304.752
28	0	80.329	0	0	2.399	0	0	0	6.984	17.747	1.260	2.744	3.709	0	0	115.172
29	0	48.000	0	48.000	0	48.000	0	0	0	0	48.000	0	0	0	0	192.000
30	486.716	0	0	0	0	0	0	0	0	88.000	172.593	0	0	0	0	747.309
	8.180.091	7.887.199	10.942.811	5.839.275	4.099.929	2.438.070	2.246.884	2.591.876	4.689.039	2.776.743	6.061.138	4.643.260	769.106	4.555.368	1.424.066	69.144.854

Tabelle 27a: ASH 2000 - Programmpunkte, Regionen und Mittelbindungen aus 2001 für die Jahre 2001 bis 2004

Bindungen (in EURO)

	FL	KI	HL	NMS	HEI	RZ	NF	OH	PI	PLÖ	RD	SL	SE	IZ	OL	Summe
1	18.482	10.226	51.129	19.173	0	57.520	0	65.190	103.537	12.782	0	0	0	47.294	0	385.334
2	157.797	133.680	414.937	440.224	25.488	0	56.317	48.697	182.346	7.669	5.215	63.415	0	72.175	0	1.607.962
3	0	0	4.090	0	0	0	8.590	18.202	0	0	0	0	5.931	0	0	36.813
4	0	160.898	59.465	23.487	30.048	0	22.476	35.985	363.568	43.274	14.971	3.287	24.161	234.321	24.365	1.040.306
5	390.490	261.726	0	0	0	82.277	0	0	0	0	0	58.762	0	0	0	793.255
6	0	7.152	55.711	57.060	17.499	29.466	9.658	83.783	7.363	7.158	24.026	52.158	16.770	6.362	8.999	383.165
7	0	15.543	7.807	0	18.407	0	0	5.113	0	0	30.678	0	3.110	5.799	0	86.455
8	99.895	0	0	0	138.049	0	0	230.081	0	440.989	0	0	0	273.950	0	1.182.964
10	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.112	1.214	0	0	0	2.326
11	0	46.804	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	29.122	75.926
12	925.541	0	2.142.211	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3.067.751
13	0	81.602	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	81.602
14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	360.512	0	0	0	360.512
15	0	40.392	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	40.392
16	0	197.490	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	197.490
17	111.531	0	0	0	0	268.735	179.157	0	0	0	0	0	0	331.419	0	890.842
18	0	23.042	13.518	13.823	13.037	28.581	16.597	4.090	0	0	9.148	7.704	13.636	4.090	22.727	169.993
19	205.833	205.095	180.030	330.099	40.678	15.147	201.382	147.349	97.622	88.319	450.219	259.466	115.501	143.602	44.793	2.525.136
20	220.800	330.944	9.561	168.172	273.677	198.032	32.723	10.430	152.194	20.861	288.251	443.722	29.666	13.571	68.202	2.260.806
21	1.789.106	1.975.222	2.086.588	1.709.253	1.281.590	534.085	493.286	547.655	1.396.115	744.606	1.731.491	993.788	177.965	946.559	468.677	16.875.987
22	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
23	0	238.852	119.426	119.426	119.426	0	119.426	119.426	0	0	119.426	119.426	0	119.426	0	1.194.259
24	0	62.263	441.293	71.112	123.843	0	0	0	81.948	0	294.783	0	0	130.554	61.228	1.267.023
25	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
26	14.086	20.298	9.203	9.203	13.294	8.181	9.203	9.203	9.203	0	16.259	9.203	4.602	0	0	131.939
27	0	155.817	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	155.817
28	0	41.071	0	0	1.226	0	0	0	3.571	9.074	644	1.403	1.897	0	0	58.886
29	0	24.542	0	24.542	0	24.542	0	0	0	0	24.542	0	0	0	0	98.168
30	248.854	0	0	0	0	0	0	0	0	44.994	88.245	0	0	0	0	382.093
	4.182.414	4.032.661	5.594.970	2.985.574	2.096.260	1.246.566	1.148.813	1.325.205	2.397.468	1.419.726	3.099.011	2.374.061	393.238	2.329.123	728.113	35.353.203

Ausblick – Revision ASH 2000

Im Herbst 2001 sind mit der „Regionalen Aktion“ Änderungen beim Programm ASH 2000 erörtert und mit Wirkung vom 1. Januar 2002 (Förderungsbeginn) beschlossen worden. Gründe für die „Neujustierung einiger Stellschrauben“ waren:

- fast zwei Jahre Erfahrungen mit den einzelnen Instrumenten,
- Reform des SGB III im Rahmen des JOB-AQTIV-Gesetzes zum 1. Januar 2002,
- Änderungen im Mittelvolumen für ASH 2000 im Landeshaushalt für die Jahre 2002 und für die mittelfristige Finanzplanung bis 2004,
- ungleich gewichtige Inanspruchnahme von einzelnen Programmpunkten gegenüber den Vorausschätzungen bei der Programmaufstellung (1999) mit sich daraus ergebendem Anpassungsbedarf.

Die Veränderungen sollen bewirken, dass das Hauptziel aller Bemühungen, nämlich die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt – entweder unmittelbar in Ausbildung oder Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt oder über eine an den aktuellen Bedarfen der heimischen Wirtschaft ausgerichtete Qualifizierung – noch besser erreicht wird als in den ersten beiden Jahren der Programmlaufzeit.

Nach wie vor geht es (erst) in zweiter Linie um an Leistungs- und Zielerreichungskriterien ausgerichtete, zeitlich befristete Maßnahmen, in denen individuell an das vorhandene Qualifikations-, Leistungs- und Motivationsniveau der Teilnehmer anknüpfend zunächst persönliche Defizite in Bezug auf die Schlüsselqualifikationen abgebaut und individuelle Fähigkeiten und Fertigkeiten ermittelt und aufgebaut sowie im Maßnahmenverlauf auch in betrieblichen Praktika hinreichend trainiert werden, um sie so für eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten und fit zu machen.

ASH 2 (Lohnkostenzuschüsse für Sozialhilfeempfänger) läuft am 31.12.2001 aus. Die Kommunen können die bisher aus ASH kofinanzierten Mittel über das quotale System abdecken.

ASH 9 (Jobtransfer) wird nicht fortgesetzt. In zwei Jahren Laufzeit hat sich kein Bedarf für entsprechende finanzielle Hilfestellungen ergeben.

ASH 25 (Beratung von Unternehmen bei Einstellung von Langzeitarbeitslosen) entfällt, weil entsprechende Unterstützungsmaßnahmen über das reformierte SGB III hinreichend abgedeckt werden können.

ASH 13 (Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten) wird in die ASH 21-Förderung (Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen u. a.) einbezogen.

ASH 29 (dauerhafte Lohnkostenzuschüsse für ältere Schwerbehinderte) geht in ASH 4 (Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Qualifizierung für Schwerbehinderte) auf.

ASH 16 (berufsorientierender Sprachunterricht) und ASH 27 (Integration nichtdeutscher Jugendlicher) werden unter ASH 16 miteinander verbunden.

Bei ASH 21 (Qualifizierung und Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern) sollen die Vermittlungserfolge und die Übergangsquoten in Ausbildung und Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt stabilisiert und möglichst noch weiter erhöht werden. Wegen der weit über den Erwartungen und den begrenzten Finanzierungsmöglichkeiten liegenden Nachfrage speziell nach diesem Förderungsinstrument werden die voraussichtlich zur Verfügung stehenden Kontingente aus Zuwendungen des Europäischen Sozialfonds und aus Landesmitteln entsprechend der bisherigen Zielerreichung trägerbezogen kontingentiert. Zugleich werden die Förderhöhe der leistungs- und erfolgsbezogenen Erreichung von Zwischenzielen und die Mittelansätze für die individuelle externe Qualifizierung die finanzielle Situation berücksichtigend angepasst.

Mit einem Bemessungs- und Verteilungssystem sollen Verbesserungen bei der zielgerichteten Arbeit und mehr Sicherheit bei der Mittelbewirtschaftung miteinander verbunden werden.